

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Verschlagel),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befendlindehof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anstalt  
für die breitgepaßene Zeitzeile oder deren Raum 30 4.

**Inhalt:** Canaille. — Politische Umschau. — Maurer-  
bewegung: Streiks, Ausschreibungen, Maßregelungen, Differenzen.  
Bekanntmachung des Verbandesvorstandes. Bekanntmachungen  
der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: Lübeck.  
Berichte. Mitglieder-Anfragen. Zur Frage der Agitation unter  
den Studenten. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Umfälle,  
Arbeitsverletzte, Substitutionswesen usw. — Polizei und Gerichte.  
— Verkehrsberichts. — Eingegangene Schreiben. — Briefkasten. —  
Anzeigen.

### Canaille.

Wißt Ihr, Freunde, was „Canaille“ ist? Ohne Zweifel  
kennt jeder von Euch dieses in unseren Sprachgebrauch über-  
gegangene Fremdwort und die Begriffe, die es zum Ausdruck  
bringt. Wer sich schnell über die genauere Definition unter-  
richten will, der braucht nur irgend ein Fremdwörterbuch oder  
Diction aufzuschlagen. Da wird er lesen:

„Canaille (französisch) wörtlich Hundepack, Lumpensindel,  
gemeines Volk aus der untersten Klasse; ein canaille: auf  
eine niederträchtige, verächtliche Art jemand behandeln;  
canaillos: schlecht, nichtwürdig, niederträchtig; Canaille: die  
Schändlichkeit, Niedertracht.“

Dem Wort „Canaille“ und seinen Begriffen ist eine kulture-  
historische Bedeutung beizumessen. Jedenfalls reichen die  
Begriffe weit zurück hinter die Entstehung des Wortes; sie  
ziehen sich durch die ganze Kulturgeschichte, und ihren Ursprung  
haben sie in der Teilung der Menschen in Herren und Knechte,  
in Knechte und Arme, in Unterdrückte und Unterdrückte. Das  
war von allerhöchster der schäufste Platz, der sich an jedes  
Gesellschaftssystem hatete, das es den Armen und Unterdrückten  
die Menschenwürde raubte, sie zur Unwissenheit, zu  
schweigenden Dulden, klägliches Juchz und hinständiger Unter-  
würfigkeit verurteilte, ihren Geist korrumpierte und ihren  
Charakter verlor. Nicht ein feiner menschlichen Rechte und  
einer menschlichen Würde sich bewußtes Wesen sollte und  
durfte der Sklave des Altertums, der Leibeigene und Sklave  
des Mittelalters sein, wenn das Herrschaftssystem, das sich auf  
seine Unterdrückung und Ausbeutung stützte, bestehen sollte; er  
musste ähnlich sein dem Tier, das der Mensch zu seinem Dienste  
zwingt, ohne eigenen Willen, ein allseits gefügiges und ge-  
horhames Werkzeug in der Hand des Herrn.

Somer sagt: „Ein Tag der Sklaverei gerührt die Hälfte  
der Seele.“ Was ist ein Tag gegen die dauernde, sich von  
Generation zu Generation durch die Jahrhunderte und Jahr-  
tausende hererbende Unterdrückung ganzer Volksklassen? Es  
entspricht einem in unaufgeklärter, wätkräftiger Beherrschung  
unterworfenen Selbsthakt begründeten Zuge menschlichen Wesens,  
daß der Unterdrückte, der in irgend welcher Abhängigkeit von  
einem Herrtum und dessen Willkür lebende Mensch um der  
Errettung gewisser Vorteile willen gar leicht sich selbst degradiert,  
indem er die Treue des Hundes über gegen den Herrn,  
ihm Ergebenheit und Liebe heuchelt, ihm schmeichelt, seinen  
Wünschen und Laitnen mit demonstrierter Dienstfertigkeit  
Nachung trägt und für gnädige Prügel wohl noch demütig  
banft. Er will sein Los verbessern und fragt nicht danach, daß  
er dabei den letzten Rest seiner Menschwürde in den Kauf  
gibt; er wird zur „Canaille“, er handelt „canaillos“ an sich  
selbst.

Die Unterdrückung der Arbeit gog die Verachtung der  
Arbeit seitens der Herrschenden nach sich. Von der Arbeit des  
Sklaven ausgehend, dehnte sich die Verachtung aus auf jede  
physische Arbeit, auch auf die der sogenannten „freien“ Bürger,  
wie uns die Geschichte Griechenlands und Roms lehrt. Auch  
die „freie“ Arbeit war dort abhängig von einem Herrtum,  
einer rücksichtslosen Willkürmacht, und so ergab sich die  
„freie“ Arbeiter, die Handwerker, die Bauwesen, den „Nichts“  
die geistige Verflumpung und die Charakterverderbnis. Hierin  
liegt die Erklärung dafür, daß selbst die großen Geister des  
Altertums, sogar der „göttliche“ Plato so schredlich niedrig vom  
arbeitenden Bürger dachte, ihm eine untergeordnete Stellung  
im Staate anwies, ihn ein canaille behandelte, ihm die Fähig-  
keit, tugendhaft zu sein, absprach. Der in den gesellschaftlichen  
und staatlichen Einrichtungen liegenden Ursache der Charakter-

verderbnis nachzugehen, für sie die Herrschenden und ihre  
Unterdrückungssysteme verantwortlich zu machen — darauf  
verfehlen jene Denker nicht.

Daselbst Herrtum, das im alten Rom ein ungeheuer  
elendes Proletariat geschaffen hatte, nahm dessen geistige und  
sittliche Korruption aus etwas „Selbstverständliches“ an; es  
förderie diese Korruption geistlich, bis die „Canaille“ nichts  
Höheres mehr kannte, als „panem et circenses“, (Brot und  
blutige Akrobatikspiele auf Staatskosten). Damit erreichte das römische  
Weltreich seinen höchsten erregenden Verfall und Untergang  
entgegen. Zur Canaille ergaben, wurde das Proletariat vom  
Herrtum als Canaille behandelt.

Auch die Herrschenden. Stände des Mittelalters, das  
Patrizier- und das Feudalherrentum, einschließlich der geistlichen  
Feudalabsoluten, sehen im arbeitenden Volk „Canaille“ und  
waren darauf bedacht, daß es Canaille bleibe. Die bürgerliche  
Erwerbsklasse, das Handwerk, hat in langen blutigen Kämpfen  
mit jenen Ständen sich Anerkennung und Achtung erkämpfen  
müssen. Um so mehr wurde nun der Bauer „Canaille“. Als  
„Canaille“ behandelte ihn selbst Luther; er sprach in den  
geringfügigsten Ausdrücken vom „gemeinen Mann“, dem „Last  
und Freuden und Schläge gebühre, sonst wird er zu übermäßig“. Und wie konnte dem absoluten Herrschertum „von Gottes Gnaden“  
und dem ihm verbündeten Adel das Volk etwas anderes sein  
als „Canaille“, das der Herrgott extra zu dem Zweck erschaffen  
hatte, um das Los der Verachtung und jeglicher Tyrannei  
zu tragen! Die Masse sollte die „dumme Masse“ sein und  
bleiben; Arbeit, Unwissenheit, Passivität und  
Charakterlosigkeit — in diesen vier Grundgedanken  
begriff sich ihr vorgebildetes „goldgelobtes“ Los.

Und heute, in unserer „aufgeklärten“ Zeit, in unserer  
„Kulturstaaten“? Immer noch sieht eine sogenannte „bessere“  
und „beste Gesellschaft“ voller Anmaßung und tolen Hochmuts  
auf die arbeitenden Klassen herab. Immer noch gibt es Reiche  
und Mächtige, die im Arbeiter „nur“ den Arbeiter sehen, ein  
in jeder Hinsicht nicht nur sozial, sondern auch sittlich  
und geistig „untergeordnetes“ Wesen, dem Wohlsein und guter  
Charakter nicht zuzurechnen sind. Der arme, unterdrückte, in  
der Erziehung geistlich vernachlässigte, ausgebeutete und  
mißhandelte Proletar ist „Canaille“ in ihren Augen, „Canaille“,  
die „in Raum gehalten“, werden muß. Immer noch vermag eine  
Wesigübermacht, verkörpert im kapitalistischen System, den „freien“  
Arbeiter zum Sklaven zu degradieren. Unternehtmer, sogenannte  
„Arbeits- und Vrdigeber“ — und nicht nur private, sondern auch der  
Staat und die Gemeinde als „Arbeitsgeber“ — mißbrauchen  
ihre wirtschaftliche Überlegenheit und ihre „Autorität“ dazu,  
den von ihnen mit seiner ganzen Existenz abhängigen Arbeiter,  
der ihnen seine Arbeitskraft verkaufen muß, um nicht zu ver-  
hungern, nicht nur auszunutzen, sondern auch ihn zu entmündigen,  
zu entrechteten, zu entmenschen, schlechte Charaktereigenschaften in  
ihm zu entwickeln. Oder ist es keine Entrechtung, wenn man  
den Arbeiter unter Androhung der Hungerpeinliche zwingt  
Verzicht zu leisten auf die Ausübung ihm gesetzlich  
garantierter Rechte, des Koalitions- und Vereinigungsrechts,  
des Wahlrechts, des Rechtes, seine Meinung frei zu  
äußern, seine politische und sonstige Überzeugung frei zu  
betätigen? Ist es keine Entwürdigung und Entmenschung,  
wenn der „freie“ Arbeiter, um nicht brotlos zu werden,  
gezwungen ist, seine ehrlche Überzeugung zu verbergen, zu  
heucheln, gegen seine Überzeugung etwas zu tun oder zu lassen,  
sich beschuldigende und erniedrigende Behandlung gefallen zu  
lassen, vielleicht gar wie ein Negerknecht Prügel zu erdulden,  
wovon die Akten der deutschen Vergewaltiger brasilische Fälle  
vorzuführen? Ist es vorüber mit der Gerechtigkeit, Kultur,  
Wernunft, Humanität, daß man die Kunst der Canaille an  
ihm läßt und noch dazu im Namen der „Ordnung“? Und  
kann man sich wundern, daß es dieser schamlos sich brüstenben  
Kunst gelingt, unter den Arbeitern und Beamten solche  
zu finden, deren unentwickelter Charakter sie verhindert,  
der Verachtung zu widerstehen, Canaille zu werden,  
zu heucheln, zu lägen, Feindseligkeit, händisch im  
Glaube zu kriechen vor der Autorität des Mannes,

um einiger ungewisser Vorteile willen sich zu Gefesseltens  
unterdrückender Gewalt zu begeben, zu verraten an  
ihren Arbeits-, Berufs- und Klassenoffen zu werden, sei es  
als Streikbrecher oder in sonstiger lebellenrischer Eigenhaft?  
In den Blättern des Charakters erscheinen zur Zeit bei  
letzten Reichstagswahlen Annoncen, in denen Arbeiter versicherten,  
um den „schlimmen Verbacht“ ihrer Arbeitsherren von sich  
abzuweisen, daß sie nicht für eine bestimmte Partei gestimmt  
hätten. Das ist Canaille, ohne Zweifel. Aber wer erzieht  
diese Canaille? Das kapitalistische und „ordnungspolitische“  
System. Die im Besitz der Macht befindliche Original-  
canaille, die menschliche Würde, menschliche und geistliche  
Recht höhnen und brutal unter die Fäße tritt.

Aber — und das ist ein Glück für die Zukunft des  
Volkes — die Masse der Arbeiterklasse läßt sich nicht mehr zur  
Canaille machen; sie ringt mehr und mehr sich auf zum  
Bewußtsein ihrer Menschenwürde und zur Erkenntnis ihres  
Menschenrechtes. Sie ist emporgestiegen aus der geistigen und  
sittlichen Unterdrückung, in die sie das Unrecht der Klassen-  
herrschaft gebracht hat. Sie kämpft für ihre menschliche Würde  
und ihr menschliches Recht. Und in diesem Kampfe von dem  
Boden der gemeinsamen Interessen aus im Geiste des demo-  
kratischen Sozialismus geführt, vollzieht sich eine Läuterung  
ihres Charakters, wie sie selbiger noch keine revolu-  
tionäre Gesichtsrichtung in der Geschichte vollbracht hat.  
Die gewerkschaftliche und politische Organisation der  
sozialdemokratischen überzeugten Arbeiterklasse, die noch  
Millionen zählt, bildet kein Canailleentum; sie erzieht im besten  
Sinne des Wortes die Arbeiter zu freien, selbst-  
bewußten Menschen, zu Weitemern und Beschreibern  
seiner einzig wahren und rechten Sittlichkeit, die in der Ge-  
rechtigkeit sich begreift; sie bricht den Sklavenjoch der  
Unterdrückten und erhebt sie zu opferbereiten Kämpfern gegen  
jegliche Tyrannei und Ungerechtigkeit. Die Klasse, die ehemals  
der Hochmut der Herrschenden gemeinhin als „Canaille“  
bezeichnete, vollbringt ein großes Erlösungswort für sich, für  
die ganze Menschheit.

### Politische Umschau.

„Mein Etat des Reichsanwes des Innern kann man über  
alles sprechen.“ So sagte einmal vor Jahren der frühere  
Minister dieses Ressorts, Herr von Boetticher. Unter immer  
Nachfolger, dem Grafen Posadowski, hat dieses Wort immer  
mehr praktische Bewährung gefunden, wiewohl soweit alles  
das in Betracht kommt, was sozialpolitische Fragen und Ein-  
richtungen, und das, was damit zusammenhängt, angeht. Das  
ist ein sehr großes, viel umfassendes Gebiet. In beweisener  
Weise, wie im Verlaufe der Jahre das Interesse an der  
Sozialpolitik gewachsen ist und die Notwendigkeit ihrer Auf-  
stellung sich erwiesen hat, haben auch die Reichstagsdebatten  
über diese Materie an Umfang und Gründlichkeit gewonnen.  
Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß der Parlamentarismus  
in dieser Richtung Fortschritte gemacht hat. Von allen Debatten,  
die im Reichstage geführt worden, sind erfahrungsgemäß diese  
sozialpolitischen die fruchtbarsten. Sie tragen ungemein  
viel bei zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter-  
klasse, wie auch der einzelnen Berufswege. Das Verdienst,  
diese Entwicklung bewirkt zu haben, wird man, wenn man  
gerecht sein will, in erster Linie der Sozialdemokratie zusprechen  
müssen. Nach wie vor, das zeigen auch die jetzigen Debatten  
wieder, ist sie bemüht, im Reichstage den sozialpolitischen  
Interessen der Arbeiterklasse Beachtung zu tragen, die Regierungen  
und die herrschenden Parteien davorwärts zu drängen auf dem  
Wege zur einer gänzlich Sozialreform.

In der verflochtenen Woche wurden, von zwei Unterredungen  
abgesehen, diese Debatten fortgesetzt unter weiterer hervorragender  
Beteiligung sozialdemokratischer Redner. Man kann sie ein  
sozialpolitisches Kaleidoskop nennen. Das sind sie ein so buntes  
und doch harmonisch wirkendes Durcheinander aller möglichsten  
Wünsche, Beschwerden und Schilderungen bieten, macht sie  
esselnder und interessanter. Die Redner der sozialdemokratischen  
Fraktion eintreten immer neue wahrheitsgemäße Bilder von  
den schlimmsten Losen weiter Arbeiterfreile. Sie weisen hin auf  
die Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten, denen das Proletariat  
von seinen eisen rücksichtslosen, oft geradezu freiblen, auf seine  
Autorität pochenden Arbeitsherren ausgesetzt ist. Sie kritisieren  
die Verordnungen, die sich gegen die unabhängige gewerkschaftliche  
Arbeiterorganisation richten. So behandelte der Abgeordnete  
Eicklen u. a. den Terrorismus, den Geistliche ausüben,  
indem sie unter Androhung und Anwendung kirchlicher Zwangs-  
mittel, besonders im Reichstags, christliche Arbeiter zu verantaffen

suchen, der unabhängigen Organisation fern zu bleiben. Der Abgeordnete Gule erklärte eingehender das Verhältnis zwischen diesen Organisationen und dem Reichstag. Auch führte er dem Grunde vor, welchen geradezu einschneidenden Ausdehnungszwecken die Arbeiter in Häften, Hochöfen und Holzwerken, sowie sonstigen Betrieben der Stahl- und Eisenindustrie unterworfen werden. Er sagte u. a.:

Das Eisen, neben der Kohle eine der wesentlichsten Grundlagen unserer Industrie, wird noch immer in unbeschänkter Arbeit bearbeitet. Die Schmelzer und Dreher in den Werksstätten arbeiten im allgemeinen zehn Stunden, in den kleineren, meistab von der Heerstraße liegenden Betrieben aber auch 12 bis 15 Stunden. Das ist eine unerhörte Schmelzleistung, die die Reichsregierung als unläuterer Wettbewerb entschieden bekämpfen sollte, schon damit die Arbeitgeber, die die nötige Humanität befehlen, nicht länger gequält werden, zu tun, was Verstand und Mitleid ihnen gebieten. Die Feuerarbeiter aber an den Martinen, Bessemer- und Siemensöfen, die zur Winterzeit in einer Temperatur von über 40 Grad, im Sommer in der reinsten Hölle arbeiten, müssen Tag für Tag ununterbrochen 12 Stunden tätig sein. Nicht genug damit; wo nicht Doppelschichten eingeführt sind, müssen sie 13, 14, 16, 18 Stunden arbeiten, bis ihnen die Haut vom Gesicht heruntergerannt und die blaue Farbe aus ihren Augen vom Schwelz weggenommen ist. Nicht die geringste Verbesserung befehrt die Arbeiter. In der graulichsten Weise werden in vielen Eisen- und Stahlwerken täglich vier bis fünf Stunden Lebersteine gemacht. Die Sonntagsarbeit dauert in einer ganzen Reihe von Werken 24 Stunden in der Gluthitze, ohne jede Pause; eine unerhörte Grausamkeit. In den Eisenhüttenwerken in Thale im Harz werden monatlich 30 bis 36 Schichten à 12 Stunden gemacht. Bei Höfen in Dortmund, deren Direktor zugleich der der Unglücksgrube „Borussia“ ist, hat ein Arbeiter im Monat Februar vergangenen Jahres 42 Schichten à 12 Stunden gemacht, von den 696 Stunden im Monat 604 bei der Arbeit im Werke zugebracht.

Der Staatssekretär Graf Podabowsky nahm Anlaß, sich über die „Gewerkschaftstage“ zu äußern. Er bemerkte zunächst:

Von den christlichen Gewerkschaften soll erklärt worden sein, sie seien noch (ähnlich als die sozialdemokratischen). Es scheint also Kräfte zu geben, die sich der Hoffnung hingeben, daß trotz unserer großen industriellen Entwicklung die Arbeiterbewegung — ich spreche von dem Streben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und sich in höherem Maße als bisher an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen — ganz beseitigt werden könnte oder sollte. Aber wer das glaubt, befindet sich in einem starken Irrtum und stützt seine Auffassung auf einen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ziemlich eng begrenzten Interessenshorizont. Die Auffassung, daß die christliche Arbeiterbewegung noch schlimmer als die sozialdemokratische ist, kann nur von Männern ausgehen, denen jede, auch noch so beschränkte Arbeiterförderung unzulänglich ist.

Der Herr Staatssekretär meinte dann weiter: „Der Unterschied zwischen der herkömmlichen Arbeiterbewegung und der unbeschränkten Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie besteht eben gerade darin, daß die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter Forderungen aufstellt, die weder der gegenwärtige Staat, noch der Zukunftstaat, noch irgend ein Staat in der Welt jemals ausführen könnte, denn die Erfüllung dieser Forderungen würde den Zusammenbruch des ganzen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens bedeuten. Und weil die Sozialdemokratie überzeugt ist, daß kein Staat der Welt ihre Forderungen wird ausführen können, darum verlangt sie die Beseitigung des ganzen bestehenden Staates und die Errichtung eines Zukunftsstaates, von dem ich wenigstens keinen Begriff habe, wie er aussehen wird. Da müssen wir es doch begründen, daß eine Arbeiterbewegung besteht und sich entwickelt, die auch die materielle Lage der Arbeiterverbesserung, entsprechend dem gegenwärtigen Wohlstand, befähigt will, die Löhne der Arbeiter den gegenwärtigen Bedürfnissen und teilweise auch gegenwärtigen Preisen anpassen und die Arbeiter an den öffentlichen Angelegenheiten mehr beteiligen will als bisher.“

Wenn wir schon dem Grafen Podabowsky nicht zumuten können, daß er Erklärung nimmt zu Wünschen der Sozialdemokraten, so würde er doch nach unserem Dafürhalten lieber geantwortet haben, sich nicht in solcher Weise über sie auszulassen. Unter dem Gesichtspunkte der sozialdemokratischen Forderungen, die der Herr Staatssekretär nach berühmtem Vorbildern im „Zukunftstaate“ ableiten läßt, unterscheiden sich „herkömmliche“ und „unbeschränkte“ Arbeiterbewegung, ist ebenso unzulässig wie nicht. Noch nie hat eine „sozialdemokratische“ Arbeiterorganisation auch nur eine einzige Forderung aufgestellt, die der heilige Staat, die gegenwärtige Gesellschaft nicht erfüllen könnte. In die „Gewerkschaftstage“, die auf organische Umgestaltung der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung gerichtete Forderungen und Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei einzubringen zu dem Zwecke, daraus zu folgern, die gewerkschaftliche Bewegung der sozialdemokratischen Arbeiter sei „unbeschränkt“, das geht billigerweise nicht an. Immerhin aber ist von einzigem Wert, daß Graf Podabowsky, abgesehen auf die gegenwärtigen Feinde jeder Arbeiterbewegung, die Notwendigkeit dieser Bewegung und ihre kulturelle Bedeutung an sich, soweit sie auf die Erhebung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, ausdrücklich anerkannt hat. Dafür wird er denn auch von der Scharfzückerpresse grümmig ausgegriffen.

Die Fortsetzung der Debatte um Spezialetat des Reichsamt des Inneren wurde am 7. Februar unterbrochen durch die Beratung des

**Wahlrechts-Antrages**  
der sozialdemokratischen Fraktion.

Dieser Antrag lautet:  
Dem Artikel 3 der deutschen Reichsverfassung ist folgender Zusatz anzufügen: „In jedem Bundesstaat und in Gebietskörperschaften wird eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Staats erforderlich.“

Nach erschöpfender Begründung des Antrages durch den Abgeordneten Veruflin, in der auch der Gamburgener Wahlrechtsklub idare Kritik äußerte, nahm der heftigste Bundesratsvorsitzende Dr. Klugmann das Wort, um in wahrhaft kläglich-er Weise gegen die politische Entschaltung der Arbeiterklasse zu „rechtfertigen“. Er erröte auf der linken schallende Heiterkeit und im Kreise der Reaktionsäre wenigstens einigermaßen Mitleid. Bedingterweise für die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den Parlamenten der Einzelstaaten istobann nur die Meinung der Freilinnigen ein, während das Zentrum es bei einer Erklärung bewenden ließ, worin es heißt:

Nach Artikel 28 der Reichsverfassung, ist der Reichstag nicht in der Lage, die Initiative nach dieser Seite zu ergreifen. Wenn aber die verbündeten Regierungen nach Maßgabe der Reichsverfassung dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, in welchem unter Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches die Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und unmittelbaren Wahlrechtes in den Einzelstaaten in Vorschlag gebracht wird, so sind wir bereit, denselben unsere Zustimmung zu erteilen. Was Gilsch-Vorbringen betrifft, so liegt die Zuständigkeit des Reichstages unbestritten vor, aber der vorgedachte Gesetzentwurf bietet in seinen Einzelheiten keine annehmbare Regelung.“

Doch mit solchen diplomatischen Kunststücken der wichtigen Sache, um die es sich handelt, nicht gedient ist, bedarf wohl keiner weiteren Darlegung.

Auch die nationalliberalen und konservativen Medien vertreten den völlig unbilligen Standpunkt, daß der Reichstag nicht kompetent ist, auf die Einzelstaaten zwecks Annahme des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes einzutreten. Der Reichstag ist dazu genau so kompetent wie der Bundesrat.

Jeher Standpunkt wird dadurch, daß auch der Staatssekretär Graf Podabowsky sich zu ihm bekannte, aus einem unrichtigen sein richtiger. Er stellte die Möglichkeit einer entsprechenden Änderung des preussischen Wahlrechtes in Aussicht für den Fall, daß die Arbeiter höchst monarchisch gemint werden und vom Klassenkampf ablassen!

Das ist eine sehr bequeme Art, sich mit der Wahlrechtsfrage abzugeben. Aber, an dem Einbruch, den Graf Podabowsky davon erwartet, wird er sicher vergeblich warten. Am nächsten Schwerninstage wird die Debatte fortgesetzt werden.

In der Reichstags-Sitzung am 6. Februar sollte folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion als erster Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung gelangen:

„Der Herr Reichskanzler bekennt, daß am 10. Juli 1905 auf der Koblenz-„Borussia“ bei Dortmund in Folge eines Schachbrandes 39 Arbeiter getötet worden sind? In dem Herrn Reichskanzler bekennt, weshalb die Urkunden des fürchterlichen Unglücks noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?“

„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß die „Borussia“-Kataklyphe durch Außerachtlassung der allernotwendigsten Arbeiterangelegenheiten herbeigeführt wurde, und was gegenüber dem Herr Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücken vorgebeugt wird?“

Trotzdem der Reichskanzler durch den Staatssekretär Grafen Podabowsky erklären ließ, daß er die Verantwortung der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus zu Sprache zu bringen. Aber sofort auch brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre Interpellation in abgeänderter Fassung wieder ein. Sie lautete nunmehr:  
„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterangelegenheiten im preussischen Abgeordnetenhaus zu Sprache zu bringen. Aber sofort auch brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre Interpellation in abgeänderter Fassung wieder ein. Sie lautete nunmehr:  
„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterangelegenheiten im preussischen Abgeordnetenhaus zu Sprache zu bringen. Aber sofort auch brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre Interpellation in abgeänderter Fassung wieder ein. Sie lautete nunmehr:“

„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterangelegenheiten im preussischen Abgeordnetenhaus zu Sprache zu bringen. Aber sofort auch brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre Interpellation in abgeänderter Fassung wieder ein. Sie lautete nunmehr:“

„In dem Herrn Reichskanzler bekennt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetzlichen Arbeiterangelegenheiten im preussischen Abgeordnetenhaus zu Sprache zu bringen. Aber sofort auch brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre Interpellation in abgeänderter Fassung wieder ein. Sie lautete nunmehr:“

Diese Fassung mit ihrer Bezugnahme auf reichsgesetzliche Bestimmungen nahm dem Reichskanzler die Möglichkeit, die Angelegenheit wiederum als eine „losgelöst preussische“ zurück zuweisen. Die Interpellation wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom 10. Februar gesetzt. Aber jetzt ließ er durch den Grafen Podabowsky die Ablehnung der Verantwortung mit der Behauptung motivieren, daß die bisherigen Untersuchungen nicht den geringsten Anhalt dafür geliefert haben, daß irgend welche Verletzung reichsgesetzlicher Vorschriften Anlaß zu dem bedauerlichen Unglücksfall gegeben hat.“

Diese Behauptung ist um so unerhörter, als zwei Tage vorher im preussischen Abgeordnetenhaus der Minister Verbrück, gehütet auf das amtliche Aktenmaterial, zugegeben genötigt gewesen war, daß die Betriebsleitung allerdings schwere Schuld an dem Unglück trifft, und daß von Einstellung des Strafverfahrens gegen die verantwortlichen Personen keine Rede sein könne.

Die sozialdemokratische Fraktion war diesmal sehr stark vertreten: sie gab allein mehr als die zu dem Beschluß, in die Behauptung einzutreten, nötigen fünfzig Stimmen. An derenthalb-

händiger, sehr wirkungsvoller Rede begründete der Abgeordnete Vömelburg die Interpellation. Er führte den Nachweis, daß das Unglück lediglich durch eine geradezu verberberische Vorkerwartung im Vertriebe der „Borussia“ herbeigeführt worden ist. Die Betriebsleitung hat in größtlicher, freudlosigster Weise gegen die allernötigsten und selbstverständlichsten Gebote des Bergarbeitergesetzes verstoßen. Der Brand in der Grube entstand dadurch, daß den bergpolizeilichgesetzlichen Bestimmungen entgegen mit offenen Lampen an höchst feiergefährlichen Stellen gearbeitet wurde. Nicht eine einzige der gebotenen Schutzmaßnahmen ist getroffen worden. Es fehlte an Löscheinrichtungen in der Grube und sogar an den notwendigen Rettungsapparaten; die erst von einer benachbarten Grube herbeigeholt werden mußten. Das alles ist erwiesene Tatsache. Erprobem hat die zuständige Staatsanwaltschaft bis jetzt, nach acht Monaten, die Schuldigen noch nicht vor Gericht gebracht! Wenn es sich um „Streikbrecher“ handelt, arbeitet die Justiz bekanntlich prompter.

Die Ausführungen Vömelburgs schlossen mit der Mahnung an die Regierung, endlich einen wirklichen Arbeiterklub zu schaffen, insbesondere auch Arbeiterkontrollenure anzustellen. Sachlich und kritisch ergänzend kamen die Reden des sozialdemokratischen Abgeordneten Gule, des Zentrumsgesandten Giesberts und des freilinnigen Abgeordneten Lenjungen hinzu. Alle diese Redner erhoben gegen den Reichskanzler schwere Vorwürfe, daß er die Verantwortung der Interpellation abgesehen hatte. In der Tat verdient diese Haltung des höchsten Reichsbeamten die schärfste derberlebensde Kritik. Der nationalliberale Abgeordnete Deumer hatte den nicht beneidenswerten Mut, die Betriebsleitung zu verteidigen, indem er, entgegen der Mehrheit, behauptete, die Grube „Borussia“ habe den bergpolizeilichlichen Vorschriften stets entsprochen. Hoffentlich bewirkt diese Debatte, daß die Schuldigen endlich die Sirene des Gesetzes ertit. Aber wird auch endlich die Forderung nach Arbeiterkontrollen bei der Regierung Gehör finden?

Einen vorläufigen Abschluß hat nunmehr der Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht gefunden. Die preussischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes haben an die beiden Häuser des preussischen Landtages eine Petition gerichtet, in der unter Berufung auf die Massenemonstrationen vom 21. Januar erklärt wird, daß Hunderttausende preussischer Staatsbürger an Stelle des Dreiklassenwahlrechts die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechtes, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, verlangen, und daß die Wahlen auf Grund des Verhältniswahlrechts stattfinden sollen.

In der Begründung dieser Forderung heißt es:  
Die Petitionierenden sind bei ihren Forderungen von der Ansicht ausgegangen, daß das bestehende Dreiklassenwahlrecht, um mit dem frühesten Wismard zu reden, das widersinnigste und elendeste Wahlsystem ist, das existiert. . . .

Das arbeitende Volk Preußens, auf dem in erster Linie die Erfüllung und die Bohlbarkeit des Staates beruht, ist also von jeder Vertretung seiner Interessen im Landtage ausgeschlossen. Dieser pluralistische Charakter des geltenden Dreiklassenwahlrechts ist seit seiner Einführung durch Oltroyierung im Jahre 1849 immer stärker zum Ausdruck gekommen. Das geltende System ist also der blühende Hohn auf Recht und Gerechtigkeit. Eine Handvoll Staatsangehörige, die durch die Kleinheit ihrer Zahl unfähig wären, den Staat zu erhalten, haben die ganze politische Macht in ihren Händen und bittieren Geleite, wie sie ihnen die Förderung ihrer Interessen vordrückt.

Ein solch ungeheurer Zustand muß notwendig bei der großen Wählermasse der dritten Klasse Haß und Erbitterung über Gleichgültigkeit gegen den Bestand eines Staatswesens hervorrufen, das die sehr große Mehrheit seiner Bürger als Spielball behandelt, indem es sie zu politischen Nulden degradiert.“

So ist denn die Wahlrechtsfrage unmittelbar in das preussische Parlament getragen. Jetzt werden Zentrum und Freilinn in diesem Parlament zeigen müssen, ob es ihnen Ernst damit ist, der politischen Enttötung des Volkes ein Ende zu machen. Willens haben sie es an überzeugender „Lunbung ihres guten Willens dazu sein lassen.

Mittunter geht es auf dem Gebiete der Politik doch auch noch heiter zu. Des Reichskanzlers Fürsten Allow Verdienst ist es, auf diesem Gebiete öffentlich das Rhinogeros zu Ehren gebracht zu haben. Auf einem Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin am 6. Februar sagte er: „Als ich Reichskanzler war, vor 20 oder 22 Jahren, sagte mir einmal mein damaliger Chef, der General von Schwimig, ein fluger und weiserer Mann: Ein Diplomat, sagte er mir, muß einerseits so feinsinnig sein, daß er es merkt, wenn eine Fillege hinter seinem Rücken durchs Zimmer fliegt; andererseits muß er ein Fell haben, wie ein Rhinogeros.“ Diese legiere Eigenschaften gegenüber ungedulden Angriffen empfehle ich auch allen meinen Kollegen.“

Natürlich rief der Herr Fürst mit dieser Rhinogerosade bei den Herren Agrarier große Heiterkeit hervor. Können diese Herren doch fast alleamtlich sich rühmen, daß sie längst schon mindestens das Fell eines Ochsen haben. Aber Rhinogerosfell geht doch noch darüber!

Aus Kiel wird von der Kaiserlichen Werft bekannt, daß der Oberverwalter von Reichsmarinant die Aufforderung erhalten habe, festzusetzen, ob die Arbeiter bei ebenen tuelter Einführung der neunstündigen Arbeitszeit die gestellte oder die ungeteilte Arbeitszeit vorziehen. Bei der Entscheidung für die geteilte Arbeitszeit soll eine zwischendliche Mittagspause eingeführt werden. In verschiedenen Abteilungen hat Wert in die Mundfrage bereits vorgenommen worden. Weiter verlanet, daß als Anfangstermin für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit der 1. April in Aussicht genommen sei.

Charakteristisch ist, daß die Werftarbeiter die neunstündige Arbeitszeit mehrfach in Positionen an das Reichsmarinantgegnen geordert haben. Diese Petitionen aber wurden, weil der „ih ganzensmäßige Weg“ nicht innegehalten, zurückgewiesen. Genügt haben sie aber doch. Die Arbeiterorganisation hat sich das Verdienst erworben, die Verwaltung zunächst auf den Weg der Feststellung zu drängen.

In dem Kapitel, das Koalitionsrecht vor Gericht, liegt ein neuer Beitrag vor. Der verantwortliche Reichskanz-

der „Breslauer Volkswacht“, Käß, war, weil er eine Sperrnötig gegen eine Breslauer Goldschmiedefirma abgedruckt hätte, aus § 158 G.-D. vom Schöffengericht zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Die Begründung stützte sich auf das bekannte Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1903, wonach der § 158 auch so zu verstehen ist, daß Arbeitgeber gegen den von Arbeitern ausgehenden Zwang geschützt werden sollen. In der Berufungsinstanz, die sich mit der Berufung des Angeklagten und der des Staatsanwalts, dem ein Tag Gefängnis zu wenig war, zu befassen hatte, wies der Bertelbiger Wolfgang seine darauf hin, daß eine solche Auffassung des § 158 den Absichten des Gesetzgebers und den bestimmten Erklärungen der Regierung vollständig widerspreche, daß aber es auch unmöglich sei, die Anwendung eines im § 152 erlaubten Mittels im § 158 unter Strafe zu stellen. Während die Staatsanwaltschaft die Höhe der Strafe auf eine Woche festsetzen beantragte, schloß sich das Gericht den Gründen des Bertelbiger in vollem Umfange an und sprach Käß von der Anklage des Vergehens gegen § 195 G.-D. frei.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr vorförmlich.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

- Hamburg: (Sperrn über die Bauten: Riekhof, Markmannstrasse, Nieland, Ericastrasse, Kietzmann, Hilbeckthal, Opel & Mehlhose, Oejendorf bei Steinbeck)
Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Homdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter);
Mecklenburg: Schwerin (Sperrn über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);
Pommern: Gollnow (Sperrn über Käster), Jarmen (Sperrn über Brandt und Heidschmidt);
Ost- und Westpreussen: Konitz, Marienwälder (Differenzen);
Schlesien: Rauschwalde b. Görlitz (Sperrn über Unternehmer Pauls);
Brandenburg: Spandau (Sperrn über Unternehmer Rucksch), Strasburg i. d. Uckermark (Sperrn über Döring);
Provinz Sachsen: Berntrode, Untereichsfeld (Sperrn über die Kaliwerke);
Braunschweig: Königslutter (Streik);
Königr. Sachsen: Leipzig (Gesperrt ist die Firma Marien & Kunze, Bahnhofsbauten), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung);
Thüringen: Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperrn über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch);
Rheinprovinz und Westfalen: M. Gladbach (Sperrn über Bongarts);
Hannover, Oldenburg und Lippe: Delmenhorst (Sperrn über die Wollkammer), Visselhövede (Sperrn über Cohrs und Köster), Burgdorf (Sperrn über Allending) Pymont (Streik);
Baden-Pfalz: Kaiserslautern (Sperrn über den Unternehmer Neurohr);
Elsass-Lothringen: St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).
Fliesenleger:
Duisburg (Sperrn über Firma Lohbeck).

9 Uhr Abends mit 20-pSt. Nacharbeit von 2 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens und Sonntagsarbeit mit 100 pSt. Zuschlag bezahlt werden. Affid wird nicht gearbeitet. Der Vertrag soll vom 1. Februar bis zum 1. Oktober 1906 Gültigkeit haben.

Welchen Erfolg das Vorgehen unserer Kollegen bisher hatte, ist bereits in voriger Nummer berichtet. Die Zahl der Unternehmer, die den Tarif anerkannt, ist jetzt auf zehn gestiegen. Die Lokalfisten vernehmen es auch nicht, von auswärtig flüchtigen als Streikbrecher heranzulassen. Daß diese Leute auch dazu fähig waren, hat man freilich schon lange gewußt. Sonderbar ist nur, daß es ihnen zum Teil noch möglich ist, als Parteigenossen zu gelten. Selbstverständlich muß nun auch darin reiner Tisch gemacht werden.

Die Unternehmer in Konitz in Westpreußen haben sich ansehnlich für dies Jahr ganz was Besonderes vorgenommen. Schon vor Weihnachten forderten sie unsere Kollegen auf, etwaige Wünsche über die Löhne usw. jetzt zu äußern, damit zeitig ein Abschluß erzielt werde. In erklärlicher Vertrauenslosigkeit nahmen unsere Kollegen dies für bare Münze und reichten ihre Forderungen ein. Es kam auch zu Unterhandlungen. Die Kollegen glaubten, daß sich die Unternehmer einer Lohnerhöhung nicht abgeneigt zeigen würden, denn wozu sonst erst die Anfrage zu so früher Zeit. Sie hatten sich aber sehr getäuscht. Nicht allein, daß die „Herren Arbeitgeber“ nicht allein nichts bewilligen wollten, sondern sie verlangten sogar noch eine Reduzierung der bisherigen Löhne. Das war freilich denn doch zu viel, als daß die Gesellen es akzeptieren konnten. Sie betweigerten selbstverständlich die Anerkennung der von den Unternehmern diktirten Bedingungen. Nun drohen diese mit der Aussperrung. Im Graubener „Geselligen“ werden folgende Angelegenheiten geführt:
Stundenlohn und Affordarbeit nach vorheriger Vereinbarung.
Melbungen sind sofort an den Maurermeister R. Herrmann in Konitz zu richten.
Konitz, den 4. Februar 1906.
Die Baugeschäfte
P. Arnst, R. Herrmann, O. Gillebrand, C. Moock, P. Wieje.

Wir warnen recht eindringlich davor, auf dieses Inserat hin nach Konitz zu gehen, denn tatsächlich sind jetzt dort noch eine ganze Anzahl Maurer arbeitslos. Der Zweck ist freilich sehr klar: man will auch die wenigen Einheimischen, die jetzt in Arbeit stehen, nach und nach durch fremde „willige“ Kräfte ersetzen, um dann alle Organisierten so lange auszusperrn, bis sie zahm gehungert sind. Also nochmals: gehe kein Maurer nach Konitz!

Es ist nach diesem auch klar, daß es keine Friedensliebe war, die die Unternehmer benutzten, sich so teilnehmend nach den Wünschen der Gesellen zu erkundigen, sondern es war ihnen nur darum zu tun, einen Grund zu finden, der ihre gemeinen Praktiken entschuldigen soll. In Zukunft also Vorsicht, wenn die Unternehmer den Friedensliebenden martieren. Trau, schau, wem!

In Basel bestehen seit dem 1. Februar Differenzen zwischen unseren Kollegen und den Unternehmern. Diese verlaufen nämlich mehrfach, denn im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarif bezug: seine Bestimmungen über die Arbeitszeit zu durchbrechen. Aus diesem Grunde ersuchen wir die nach der Schweiz reisenden oder dort arbeitenden Kollegen, Basel bis auf weiteres zu meiden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 28 vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzusenden.

„Arbeit und Kultur“. Da auch die dritte Auflage des Buches „Arbeit und Kultur“ fertiggestellt ist, erwarten wir von den Zweigvereinen weitere Bestellungen.

Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zweigvereine Uffersleben, Gaudersheim und Garzburg Neuzustimmung nicht ausgaben.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingelebt haben.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überfenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbepunkte.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 4. bis 10. Februar für folgende Mitglieder erteilt worden:

- M. Bahlsten-Bilbed, Verbands-Nr. 84 476; Joh. Zeis-Zwidau (Frau) 110 214; Conrad Kretsch-Erfurt (Frau), 87 880; Wilh. Blech-Hamburg, 26 231; Joh. Vaterod-Werlin (Frau), 96 17; W. Mielke-Werlin (Frau), 1588; Herm. Hübler-Werlin (Frau), 6348; Herm. Auge-Werlin (Frau), 8624; Herm. Pleger-Werlin, 7380; Wilh. Stollberg-Songerhausen, 183 066; Traugott Schneider-Hienburg, 66 195; Heinrich Hundertmarkt-Hannover (Frau), 81 956; Peter Dorn-Wiesbaden (Frau), 48 798;

Herm. Schlier-Golßen (Frau), 72 408; Herm. Stewert-Budow (Frau), 57 254; Aug. Fiedler-Karlshagen (Frau), 155 666; Rob. Müller-Weißig, 37 231; Rich. Schate-Döbeln (Frau), 59 024; Fiedr. Baumgard-Sonderburg, 110 481; Johs. Schmitt-Frankfurt a. M. (Frau), 21 868.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 7, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 6. bis 12. Februar 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Berlin und Umgegend M. 36 238,60, Schwartau 154,80, Grabow i. Meckl. 90,70, Burg a. Fehm. 29,52, Rechin 1,60, Goldberg i. Schlt. 49,80, Elze i. Hann. 42, Weib a. d. B. 84,14, Bergedorf 9,18, Mühlburg 7,95, Marktgraspieste 1,50, Halberstadt, von hiesiger Stadtverordnetenversammlung jurisdiktional 156,47, Kötzenburg i. Hann. 105,80, Zeulenroda 35,16, Marstein 85, Stettin 9, Perleberg 1,50.
b) Für Kalender.
Eulingen M. 5, Kauf b. Nürnb. 12,50, Anklam 6,50.
c) Für Futterale.
Grabow M. 2,50.

d) Für Verbandstags-Protokolle.
Hersfeld M. 7, Weib a. d. B. 1.

e) Für den Bericht der Bauarbeiter-Kommission.
Marktgraspieste 75 A.

f) Für „Arbeit und Kultur“.
Rechin M. 3, Bergarbeiterverband 15, Mürgel i. Thür. 6, Grimmitzschau 3, Cronau 3, Grabow, Hersfeld, Goldberg i. Schlt., Elze, Nienegg und Gr.-Weseln je M. 1,50.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“.
Stettin und Umgegend M. 71,50.

Für Einbaudecken.
Cronau M. 1,10.

Marken-Versand. Vom 22. Januar bis 10. Februar sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Sporttagemarken, L = Totalfondsmarken):

- Mit-Damm 400 B à 45 A, 400 B à 50, 100 A à 25, Arnst 20 E à 50, Ansbach 1000 B à 80, 100 A à 25, 400 L à 10, 600 L à 5.
Barby 3 E à 150 A, Burgblitz 20 E à 50, Braunschweig 100 E à 50, Bitterfeld 1000 B à 85, 100 A à 25, Brandis 400 B à 40, Bunzlau 2000 B à 40, 10 E à 50, Borna 400 B à 35, 15 E à 50, Breslau 2000 B à 30, 1000 A à 25, Bochum 1000 B à 60, 200 E à 50, Bonn 2000 B à 45, 100 E à 50, Bismberg 400 B à 35, 40 E à 50, Bloßheim 1000 B à 40, 5 E à 150, 50 A à 25.
Coswig 200 L à 15 A, Elm 30 000 B à 65, 100 E à 150, Callies 10 E à 50, Cammin 400 L à 10, Cassel 20 000 B à 55, 20 E à 150, Cronau B à 50, 2000 B à 45, 2000 B à 40, 2000 B à 35, Croppenstedt 10 E à 50, Creffitz 5000 B à 80, 1600 L à 10.
Deutsch Hallwitz 600 B à 35 A, 200 A à 25, Düsseldorf 500 E à 50, 20 E à 150, Danzig 10 000 L à 10, Dörfelsdorf 400 B à 40, 100 B à 55, 50 A à 25, Duisburg 800 B à 60, Dresden 50 000 B à 60, 8000 B à 55, 1000 B à 50, 5000 B à 45, 2000 B à 40, 200 B à 35, 2000 B à 30, Efermhörbe 800 B à 45 A, 50 B à 30, Eifen 10 000 B à 60, Eifenach 20 E à 150, Eutin 10 E à 50.
Fadenburg 800 B à 55 A, 400 E à 50, 400 K à 80, 50 A à 25, Fienburg 2000 B à 75, 10 E à 150, Forst 4000 B à 40, 2000 L à 10, Füssen 400 B à 40, 20 E à 50, Gottesberg 20 E à 50 A, Gera 2000 B à 45, 200 A à 25, Göttsch 20 E à 50, Grünberg i. Schl. 2000 B à 35, Grünburg 1000 B à 45, Gützig 50 A à 25, GutsMuths 4000 B à 55, 200 E à 50, 1000 L à 25, 40 E à 150, Götzen 200 B à 35, 20 E à 50, Gießen 5000 B à 45, 200 B à 80, Gumbinnen 600 K à 10, Gützig 1000 K à 10, GutsMuths 400 B à 35, GutsMuths 3 E à 150, 2 E à 800.
Hilbesheim 39 E à 50 A, 200 A à 25, Seilsbrom 600 L à 10, Spang 200 E à 50, Söhring 6 E à 50, 4 E à 150, Soltmann 1000 B à 55, 400 L à 10, Sorst 200 B à 45, Gerberg 400 B à 30, 100 A à 25, Girschberg 800 B à 30, Gebe 20 E à 50, 100 A à 25, Goldhausen 400 B à 35, 20 E à 50, Gerogenauren 800 B à 55, 400 B à 35, 100 A à 25, 200 L à 5.
Jena 3000 B à 45 A, 5 E à 150, Jatzobshagen 200 B à 30, Kempen 10 E à 150, 20 E à 50, 1000 B à 40, Straßow 400 B à 35, 3 E à 150, Remberg 10 E à 50, 100 B à 30, Rönigslutter 70 E à 50, Kaiserslautern 2000 B à 40, 1000 K à 10, 100 A à 25, Reichenborn 60 B à 40, 50 B à 30, Rattowitz 1000 E à 50, Rönigberg i. Pr. 50 E à 300, Rübena 1000 B à 35 A, 100 A à 25, Riegnitz 2000 B à 40, 30 E à 50, 50 E à 150, 400 K à 25, Rübau 400 B à 30, Rumbrecht 600 B à 40, Socha 200 B à 40, 400 B à 35, 200 A à 25, 10 E à 150, Ströden 60 E à 50.
Mannheim 700 E à 50 A, Marzahn 800 B à 50, Mühlberg i. Thür. 200 B à 50, 25 B à 40, Memel 5 E à 150, 600 L à 5, Mey 1000 B à 40, 100 E à 50, 1000 K à 10, Meuselwitz 10 E à 150, Müldroy 400 B à 40, 15 E à 50, 5 E à 150, Melle 10 E à 50.
Neuhaus 10 E à 50 A, Norberner 400 B à 50, 400 B à 45, 200 K à 10, Nordensam 900 B à 55, Neulohr 800 B à 35, Neustadt 1200 B à 35, Neumarkt 200 B à 85, 50 E à 50, Nordhausen 20 E à 50, Naumburg 400 K à 10, Neuenhagen 50 B à 50, 200 B à 55, Neufals 20 E à 50.
Osnabrück 2000 B à 50 A, Oberste 600 B à 45, 100 B à 40, Osterbe a. Harz 10 E à 50, 10 E à 150.
Pinnberg 1 E à 300 A, Preeg 400 K à 20, Pflanzhausen 400 B à 40, 2000 B à 50, 10 E à 150.
Roth a. Saub 200 L à 10, Romschütz 1000 L à 10, Ronneburg 400 B à 35, Rönitz 400 B à 35, 20 E à 50, 5 E à 150, Rübitz 200 B à 35, 40 E à 50, Rößlau 3 E à 150, Roxheim 200 B à 40, 2 E à 150, 50 B à 50, 3 E à 800, Rosdorf 2000 B à 55, 10 E à 300.
Spreenberg 2000 B à 40 A, 2000 L à 10, Singen 30 E à 50, 400 B à 35, Schweigingen 25 E à 50, Stett

Der Streik der Fliesenleger in Berlin dauert fort. Der Kampf wird den Kollegen vor allem durch organisierten Streikbruch erschwert, den die „anarcho-sozialistische“ Losaltische „Freie Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ diesmal verübt. Zum besseren Verständnis sei hier kurz die Lage skizziert. Zwischen der Section der Fliesenleger und den Unternehmern dieser Branche bestand ein Vertrag, der bis zum 1. Februar dieses Jahres Gültigkeit hatte. Ohne Rücksicht darauf und trotz des schloßen die losaltorganisierten Fliesenleger am 1. Oktober einen eigenen Tarifvertrag ab. Am 30. Januar belegte eine Versammlung der zentralorganisierten Fliesenleger einen eigenen Tarif zu unterbreiten, der folgende Hauptforderungen enthielt: Der Stundenlohn beträgt mindestens 82½ %. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden, Arbeiter, die zu dem Fliesenlegergewerbe übertraten, erhalten in den ersten drei Monaten den Lohn nach freier Vereinbarung, jedoch nicht weniger als den Maurerlohn. Den Stundenlohn außerhalb des Vorortbereichs wird außer den Stundenlöhnen eine Entschädigung von 1/3 pro Tag, gesamt. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden und dürfen nicht ausgeführt werden, solange noch arbeitslose Fliesenleger nachgehoben werden können. Bei Streitigkeiten entscheidet die Schlichtungskommission. Ueberstunden sollen, wenn sie nicht zu vermeiden sind, bis

20 E & 50. Schändensleben 2000 L & 10. 800 K & 10. Sebnitz 100 A & 25. 400 K & 10. Schönlinde 1200 B & 45. 50 B & 80. 50 A & 25. Saalfeld 600 B & 85. Schneidemühl 10 E & 150.

Thorn 600 K & 10. Leipzig 200 B & 40. Tölz 400 K & 10. Trebitz 400 B & 35. 25 E & 50. 10 E & 150. Wetzlar 1000 B & 50 A.

Wesertal 400 L & 10. Wieselhede 200 B & 35. Wegscheid 2000 B & 45. 400 L & 20. 50 A & 25. 6 E & 150.

Würgburg 100 E & 50 A. Wilsnack 200 K & 10. Wittich 800 B & 40. Wittmund 10 E & 50. Wilschhausen 200 B & 45. Wilschhausen 4000 B & 60. Waldkirch 10 E & 150. 30 E & 50. 100 K & 10. Wolgast 10 E & 50. 8 E & 150. Werdner 1200 B & 50. Wollau & 25. 1200 B & 60. 400 L & 80.

Zwickau 6000 B & 35. 4. 50 E & 50.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedsblätter der Kollegen Heinrich Kemmermann-Somburg (Verb.-Nr. 179 267), W. Fritze-Rönigk in B. (80 814), Joh. Kriller-München (263 567), Wilhelm Wille-Verlin (280 576), Hugo Walter-Berlin (197 885), Herm. Ernst-Oderleben (221 014), Fr. Bolten-Wegsdal (223 082), Michael Söbe-Saun (237 348), Paul Kändler-Mannheim (285 480), Adolf Engel-Frankfurt a. M. (273 361), Karl Hartwig-Berlin (821), W. W. Witt-Verlin (124 479), P. H. Wied-Düsseldorf (265 541), Carl Seibow-Freiburg (67 958), Frdr. Altmüller-Danabrid (298 276), Paul Kersten-Magdeburg (43 240), Paul Vetsch-Bromberg (58 536), Konrad Böder-Minden (349 166), Herm. Scherweller-Minden (355 870), Ferd. Schülze-Rudowalbe (85 188), W. Holle-Bremen (241 106), Joh. Vater-Dortmund (94 388), Arthur Eimer-Göln (278 382).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Otto Bau (Verbands-Nr. 120 709), Wilhelm Schüge (3520), Richard Dittmann (8401), Wilhelm Wage (5808), Wilhelm Koch (258 888), Paul Jädrich (9138), Max Voge (7949), Wilhelm Hülfeloff (6998), Oskar Pieker (53 472), Hermann Schablow (9349), Josef Jach (7792), Heinrich Thiene (6918), Josef Wialtomski (197 584), Karl Krüger (7202), August Albrecht (8610), Karl Parcy (6204), Wilhelm Buss (5014), Bernhard Smolarek (344 032), Cöstin: Julius Juppe (61 400); Mannheim: Johann Meiner (295 712), Heinrich Blum (140 384), Johannes Blum (285 558); Wittweida: Richard Dreher (219 081); Ulm: Ferdinand Unterberger (331 334), Georg Jäger (331 365); Kempten i. Allgäu: Josef Mayerhofer (194 927).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben. Der Vorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorkände.**

**Gau Stettin.**

Am 28. Januar sind in den Vorstand gewählt: Wils. Schauer, Stettin, Heinrichstr. 9, 1. Et., Vorsitzender. Wils. Petersdorf, Stettin, Lurmerstr. 74, 1. Et., Kassierer; Ernst Schütler, Schriftführer; Carl Kretsch, Max Scharing, Beisitzer. Als Revisoren Aug. Mahle, Stettin, Otto Hüner, Stettin, G. Matije, Alt-Damm.

Alle Geldsendungen sind an den Kassierer, sonstige Sendungen an den Vorsitzenden zu richten.

Der Gauvorkand. F. W. Wils. Schauer.

Vom 1. April an wohnt der Vorsitzende: Stettin, König Albertstr. 28, 1. Et.

Die Konferenz der Pflegeteiler von Rheinland und Westfalen findet Sonntag, den 25. Februar, in Duisburg, Feldstr. 9, im Lokale von Arthur Marks statt.

**Jahresberichte der Gauvorkände.**

**Gau Lübeck.**

Das verfloßene Geschäftsjahr steht nicht gegen das Vorjahr zurück. Lohnt man die Lohnbewegungen als Maßstab gelten, so übertrifft es seine Vorgänger ganz bedeutend. Nicht weniger als 41 Wohngebiete von 58 Zweigvereinen, gegen 22 im Vorjahre, waren daran beteiligt.

Diese lebhafteste Bewegung hatte ihre Ursache in der durchgehend guten Bautätigkeit. In Alts, Brück, Wismar, Schwane, Güstrow, Waren, Heiligenhafen, Lübz, Doberan, Schwärwin und Wurnshaupten war die Bautätigkeit besonders günstig. In Alts, Brück, Lübz und Wurnshaupten hielt die Nachfrage nach Mauern fast anhaltend bis zum Jahresabschluss an. Viele Anfragen wegen Zufubnung von Mauern mußten abschlägig beschieden werden. Recht mittelmäßig, zum Teil auch schlecht, war die Bauperiode in Ranzin, Ranzin, Crivitz, Döbel und Lützenburg. In allen übrigen Orten fanden die ordnungsmäßigen Kollegen Arbeitslosgenheit bis zum Jahresabschluss.

Für das Jahr 1906 ist im allgemeinen dieselbe Bautätigkeit zu erwarten. Soweit Berichte darüber vorliegen, scheint sich die Konjunktur in Ostfriesland zum Frühjahr wieder zu beleben. Anhalten gut dürfte sie in Wurnshaupten, Trendeb, Doberan und Wismar werden. Dagegen in Crivitz und Warnemünde nur bis zum Beginn der Badesaison. Auch in Lübeck rechnet man mit einer guten Arbeitslosgenheit. Es sind einige größere Arbeiten projektiert, so unter anderem der Neubau einer Zrennanstalt, eines Zentralgefängnisses, eines Verwaltungsgebäudes, eines Gebäudes für das Polizeiamt und der Neubau des Stadttheaters. Auch das Hochofenwerk, das dicht bei Lübeck angelegt wird, sowie die Hochbauten des neuen Bahnhofs dürften die Bautätigkeit wesentlich beeinflussen. Mit Bestimmtheit ist vorläufig nur auf die Bahnhofsbauten, den Theaterneubau und das Hochofenwerk zu rechnen. Diese Arbeiten dürften aber auch erst zu Anfang des Sommers erst. Herbstes in Angriff genommen werden, so daß zum Frühjahr vielleicht noch mit überflüssigen Arbeitskräften zu rechnen ist.

Einen Rückgang der Bautätigkeit haben wir in Schwärwin zu erwarten, da sich die leerstehenden Wohnungen aussehends mehren. Wie es nur in den übrigen kleinen Städten bestellt sein wird, ist nicht mit Bestimmtheit vor-

auszusagen. Die Unternehmer verfolgen hier die Taktik, über die in Aussicht stehenden Bauten nichts verkaufen zu lassen, um dadurch die Lohnbewegungen zurückzuführen, und in der Regel lassen sich die Kollegen dadurch irren machen und fallen dann auf das geringste Angebot der Unternehmer herein. In Lützenburg wird auch für 1906 die Bautätigkeit schlecht sein, so daß die Kollegen gezwungen sein werden, anderweitig Unterkunft zu suchen.

Die Agitation wurde in der bisherigen Weise weiter betrieben. In verschiedenen Orten, wo die Bewegung auf recht schwachen Füßen stand, mußte vom Gauvorstande resp. dessen Beauftragten mehrfach durch Hausagitation nachgeholfen werden, teilweise mit gutem, teilweise auch mit keinem Erfolg wie z. B. in Wismar und Brück. In beiden Orten waren während des Streits resp. während der Aussperrung eine ganze Anzahl Kollegen fahnenloslich geworden. Diese wiederzugewinnen war der Zweck der Hausagitation; sie war aber, wie schon angeführt, ohne Erfolg.

In Oldenburg i. G. gelang es, im Herbst einen Zweigverein zu gründen, nachdem es solange unmöglich war, dort festen Fuß zu fassen. Wenn nun auch noch nicht alle Kollegen dem Verbands angehört sind, so scheint doch der Stamm gut zu sein, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß sich der Zweigverein weiter entwickeln wird. Ebenfalls gelang es in Gadebusch wieder eine Anzahl Kollegen zu gewinnen, so daß auch dort ein Zweigverein gegründet werden konnte. Die Zahl der organisierten Kollegen ist zwar noch klein, sie scheint aber gut zu sein; sie wird trotz aller Nachwirkungen des Unternehmers Boy und seiner getreuen Wajallen von Bestand bleiben, bis auch den anderen Kollegen einmal die Erkenntnis kommt, daß sie dies freudigste Spiel sich zum eigenen Schaden und den Unternehmern zum Vorteil getrieben haben.

Verdienstliche Verträge, die in Ritzki gemacht wurden, blieben bisher ohne Erfolg. Jedoch ist Hoffnung vorhanden, daß es uns gelingt, in nächster Zeit auch diese Kollegen zu gewinnen. Erfolgrlos blieben auch die Versuche in Sülze und Malchow.

Daß alle Zweigvereine samt und sonders in puncto Agitation ihre Pflicht zu erfüllen hätten, wie man es häufigerweise verlangen kann, können wir nicht sagen. Wohl haben einzelne Zweigvereine den Versuch gemacht, aber wo die Ausdauer fehlte, konnte man auf einen größeren Erfolg nicht rechnen. Sogar bei der Flugblattverbreitung im Frühjahr mußten wir die Erfahrung machen, daß sich verschiedene Zweigvereine lediglich auf die Verbreitung an die organisierten Kollegen beschränkten. Gätte man hier etwas mehr Energie entfaltet, dann dürfte sich die Zahl der Nichtorganisierten, die innerhalb der Zweigvereinsgebiete im vorigen Jahre noch 830 betrug, mindestens um die Hälfte verringert haben.

Die Zahl der Zweigvereine betrug am Jahresabschluss 58. In 11 Zweigvereinen waren sämtliche Kollegen organisiert. Die Mitgliedsbewegung gestaltete sich folgendermaßen:

4. Quartal 1903	2884
1. " 1904	2929
2. " 1904	3031
3. " 1904	2965
Im Durchschnitt ... 2953	
4. Quartal 1904	2989
1. " 1905	3130
2. " 1905	2820
3. " 1905	3097
Im Durchschnitt ... 3004	

Es ist also gegen das Vorjahr ein Mehr von 61 zu verzeichnen. Obwohl eine recht minimale Zunahme. Es muß aber auch berücksichtigt werden, daß im zweiten und dritten Quartal der Lohnkampf in Lübeck ausgebrochen wurde, wodurch fast 800 Kollegen weniger vorhanden waren. Berücksichtigt man ferner, daß hierzuland fast 200 in Lübeck anständig waren, so dürfte unsere Mitgliederzahl am Schlusse des vierten Quartals bedeutend größer sein und ein Mehr von 250 gegen das verfloßene Jahr aufweisen. Hierzu hat auch die allgemeine gute Bautätigkeit ihr Teil beigetragen. In 30 Zweigvereinen war der Mitgliederstand stabil, in 19 steigend und in 9 ist ein geringes Rückgang zu verzeichnen. Das letzte trifft auf die Orte zu, wo ganz die Konjunktur nicht günstig war. In Alts und Wismar war es auch in diesem Jahre nicht möglich, Versammlungen auszuführen. In Heiligenhafen, Oldenburg, Lützenburg und Wurg a. Fehrnarh stehen uns die Lokale nur zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen zur Verfügung, im äußersten Falle vielleicht auch noch zu öffentlichen Versammlungen. Für öffentliche Versammlungen oder politische Versammlungen ist in allen sechs Orten kein Lokal für uns vorhanden und auch wohl schwer zu bekommen. Hauptsächlich wohl aus dem Grunde, weil noch nicht die gesamte Arbeiterschaft von dem Prinzip des Klassenkampfes durchdrungen ist. Somit müßte es mit dem nötigen Nachdruck möglich sein, die Inhaber von Versammlungselokalen geistig zu machen. Nicht schmerzhaft und zugleich beschämend ist es, wenn man in obenbenannte Orte kommt und hält dann einmal Anschlag, wie es mit der politischen Organisation und dem Abkommen der Arbeiterpresse unter den Kollegen bestellt ist. Zum Teil sieht es leider in dieser Beziehung recht traurig aus. Hier muß unter allen Umständen Erneuer geschaffen werden. Es soll hier nochmals ausgesprochen werden, daß es nicht allein Aufgabe der Verwaltungsberechtigten ist, nur für die Entwicklung der Zweigvereine zu sorgen, sondern daß es auch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, ständig darauf hinzuwirken, daß nicht nur die gewerkschaftliche Organisation unser Ein und Alles ist, sondern daß wir nur dann in der Lage sind, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, wenn wir die politische Macht in Händen haben und gleichzeitig mit der politischen Macht uns das nötige Wissen angeeignet haben. Das können wir aber nur, wenn wir uns samt und sonders politisch organisieren, politisch tätig sind und mit Verständnis die Arbeiterpresse lesen. Nicht mit Unrecht wies die „Medienburgische Volkszeitung“ in einem Artikel, den sich auch der „Grundstein“ zu eigen machte, darauf hin, daß es allgemein üblich sei, die Baubandwerter als die Pioniere der Arbeiterbewegung zu bezeichnen, daß davon aber in Medienburg recht wenig zu spüren sei. Es liegt auch hier so wie im holsteinischen

Gebiet. Die Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit im Bunde mit der geistigen Bedürfnislosigkeit sind die Faktoren, die hier in Frage kommen. Wir müssen uns nun einmal daran gewöhnen, wenn wir den Kampf mit dem Kapital führen wollen, auch die erforderlichen Opfer zu bringen. Es genügt nicht, daß man sich bei Lohnkämpfen daran erinnert, daß auch die Arbeiterpresse da ist, und daß diese dann verpflichtet ist, vor Bezug zu warnen und die Interessen der Streikenden zu vertreten, es muß vielmehr ein jeder Abonnent sein und das Arbeiterunternehmen unterstützen. Mögen diese Zeilen mit dazu beitragen, daß es in dieser Beziehung bald besser wird.

Die Kassenrevisionen, die fast alle unterhohft borgenommen wurden, gaben zu feinerlei Ausstellungen Veranlassung; Unterschlagungen waren nicht zu verzeichnen. Wenn auch mit der Durchführung noch so manches hapert, so ist doch zu erwarten, daß nach und nach eine Besserung eintritt.

An Beitragsmarken wurden verkauft: im dritten Quartal 1904 = 32 767; im ersten Quartal 1905 = 12 814, im zweiten Quartal 1905 = 33 829, im dritten Quartal 1905 = 35 415. Das ergibt im Durchschnitt pro Mitglied 89,56 Wochenbeiträge.

Ueber den Bauarbeiterkampf ist von einer Besserung nichts zu berichten. Es sind im großen und ganzen noch immer dieselben traurigen Zustände, wie sie bereits im Jahresbericht vom 1904 geschildert sind. Hier müssen wir bemerken, daß ein ganz Teil Schuln an diesen Zuständen die Bauarbeiter selbst hat. Wurde uns doch mitgeteilt, daß bei Bautenkontrollen, die von den arbeiterjudikationskommissionen vorgenommen wurden, diese von den eigenen Kollegen gemeinsam mit dem Unternehmer sogarlagen verhöht wurden, wo es ihre Pflicht gewesen wäre, ganz entgegengesetzte Partei für die Kontrolleure zu nehmen. Die Kollegen sollten nicht begreifen, daß wir in diesem Punkte noch gänzlich auf uns allein angewiesen sind, und daß es nötig ist, zur Schaffung eines besseren Arbeiterschutzes kraftlos und mit Energie den Kampf weiterzuführen. Die Lohnbewegung war, wie schon eingangs bemerkt, im Vergleichsjahre außerordentlich lebhaft. Wir können aber auch sagen, daß im allgemeinen gute Erfolge erzielt sind. Wenn es auch in allen Fällen nicht immer nach Wunsch ausgefallen ist, so ist doch immer ein Fortschritt zu verzeichnen und man muß sich dann sagen: „Nachlassen und besser machen.“ Um die Streikenden zu erleben, schlechte das Unternehmertum vorotendgen Italiener heran. So waren in Lübeck etwa 70 und in Wismar 14. Wann wird diese Landplage endlich einmal verschwinden; wann werden diese Leute gemeinsam mit uns Schulter an Schulter den Kampf führen? Die Lohnbewegung erstreckte sich auf 41 Wohngebiete mit 1402 Ortschaften. Darin waren von 852 Unternehmern 2778 Gesellen und 630 Lehrlinge beschäftigt. In Fackenburg und Schwärwin wurde wegen des Streits in Lübeck Abstand von der Durchführung genommen werden. In Rabel, Crivitz, Ranzin, Ranzin und Lützenburg wurde die Bewegung wegen der schlechten Arbeitslosgenheit vertagt. In Waren glaubten die Kollegen im Frühen sich zu können, indem sie sich gänzlich auf einen Erfolg der Zimmerleute verließen, allerdings auf Veranlassung der Zimmerer. Da nun die Zimmerer im Herbst den Kampf bedingungslos beendeten, fiel ja auch für uns nichts ab. Es war ein großer Fehler, der dort von den Kollegen begangen wurde. Es steht zweifellos fest, wenn hier der Kampf gemeinsam geführt worden wäre, wäre auch das Resultat gut gewesen, da die Arbeitslosgenheit ausnahmsweise günstig war.

In Rostock legten die Unternehmer aus freien Stücken 1 3 pro Stunde zu. Wie allgemein verlautet, soll zum Frühjahr eine weitere Zulage von 2 3 erfolgen, so daß der Stundenlohn dann 50 3 beträgt. Dasselbe trifft für Neudorf i. G. zu. Nachdem dort beschlossen war, die Lohnfrage zu vertagen, erfolgte am 1. Oktober eine Lohnhöhung von 2 3 pro Stunde. Es trat hierdurch eine Lohnhöhung für 252 Kollegen ein. Zur Einigung ohne Streit kam es in 20 Fällen. Eine Lohnhöhung erhielten 1851 Kollegen; eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde täglich erreichten 132 Kollegen. In neun Wohngebieten kam es zum Streit; daran waren 700 Kollegen beteiligt. Ein voller Erfolg wurde in drei Orten erreicht: Reinfeld, Warnemünde und Wurg a. Fehrnarh; ein nur teilweiser Erfolg in Lübeck, Schlutup, Ranzin und Ranzin. Verloren gingen die Streits in Wismar und Tiffin. 615 Kollegen erreichten eine Lohnhöhung, 43 eine Arbeitszeitverlängerung um eine halbe Stunde täglich. Insgesamt erhielten 2267 Kollegen eine Lohnhöhung. Im Durchschnitt beläuft sie sich auf 2,53 pro Stunde. Im einzelnen gestaltet sie sich folgendermaßen: 372 Kollegen erreichten eine Lohnhöhung von 1 3, 439 von 2 3, 1287 von 3 3 und 109 Kollegen von 5 3 pro Stunde. Für 175 Kollegen trat eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde täglich ein. Der Streit in Wismar, der am 17. April seinen Anfang nahm, ist auch jetzt noch nicht endgültig beendet. Die Unternehmer wollen wohl einen Vertrag abschließen, jedoch sollen die Kollegen ihre ursprüngliche Forderung bedeutend reduzieren. Dazu sind sie nun aber keineswegs bereit. Bereits im Mai wurde den Unternehmern mitgeteilt, wenn sie beschließen, Frieden zu schließen, so wären wir zu einem Einigenkommen bereit. Damals haben die höchsten Unternehmer dies abgelehnt und sich von den Geschäftsmännern aus Rostock und Drabow beraten lassen. „Zerstückelung der Organisation“ war die Parole des Unternehmertums, um dann schalten und walten zu können, wie es ihnen beliebt. Dies ist ihnen bis jetzt nicht gelungen; ist doch während des langen Kampfes nur ein abtrünniger zu verzeichnen. Sollten sich die Unternehmer nicht noch bequemen, im Laufe des Winters eine Verständigung herbeizuführen, so steht uns im Frühjahr die Fortsetzung des Kampfes bevor. Offenlich zeigen unsere höchsten Kollegen dann denselben Kampfesmut wie im verfloßenen Jahre. Nur wenn wir den Kampf geschlossen wieder aufnehmen, können wir darauf rechnen, die Machtgehalte der Unternehmer zu brechen.

Noch einiges zum Streit in Lübeck. Nachdem die ersten Unterhandlungen mit der Zimung satigefunden hatten, war wohl jeder davon überzeugt, daß auf diesem Wege für die Bewegung nichts zu erreichen sei. Um so mehr

müßten die Mitglieder bei drei in Frage kommenden Verträgen der Sache ihre volle Aufmerksamkeit schenken, um deren der Situation zu bleiben. Sie dürften sich unserer Erwartung nicht durch die Unternehmung zum Kampf provozieren lassen. Es war für jeden denkenden Menschen offensichtlich, daß, nachdem auch die Unterhandlung vor der Gewerksamkeit völlig resultatlos verließ, die Unternehmer sich auf den Kampf vorbereiten hatten. Wer es damals noch nicht glaubte, der hätte, nachdem auch die letzte Unterhandlung mit der Innung, wo ihr der sogenannte Staffeltarif als Basis zur Einigung vorgelegt wurde, ebenfalls zu seinem Resultat führte, zu der Einsicht gelangen müssen. War durfte dem Unternehmer nicht den Gefallen erweisen, so ohne weiteres in den Streit einzutreten. Sätte doch der Vorsitzende der Innung erklärt: „Nun, so arbeiten wir ohne Tarif.“ Dies müßte vorläufig auch unsere Parole sein. Aber man findet es erklärlich, daß, wenn seit 15 Jahren ein Vertragsverhältnis bestand, so mancher glaube, ohne Vertrag überhaupt nicht mehr fertig werden zu können. Wäre hier einmal der Versuch gemacht worden, nur das eine Jahr ohne Vertrag zu arbeiten, so wären große Opfer gespart worden. Man soll bedenken, daß besonders doch das Unternehmertum den Profit davon hat, wenn ein Vertragsverhältnis besteht. Das trifft um so mehr zu, wenn man sich auf mehrere Jahre gebunden hat. Wir sind dann niemals in der Lage die Konjunktur für uns auszunutzen. Stellen wir Forderungen bei einer schlechten Konjunktur, so erklären die Unternehmer, daß sie wegen der schlechten Geschäftslage nichts befehligen könnten. Gerade der tariflose Zustand hätte auch diejenigen Unternehmer nachgiebiger gemacht, die sich ganz besonders auf den Kampf vorbereitet hatten, indem sie sich nicht mit Arbeit überladen hatten. Aber man hat sich täuschen und verlesen lassen, durch das momentane Aufleben der Bautätigkeit. Auch das war dem Unternehmertum eben nur ein Mittel zum Zweck, die Bauarbeiterkraft aus der Werkze herauszulösen. Es ist nun einmal gegeben und ist nicht möglich daran zu ändern; aber wir sollen hieraus für die Zukunft die Lehre ziehen, nicht zur Arbeitseinstellung zu greifen, wenn das Unternehmertum es wünscht, sondern den richtigen Zeitpunkt abzuwarten und dann mit vereinten Kräften loszuschlagen. Wenn nun der Kampf nicht das gebracht hat, was er bringen sollte, so darf doch nicht vergessen werden, daß er zu einer reinlichen Scheidung geführt hat. Wir haben gewisse Unternehmer kennen gelernt. Der Kampf führte auch das Unternehmertum zusammen, indem der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gegründet wurde. Nun war es möglich, den Innungsrundel bei Seite zu schieben und Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen durch freie gewählte Kommissionen zu führen. Den geringen Erfolg haben die Bauarbeiter zu verzeichnen, indem sie als Organisation anerkannt wurden, ein Resultat, das 1898 durch einen neumöglichen Kampf nicht erreicht werden konnte. Baupersonen von Bedeutung hatten wir nicht zu verzeichnen.

Der Gaurvorstand erledigte seine Geschäfte in 15 Sitzungen. Sämtliche Nachfragen nach Referenten fanden ihre Erledigung. Da es dem Vorsitzenden nicht möglich war, die sich ständig häufenden Geschäfte des Gaurwes noch weiter im Nebenamt zu erledigen, beschloß der Gaurvorstand, im Einverständnis mit dem Hauptvorstand, den Vorsitzenden gänzlich aus der Arbeit zu nehmen. Es wurde ihm, vorbehaltlich der Zustimmung des Gaurtages am 1. November 1905 an ein Gehalt von monatlich M. 150 bewilligt. Nicht umfangreich war auch die Korrespondenz. Eingänge sind zu verzeichnen 781; davon 450 Briefe, 122 Postkarten, 9 Pakete, 23 Telegramme, 89 Gebildungen und 38 Drucksachen. Ausgänge 711; davon 479 Briefe, 188 Postkarten, 15 Telegramme, 8 Pakete und 21 Drucksachen.

Ueber die Massenverhältnisse gibt die nachfolgende Jahresabrechnung Aufschluß.

**Einnahme.**

Rassensstand am 1. Januar 1905	M. 1063,22
Vom Vorstandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des § 8 c des Statuts	1782,21
b) Zuschuß	1123,94
c) Ausgaben für Streikleitung zurück	919,45
Beiträge der Zweigvereine	599,-
Sonstige Einnahmen (Zinsen)	8,-
<b>Summa</b>	<b>M. 5495,82</b>

**Ausgabe.**

Beamtengehalt für zwei Monate	M. 300,-
Engangener Arbeitsverdienst	1308,25
Ein Fahrgehalt	1188,30
Ein Mieten	1502,-
Drucksachen	15,40
Borte und Schreibmaterial	129,49
Heftkosten	195,-
Sitzungen, Buchhalterarbeiten usw.	166,34
<b>Summa</b>	<b>M. 4804,78</b>

**Abschluß.**

Einnahme	M. 5495,82
Ausgabe	4804,78
Bestand am 31. Dezember 1905	M. 691,04
Davon per Bank belegt	M. 211,90

**W. Stekmann, Kassierer. S. Mügel, Vorsitzender.**

**Für die Revisoren:**  
J. Jäger. A. Schlichting. S. Busch.

**Berichte.**  
Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

**Nachruf.**  
Einen schweren Verlust hat unser Verband durch das Hinscheiden des Kollegen Fritz Rabe aus Berlin erlitten. Rabe gehörte zu denjenigen, die von der Pike auf ihre

ganze Tätigkeit der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fängen des Kapitals gewidmet haben. Seit Gründung des Verbandes hat Fritz Rabe immer in den vorberichtigten Reihen der Kämpfer; sein persönliches Opfer war ihm zu groß, um die Interessen seiner Kollegen zu negieren. Zu allen Zeiten war er bereit, mit aller Entschiedenheit für das Allgemeinwohl einzutreten; allerdings war er auch häufig das Opfer der Majorität. In der Organisation in der selbständigen Weise seines Amtes. Noch vor einem Jahr war Rabe Vorsitzender der Sektion der Miesener, aber auch da noch als erster für die Interessen dieser Gruppe tätig. Noch am Montag voriger Woche betrat er in einer Versammlung der Miesener mit darüber, wie die Lohnbewegung der Gruppe zu führen sei. Im Vertreten auf das gute Gelingen der Sache ging Rabe am Dienstag zur Arbeit, aber schon nach anderthalbstündiger Tätigkeit mußten ihn seine Kräfte nach Hause bringen, er war totkrank. Einen Tag später war er eine Leiche. Bis zum letzten Atemzug war unser Kollege für unsere Sache tätig, um allen ein Beispiel in der Arbeiterbewegung, den Jüngeren ein Ansporn zu gleicher Kraft, den Vorkämpfern ein Beispiel, auf besten Wort und Tat sie jederzeit bauen konnten. Alle, die sich in persönliche Verührung kamen, werden seiner mit Wehmut, aber auch mit Stolz gedenken. Wollen wir geloben, in seinem Sinne weiter zu wirken. Darin liegt für ihn die beste Ehre.

**Ungetreue Kassierer.**

Der wegen Unterdrückung von Verbandsgeldern bestrafte frühere Vorsitzende des Zweigvereins Waldenburg heißt Steide, nicht Steida. Die verantraute Summe betrug M. 270.

Der Maurer Paul Wucher aus Wiberach war im Jahre 1905 im vorigen Zweigverein als Kassierer tätig. In dieser Eigenschaft unterlag er Lokalforderungen in der Höhe von M. 60. Dagegen ist eine längere Zeit gegeben war, die Summe in Aktien zu decken, führte sich der ungetreue Kollege dazu nicht berufen. Es mußte deshalb Strafantrag gegen ihn gestellt werden. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von fünf Tagen Gefängnis und Erlegung der Kosten. Es mit demselben Unstills wurde seine jährliche Familie (vier Kinder) in Betracht gezogen.

**Wärmeheld.** Am 3. Februar tagte hier eine besondere Mitgliederversammlung, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte. Den Arbeitgebern ist eine Forderung unterbreitet worden, nach der der bisherige Stundenlohn von 46 s auf 50 s erhöht und die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden ermäßigt werden soll. Außerdem soll die Arbeitsordnung eine Veränderung erfahren. Zur selben Zeit verhandelte der Gesellensauschuß mit der Lohnkommission der Arbeitgeber, so daß die Versammelten den Bericht über die Verhandlung gleich entgegennehmen konnten. Siernach wollen die Arbeitgeber sich zu einer Verzögerung der Arbeitszeit nur schwer herbeilassen, doch in dem Antrag der hier herrschenden guten Baukonjunktur sind die Herren bereit, insofern nachzugeben, daß für nächstes Jahr die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt wird. Auch will man eine Lohnerhöhung für dieses Jahr von 1. Mai um 2 s pro Stunde und für nächstes Jahr nochmals um 2 s bewilligen. Der Tarif soll dann unter Ausschaltung des Gesellensauschusses mit den Vertretern der Organisation abgeschlossen werden. Der Gaurvorstand, Kollege Koverz, ermahnte die Versammlung, nicht zu eilig bei der Ablehnung des Vertrages zu sein. Bei der sehr günstigen Baukonjunktur in Wärmeheld hätten wir es noch unter Umständen in der Hand, schon für dieses Jahr die verkürzte Arbeitszeit einzuführen, und über eine Lohnerhöhung von 46 s auf 50 s vom 1. Mai d. J. an lassen die Unternehmer auch noch mit sich reden. Vor allen Dingen solle man dafür sorgen, daß die 9 1/2stündige Arbeitszeit sobald wie möglich eingeführt werde. Die Abstimmung über das Angebot der Arbeitgeber ergab die Annahme des Gebotenen gegen eine kleine Minderheit, jedoch mit dem Vorbehalt, daß im Jahre 1907 die vorgesehene Veränderung nicht erst vom 1. Mai an erfolgt, sondern schon vom 1. April. Wenn die Arbeitgeber diesem Beschluß zustimmen, wird vom 1. Mai d. J. bis 31. März 1907 ein Stundenlohn von 48 s bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit und vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 pro Stunde 50 s bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit gezahlt werden.

**Berlin.** In der am 4. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Wucher gab der Kassierer Kelpin folgende Abrechnung vom 4. Quartal 1905. Die Zweigvereinskasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 20 969 ab. Die Lokalfasse hatte einen Bestand vom 3. Quartal 1905 von M. 69 728,65. Die Einnahme betrug M. 12 059,10; zumalher M. 81 787,75. Der Einnahme stand eine Ausgabe von M. 4308,87 gegenüber; mithin bleibt ein Bestand von M. 77 478,88. Die Abrechnung ergab folgendes:

**Jahresabrechnung 1905. Zweigverein Berlin, Sektion der Wucher. Einnahme:** Für 97 Eintrittsmarken à 50 s = M. 48,50; 66 Eintrittsmarken à M. 1,50 = M. 99; 10 Eintrittsmarken à M. 3 = M. 30; 114 449 Vertragsmarken à 75 s = M. 85 836,75; 948 Zuschlagsmarken à 50 s = M. 471,60; 2318 Arbeitslohnmarken à 25 s = M. 579,50; 592 Ehrenmitgliedsmarken à 50 s = M. 296; 65 Wintermarken à 25 s = M. 16,25; für 10 Erstgebühren à 25 s = M. 2,50; 19 986 Unterstützungsmarkensummen à 25 s = M. 4996,50; Zinsen vom Vorwärts- und Deutsche Bank M. 1718,70; Ueberfluß vom Maskenball M. 376,70; Ueberfluß vom Sitzungsfest M. 144,50; für Väter laut § 13 Abs. 5 durch Größe M. 10; an Broschüren M. 1,75. Nettoeinnahme M. 94 628,65. **Bestand vom Jahre 1904 M. 58 686. Summa M. 153 315,65. Ausgabe:** An den Zweigvereinskassierer abgeliefert M. 51 821,69; für Sterbunterstützung in 43 Fällen M. 2802,50; Mitgliedschaften in 32 Fällen M. 1899,75; „Grundstein“-Verbreitung M. 2636,06; Zinseinkünfte im „Vorwärts“ M. 369,75; Streits in anderen Gewerben (Vergarbeiter, Zigarrenarbeiter) M. 3100; Baupersonen M. 196; Lohnentschädigung (Vorkämpfer und Kassierer) M. 4680; Obmann, Revisoren, Vorstand, und sonstige Sitzungen M. 639; Honorar des Gesanglehrers und Noten M. 189,90; Borte und Schreibmaterial M. 127,86; Drucksachen und Protokolle M. 404,50; Baueinkontrolle inklusive Fahrgehalt

M. 2081,10; Bürcaumiete M. 180; Unterstützung erkrankter Kollegen (Ortl. Mittel) M. 8652,75; 12 Kränze verstorbenen Mitglieder M. 96; Agitation und Vorträge M. 24,40; Invaliditäts- und Krankenlohnbeiträge M. 59,47; Telephonanschluß M. 20; Entschädigung an den Hülfstassierer in Egelig M. 36,36; für Prozente in den Zweigvereinen M. 1874,70; Wano des Kassierers M. 60; Zuschuß zum Charlottenburger Volkshaus M. 50; Entschädigung an den Schriftführer Lehmig (Jahre 1903 und 1904) M. 20; Abnomment der „Einigkeit“ M. 3,48; sonstige Ausgaben M. 17. Summa 75 885,27. **Rekapitulation:** Einnahme M. 153 315,65, Ausgabe M. 75 885,27; bleibt Bestand M. 77 478,88.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1904 2156, am Schluß des Jahres 1905 2470. Darunter befinden sich 41 Ehrenmitglieder und 7 Ausländer. Mithin beträgt die Mitgliederzunahme 316. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: als erster Bevollmächtigter Herr Neumann; als erster Kassierer Aug. Kelpin; als Delegierte zu der am 4. März stattfindenden Gaurkonferenz wurden die Kollegen Herr Neumann, Aug. Kelpin und Carl Lehmig vorgeschlagen.

**Witterfeld.** Am 4. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende verlas zunächst das Antwortschreiben der Unternehmer auf unsere Lohnforderung. Es ging daraus hervor, daß die Unternehmer die Forderung sowohl als auch jede Unterhandlung mit der Lohnkommission ablehnen. Beschlossen wird, den Unternehmern noch einmal ein Schreiben zugehen zu lassen und darauf bis zum 17. Februar Antwort zu verlangen. In einer am 18. Februar einberufenen öffentlichen Mauererversammlung soll dann von neuem dazu Stellung genommen werden. Ferner wurde beschossen, eine Statistik über die Zahl der Bauten und die dabei beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter aufzunehmen. Als Delegierter zur Konferenz in Alenburg wurde Kollege Wiestler gewählt. Hierauf erstattete Kollege Köhne den Kartellbericht. Auf Antrag des Kollegen Wolfensteller wird beschossen, den Hülfstassierer 1 pzt. der Einnahme als Entschädigung zu gewähren. Nunmehr wird ein Schreiben des Zweigvereins beiliegend bekannt gegeben, in dem vor einem Maurer Wermate gewarnt wird, der die Arbeiten auf der Konröderstraße zu einem Spottpreise angenommen hat und nun seinen Profit aus den Knochen der bei ihm arbeitenden Kollegen herauszufinden sucht. Nachdem noch die Mißstände auf verschiedenen Bauten besprochen worden waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Wochum.** Am 26. Januar hielt die Jahreshilfe Wochum (siehe ihre diesjährige gut besuchte Generalversammlung) ab. Der Kassierer erstattete den Kassierbericht für das vierte Quartal und Kollege Wiese den Jahresbericht. Es stellte sich heraus, daß wir im vorliegenden Jahre einen guten Fortschritt gemacht haben; deshalb sollen wir aber jetzt nicht ruhen, sondern unermüdet an der Ausbreitung der Organisation weiter arbeiten. Es wurde darauf hingewiesen, daß mehr Vorstandssitzungen stattfinden müßten, damit ein besseres Zusammenarbeiten der Kollegen zu Stande käme. Weiter wurde den Kollegen aus Herz gelegt, wenn wieder einmal eine Versammlung seitens der Ortskantenteile stattfindet, diese besser zu besuchen, damit die traurigen Verhältnisse, die noch in den Kassen bestehen, beseitigt würden. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Kramer als erster Vorsitzender und Kollege Reß als erster Kassierer gewählt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Chemnitz.** In der am 5. Februar abgehaltenen Mauererversammlung in der „Hoffnung“ referierte Genosse Roh. Krause über das Herbergsdosen in Chemnitz. Der Referent ging auf die Zustände der hier am Orte sich befindenden Herbergen ein und betonte, daß seit einer Reihe von Jahren zur Verbesserung der Herbergen, abgesehen von einigen kleinen Erweiterungsbauten der „Herberge zur Heimat“, nichts geschehen sei. Dann besprach der Referent die näheren Einzelheiten in den betreffenden Herbergen, von denen man sagen muß, daß die „Herberge zur Heimat“ noch die weitaus beste ist. In allen Herbergen seien fast durchweg schlechte Betten, die zum Teil sogar mit ungeziefer bevollt seien, auch fehlten vielfach Einrichtungen, daß sich die reisenden Kollegen gründlich reinigen können. Man könne doch den mandernden Wildern nicht zumuten, die „Herberge zur Heimat“ zu benutzen, wo zu ihrer Unterhaltung weiter nichts geboten würde, als Abends Weizen und das Singen religiöser Lieder. Nicht viel besser sei es auf der „Zentralherberge“ und auf der „Mauerherberge“. Selbst in der Herberge „Stadt Weizen“, die jetzt von den Gewerkschaften benutzt werde, seien die Zustände unerträglich. In man kann hier zu Zeiten der Märkte nicht einmal Nachtquartier bekommen, da dann alle Betten von den fremden Hausierern belegt sind. Alle Tage häufen sich die Beschwerden über die Herbergen, und es sei nicht mehr von der Hand zu weisen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, in dieser Beziehung menschenwürdige Zustände zu schaffen und eine Herberge zu errichten, in der für Körper und Geist etwas geboten werden könne. Referent besprach dann die Entwidlung dieser Frage und wie man sich schon vor Jahren mit dem Plane der Herberggründung befaßt, aber wegen Mangels an Mitteln davon abgesehen habe. Man ist dann dazu gekommen, ein „Volkshaus“ zu errichten, damit wenigstens erst ein Lokal vorhanden sei, wo Versammlungen abgehalten werden könnten, da uns die Wirte ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen. Der Verein „Volkshaus“ sei nun durch die sich notwendig machenden Neuerungen, Erweiterungen und Reparaturen so stark in Anspruch genommen, daß er von dem Ueberfluß des „Volkshauses“ nicht in der Lage sei; in den nächsten Jahren zur Errichtung einer Herberge zu schreiben, wenn nicht andere Hülfsmittel erschlossen würden. Der Metallarbeiterverband habe sich nun entschlossen, sein dem Verein „Volkshaus“ geliehenes Kapital von M. 8000 diesem zu schenken. Würden sich die anderen Gewerkschaften bereit erklären, dasselbe zu tun, dann könnte in nächster Zeit die Herbergfrage erledigt werden. Das Gewerkschaftsstatut hat sich dieser Sache angenommen und bittet nun, diesen Plan zu unterstützen und sich in dieser Angelegenheit nicht auszuschließen; sondern sich mit den anderen Ge-

werkschaften, die den Plan gutheißen, folibarisch zu erklären. In der Diskussion traten nun die verschiedensten Meinungen auf, unter anderem auch, daß dies Lustschlösser seien, man solle erst bessere Lebensbedingungen für unsere Kollegen am Orte schaffen, ehe man an solche Unternehmungen denke und den Vorkosten damit verpulvere. Am Ende kam man aber zu der Ansicht, daß diese Frage so brennend sei, daß man sich bei einem sozialen Fortschritt nicht auf den Geldsack legen darf und sagen: „Dazu ist nichts vorhanden“. Durch Annahme folgender Resolution fand die Angelegenheit Erledigung: „Die am 5. Februar 1906 in der „Soffnung“ tagende Versammlung der Chemnitzer Maurer nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Genossen Krause über das Verbergsverweilen in Chemnitz und erklärt sich dazu bereit, das dem Verein „Volkshaus“ geliehene Geld der Einzelmitglieder von Chemnitz im Betrage von 1400 zur Errichtung einer Gewerkschaftsberberge schenkungsweise zu überlassen, wenn möglichst bald damit begonnen wird und sich die Hälfte aller Gewerkschaften am Orte unter denselben oder ähnlichen Bedingungen bereit erklärt, daselbe zu tun.“ Im weiteren ersuchte die Versammlung alle Kollegen, die es irgend ermöglichen können, baldigst Mitglied des Vereins „Volkshaus“ zu werden, und durch fleißigen Besuch das „Volkshaus“ zu unterstützen. Dann folgte der Bericht der Bibliothekscommission über die Bibliotheksverhältnisse der letzten zehn Monate. Die Bibliothek hat sich bedeutend vergrößert und besteht zur Zeit aus 148 Bänden und 12 Prospektiven. Benutzt wurde sie von 88 Kollegen 147 mal, geliehen wurden 241 Werke. Drei weitere Wünsche der Tagesordnung wurden dann nach kurzer Aussprache zur Unterlegung resp. Erledigung an die Kommission verwiesen. Mit der Aufforderung, sich recht zahlreich an der bevorstehenden Reichstagswahl zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dortmund.** Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins, die am 28. Januar tagte, war außerordentlich gut besucht. Der Vertrauensmann, Kollege Nielsen, verlas zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1905. Sie schloß in Einnahme und Ausgabe mit M. 7440,85 ab. Neu aufgenommen wurden 154 Kollegen, davon 19 zum zweiten Male. Liebergetreten dem hiesigen Verband 18, ausgetreten sind 5, gestorben 3, ausgeschlossen 8 Kollegen. Wegen rückständiger Beiträge sind 16 Kollegen gestrichen worden. Mitgliederstand am Schlusse des Quartals 1259. Einnahmen: M. 7339,10 an Beiträgen (590 Quartale 40 A., 9288 A. 45 A., 10129 A. 60 A., 455 Mark an Arbeitslose 25 A. und 4 Erlagbücher 25 A.). An die Hauptkasse abgeliefert wurden M. 4952,47. Vorausgab für die Hauptkasse am Ort: An Neuentwässerung M. 147,75, an Rechtschutz und Inhaberenunterstützung M. 861,40, an Umzugslohn M. 68, an Kranengeb. M. 124, an Sierbegeh. M. 50, an Prozenzen der Lokalfasse überwiegen M. 173,23. Die Einnahme der Lokalfasse belief sich auf M. 4410,02, die Ausgabe auf M. 2446,41. Gegenwärtiger Lokalbestand: M. 1963,61. Lokalbestand vom 3. Quartal M. 363,49. Umgelegt wurden 15 007 Zuschlagsmarken à 5 A., 5592 Stolportage und Lokalfondsmarken à 10 A. An Kalenden, Protokollen, Futteralen usw. wurden M. 267,40 eingekommen. Sonstige Einnahmen für die Lokalfasse M. 232,35. Ausgegeben für die Lokalfasse: für Wäcker und Futterale an die Hauptkasse M. 136,40, Bauarbeiterlohn M. 45, Kranengeb. aus der Lokalfasse M. 47,50, Streifenunterstützung M. 27,50, Gemahregelunterstützung M. 16, für besondere Notfälle und an reisende Kollegen M. 87,10, Verfallszinsen wegen Streiks M. 40,89, Agitation M. 100,35, Konferenzen M. 41,80, Statist. und Wautenkontrolle M. 164,52, Kränze für Verordnete M. 18, Entschädigung an die Vorsitzenden und Kassierer des Zweigvereins M. 181,50, Sitzungsgelder an die Neuvorsten M. 80,27, Gehalt, Beihilfen usw. M. 455,15, Bureaukosten, Heizung usw. M. 71,97, Porto und Schreibmaterial M. 57,58, Stolportage des „Grundstein“ M. 712,78, Druckkosten M. 34,80, sonstige Ausgaben M. 138,65. Mitlini Bestand der Lokalfasse M. 1963,61. Die Neuvorsten befehligen, daß alles in Ordnung und der Kassenbestand vorhanden sei. Dem Kassierer und Vertrauensmann Kollege Nielsen wurde Decharge erteilt. Den Bericht des Vorstandes gab auch der Vertrauensmann. Es haben 1905 in der Stadt 26 Mitgliederversammlungen stattgefunden, in den neun Pflanzstätten 168, 31 öffentliche Versammlungen, 32 Vorstandssitzungen und 4 Konferenzen des Zweigvereinsgebietes. Auch legt sie noch zu konstatieren, daß wir in etlichen Orten kein Versammlungslokal haben. So in Brambauer und in Kamen. Dieser Zustand bemut die Agitation an den betreffenden Orten ungemein. Die Ausberrung, die die Unternehmer vornehmen haben, um unsere Bewegung zu zerschüttern, hat im Gegenteil bewirkt, daß die Organisation härter dastehet, denn je. Darum ist es an der Zeit, daß alle Kollegen am inneren Ausbau der Organisation mitarbeiten. Gegenwärtige Mitglieder müssen verschwinden und nur die großen, hehren Ziele der Organisationsarbeit dürfen maßgebend sein. Die Kollegen in den Pflanzstätten haben tüchtig mitgearbeitet an dem Ausbau der Organisation. Von den 1259 Mitgliedern des Zweigvereins Dortmund fallen auf die Pflanzstätten 409. Davon hat Vögenborndamm 55, Marien 40, Barop 35, Mengede 25, Ebing 33, Dorne 40, Bradel 33, Kamen 54 und Brambauer 100 Kollegen. In Dortmund selbst beträgt die Mitgliederzahl 850. Sodann gab Nielsen die Jahresabrechnung bekannt. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M. 12 778,83 und eine Ausgabe von M. 10 815,22, mithin verbleibt ein Lokalfassbestand von M. 1963,61. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Zinsen M. 66,74, Kassenbestand von 1904 M. 2108, Prozenzen M. 5489,32, 47 283 Zuschlagsmarken à 5 A. M. 2361,65, Stolportage und Lokalfonds M. 1245,30, Kalender, Protokolle und Mainarten M. 1014, Beihilfen z. M. 60,50, Lieberlohn von Freiten und sonstige Einnahmen M. 484,32. Ausgaben der Lokalfasse an den Hauptverband für Kalender, Protokolle, Futterale, Wäcker z. M. 521,40, Miesunterstützung bei der Aussperrung M. 2835,50, an den Hauptverband M. 211,60, Rechtschutz M. 67,80, Bauarbeiterlohn M. 45, an die streifenden Bergarbeiter und Brauer M. 324,80, Arbeitsvermittlung wegen Streiks M. 74,99, Kranunterstützung M. 192,50, Gemahregelstützen M. 16, besondere Notfälle M. 171,10, an reisende Kollegen M. 40,20, Agitation M. 482,84, Gau- und Zweigvereinskonferenzen M. 156,70, Statist. und Wautenkontrolle M. 167,52, Kränze für Verordnete M. 42, Entschädigung an die Vorsitzenden und Kassierer des Bezirks M. 659,75, Sitzungsgelder M. 229,80, Neuvorsten 42,20, Gehalt, Verberdung und Beihilfen M. 1834,03, Miete z. M. 268,92, Porto, Schreibmaterial M. 180,42, Stolportage des „Grundstein“ M. 1788,20,

Druckkosten M. 166,70, Verrentung, Schlichtungscommission, Verluste M. 314, Mitlini Geldeinnahme der Lokalfasse M. 10 815,22. Gleichzeitig gab der Kassierer auch eine Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse. Danach wurden im Jahre 1905 792 Eintrittsmarken à 50 A. und 26 Eintrittsmarken à M. 1,50 verkauft. Auf Beitragsmarken wurden verausgabt: 3106 à 40 A., 13 825 à 45 A. und 80 302 à 50 A., Arbeitslosensmarken à 25 A., M. 1598, zusammen M. 23 449,15; Beiträge der Arbeitenden beim Streik M. 5205,55; Bestand vom Hauptfassengeld M. 200, 12 Erlagbücher M. 3, sonstige Einnahmen M. 6,70, als Streifenunterstützung von Hamburg erhalten M. 420,60. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse beträgt M. 71 514,40. Die Ausgabe für die Hauptkasse legt sich wie folgt zusammen: an die Zentralkasse gelandt M. 13 682,84, an Neuentwässerung gezahlt M. 635,50, Rechtschutz M. 510,20, Gemahregelunterstützung M. 32, Sierbegeh. M. 150, Kranunterstützung M. 409,70, Umzugslohn und Agitation M. 877,90, Prozenzen von verstorbenen Marken für die Lokalfasse M. 5439,32, Streifenunterstützung von der Hauptkasse M. 49 906,94, Summa der Ausgaben der Hauptkasse M. 71 514,40. Der Gesamtunterstützen der Streiks und Ausberrungen 1905 (die Ausgabe der Lokalfasse eingerechnet) belaufen sich auf M. 52 742,44. Der Vertrauensmann bemerkt, dies seien Zahlen, die sich jeder Kollege merken müsse. Es müsse darauf hingearbeitet werden, diese Summen der Ausgaben wieder zusammenzubringen. Im Jahre 1906 sind im ganzen 26 311 Marken verkauft, und zwar bei einer Mitgliederzahl von 6577. 1904 43 764 Marken bei einer Mitgliederzahl von 10 641; 1905 dagegen trotz der 16 wöchigen Aussperrung 43 881 Marken bei einer Durchschnittszahl der Mitglieder von 12 907. Die Zahl der Mitglieder hat sich also in zwei Jahren fast verdoppelt. Der Bericht über die letzten Monate mit einem Appell, die nächsten zwei Jahre so weiter zu arbeiten. Nachdem noch in Aussicht gestellt wurde, daß über die Aussperrung eine Broschüre erscheinen werde, kam man zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Ant. Soudorf als 1. Vorsitzender; als Kassierer und Vertrauensmann wurde fast einstimmig der Kollege N. Nielsen wiedergewählt. In seinem Schlusswort ermahnte Kollege Kahl die Kollegen zu weiterer reger Organisationsarbeit, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Am Sonntag, den 4. Februar, hielt die Pflanzstättenvereinigung am 8. eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal bekanntgegeben hatte, hielt Kollege Soudorf einen längeren Vortrag über allgemeine Organisationsangelegenheiten. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die sich im Sinne des Referenten aussprachen. Es folgte dann die Vorstandswahl. Gewählt wurden Kollege Koch als erster Vorsitzender und Kollege Neumeier als erster Kassierer. In „Verständenes“ brachte Kollege Wachtig verschiedene Vorschläge, die auf dem Bau des Unternehmens Betteur in Castro herrschen, zur Sprache. Auf diesen Bau haben 40 organisierte Kollegen in 14 Tagen 220 Liegestunden gearbeitet. Dies ist entschieden zu bewerten. Die Kollegen möchten doch bedenken, daß sehr viele arbeitslose Maurer vorhanden seien, die auch gerne etwas verdienen möchten. Derauf wurde die von 21 Mitgliedern bedachte Versammlung mit einem dreifachen God auf den Verband geschlossen.

**Wiesbaden.** Sonntag, den 4. Februar, fand die Fortsetzung der am 28. Januar vertragen Generalversammlung statt. Der Vorstandsbericht, der bereits in der vorigen Nummer veröffentlicht wurde, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Auf Antrag der Neuvorsten wurde dem Kassierer sowie dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Fein als Vorsitzender und Kollege Duna als Kassierer. Den Vorstandsmitgliedern des Zweigvereins, den Pflanzstellenvorsitzenden wurden für ihre Mithaltung für das verlassene Jahr je 20 beivilligt. Weiter wurde beschlossen, dem ersten und zweiten Vorsitzenden pro Quartal M. 15, dem zweiten Kassierer und dem Schriftführer, sowie den Vorsitzenden der einzelnen Pflanzstellen pro Quartal M. 10 Entschädigung zu zahlen. Beschlossen wurde weiter: Wenn Bezirkskassierer nicht abrechnen, diese in den Quartalsversammlungen bekannt zu machen, sowie alle Namen der Bezirkskassierer zu verlesen mit Angabe der sich in ihrem Besitz befindlichen Marken und wozu sie sie erhielten. Ferner sollen die von ihnen zu leistenden Mitglieder bekanntgegeben werden. Um allen Mitgliedern, auch den in den Vororten wohnenden, Gelegenheit zu geben, die Generalversammlungen zu besuchen, wurde beschlossen, sie Sonntags abzuhalten. Ein Antrag, sämtlichen tranken und invaliden Mitgliedern M. 30 Unterstüfung zu gewähren, wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiegen. Der Kollege Joseph Schilling wurde wegen Streidbroschüre ausgeschlossen. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Elfrich.** Sonntag, den 4. Februar, fand hier eine Versammlung im „Schützenhaus“ statt. Eröpnend, daß der Kolporteur die Kollegen besonders zur Versammlung bestellt hatte, waren nur zwölf erschienen. Die drei Kollegen Hofmann, V. Weiler und Linhardt sind sehr weit mit ihren Beiträgen rückständig. Es wurde beschlossen, sie noch einmal zum Bezahlen aufzufordern. Wenn sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so soll nach dem Statut verfahren werden. Die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung wurden genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt „Verständenes“ referierte der zweite Vorsitzende über: „Die politische Organisation“. Der Vortrag wurden von den Kollegen beifällig aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Emden.** Der hiesige Zweigverein hielt am 30. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Den Bericht von der Gewerkschaftskonferenz in Warden erstattete Kollege Fischer. Es waren aus den Städten Ostfrieslands 73 Delegierte auf der Konferenz anwesend. Awaer der Konferenz war die Beratung über die „Emdantagion in Ostfriesland“. Zum zweiten Punkt erstattete der Vorsitzende Bericht über die letzte Vorstandssitzung, zu der fünf Kollegen eingeladen waren; um sich wegen Akordarbeit zu verantworten. Die Kollegen entschuldigten sich damit, daß indifferente Maurer ihnen die Arbeit weggenommen hätten, wenn sie sie nicht in Akord übernommen hätten. Der Kollege Hoffmann stellte den Antrag, daß den Kollegen das Vergehen für diesmal

nach verziehen werde, im Wiederholungsfall aber der Ausschluss aus dem Verbandsfolge. In „Verständenes“ sprachen mehrere Kollegen über die Wilsände, die hier am Orte herrschen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen daran, das Baubelegiertenheim noch mehr einzuführen. Jeden Montag vor der Versammlung, punkt 7 Uhr, finde bei Herrn Gahwitz Saalhoff eine Baubelegiertenkaffee statt.

**Frankfurt a. M.** Die Pflanzstätten Wilsel hielt am 28. Januar ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er hob besonders hervor, daß sich das verlassene Jahr durch eine Rohbewegung auszeichnete, die zu Gunsten der Kollegen verlief und ihnen einen Stundenlohn von 52 A. brachte. Somit werde jetzt hier derselbe Stundenlohn gezahlt, der sonst in Frankfurt üblich ist. In diesem Jahre soll der Stundenlohn 54 A. betragen; die Unternehmer hätten es aber abgelehnt, auch nur einen einzigen Pfennig zuzuliegen. Hoffentlich werde es ihnen nicht gelingen, für den niedrigeren Lohn Gesellen zu bekommen. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht. Einnahme: a) Hauptkasse M. 7331,40, Ausgabe M. 721,53; Kassenbestand M. 161,33. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1905 256 gegen 270 im Jahre 1904. Eingetreten sind 46, gestorben 4, ausgetreten 13, zum Militär eingezogen 8, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 11 und abgereift 15. Hierbon kommen auf Wilsel 212, auf Groß- und Kleinforben 36, auf Obererbach-Niedererbach 30, Braunheim 8. Es haben stattgefunden 8 Mitgliederversammlungen und 1 öffentliche; 2 Vorstandssitzungen und 10 Zweigvereinsitzungen, wozu der Vorstand teilgenommen hat. Die Neuvorsten befehligen die Nichtigkeit der Abrechnung und Kollege Verberd, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Eine Diskussion über den Jahresbericht fand nicht statt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Heinrich Red als erster Vorsitzender und Karl Schneider als erster Kassierer gewählt.

**Frieda.** Eine am 4. Februar hier abgehaltene öffentliche Maurerverammlung war nur mäßig besucht. Die Kollegen von Grabendorf hatten es nicht mehr für nötig, in die Versammlungen zu gehen und mit den Kollegen in Frieda zu gehen ist es nicht viel besser bestellt. Es wäre doch zu wünschen, daß alle Kollegen in der Versammlung erscheinen, wenn ein Referent anwesend ist. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal, deren Richtigkeit von den Neuvorsten bestätigt und die dann auch von der Versammlung genehmigt wurde. Hierauf referierte Kollege Thöne in einem längeren Vortrage über allgemeine Organisationsangelegenheiten. Es folgten dann die Vorstandswahlen. Gewählt wurden Kollege Fr. Herzog als erster Vorsitzender und Kollege Fr. Holzappel als Kassierer. Kollege Brill berichtigte hierauf noch über den Goutag und dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Gelsenkirchen.** Der gewaltige Kampf im Baugewerbe hier im heimisch-messialischen Industriegebiet, der durch das brutale Vorgehen der Unternehmer notwendig wurde, ist vorüber. Kautschidertwege hat es auch den beteiligten Arbeiterorganisationen recht bedeutende Opfer gekostet, um die Unternehmer zu zwingen, mit den beteiligten Organisationen einen Vertrag abzuschließen, der, wenn er auch nicht völlig den berechtigten Wünschen der Arbeiterchaft entspricht, so doch ganz bedeutende Vorteile für ein großes Gebiet gebracht hat. Schon in Rücksicht auf diese Opfer sollte man meinen, daß von den beteiligten Arbeitern alles daran gesetzt würde, die Bestimmungen dieses Vertrages durchzuführen; aber weit gefehlt. Findet man im allgemeinen bei einem großen Teile der hiesigen Kollegen noch recht wenig Verständnis für die Bedeutung äußerst wichtiger Bestimmungen des Tarifs, wie namentlich für die Regelung der Arbeitszeit; so ist es geradezu unvorstellbar, wenn Personen, die eigentlich dazu berufen sein sollten, den Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen, handeln, als ob es hier einen Tarif überhaupt nicht gibt. Da sind es namentlich unsere Musterkristen, die in ihren Versammlungen, auch wohl bei anderen Gelegenheiten, wenn sie glauben, ihrer Sache damit nützen zu können, das heisst Gimpel einzufangen, den Mund ob ihrer Betretung und Wabrung von Arbeiterinteressen immer gewaltig voll nehmen und bei denen verschiedene Bestimmungen des Vertrages vollständig Luft zu sein scheinen. Konnte schon des öfteren festgestellt werden, daß man es in jenen Kreisen mit der Einhaltung der Arbeitszeit nicht so genau nimmt, so ist es nun zu bezzeichnen, daß hier eine Anzahl dieser Schreier an einem Bau in der Klosterstraße am 7. Februar bis 6 1/2 Uhr Abends arbeiteten, trotzdem nach dem Tarif nur bis 5 1/2 gearbeitet werden soll; also eine Stunde über den Tarif. Wenn jetzt bei der schlechten Witterung und bei der Finsternis des Abends schon so verfahren wird, was wird dann wohl im Sommer werden? Was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist, daß unser bekannter Freund, der frühere Angestellte der Christlichen, Fritz Stamm, während der Aussperrung, nach seinem Eingelassen, Arbeitswilliger, und, wahrscheinlich in Anerkennung für diesen Vielesdienst, von seinen christlichen Inhabern zum Mitglied der hiesigen Schlichtungscommission gewählt, sich nicht schert, dies mitzumachen. Es scheint, wie gesagt, sich besonderes Bed. zu sein, fast immer mit dabei zu sein, wo die Interessen der Arbeiter mit Hühen getreten werden. Oder will er durch sein Verhalten seinen Kollegen keine hervortragenden Fähigkeiten auf diesem Gebiete wieder von neuem vor demonstrieren? Es ist hierbei die Frage getaucht, wenn so etwas geschieht, an grünen Folge, was soll dann am bürren werden? Daß dieser gute Mann es versteht, die Interessen seiner Kollegen wahrhaftig mufferichtig zu vertreten, hat er außer vorstehenden auch nach dadurch bewiesen, daß er, als es sich hingst darum handelte, eine Mindestleistung für Steinträger festzulegen, und Stamm von den Unternehmern um seine Meinung befragt, erklärte, seiner Meinung nach seien 25 Steine so das richtige Quantum, das jeder Steinträger, ohne ihm zuviel zugumuten, tragen könne. Bemerkte sei hier, daß nach Ansicht der Unternehmer 22 Steine wohl genügen, und wenn diese sich hiermit zufrieden erklärten,

dann darf man wohl überzeugt sein, daß sie dabei auf ihre Rechnung gekommen wären. Auf energisches Protest der bösen freien Redakteure einigte man sich, dann auf 16 Steine, ein Verweis, daß die Unternehmer glauben, auch bei diesem Es noch auf ihre Rechnung zu kommen. Wer als Arbeiter den Wunsch hat, daß ihm gelegentlich noch mehr als bisher das Fell über die Ohren gezogen werde, dem möchten wir hiermit als Vertreter seiner Interessen den christlichen Maurer Frick Stamm, aus wärmste empfehlen. Bedarf es noch größerer Beweise hervorragenden Verständnisses und männlichen Charakters seitens des Genannten, um ihn für die schleunige Wiederwahl zum leitenden Präses der christlichen Bauhauwerke von Westfalen geeignet erscheinen zu lassen? Überlegen sollte man es sich aber nicht mehr allzulange, es wäre wirklich zu bedauern, wenn ein so hervorragendes Talent sein Leben lang Hammer und Meißel schwingen sollte. Mögen seine Kollegen doch endlich ein Einsehen haben, er ist doch nun einmal ihr angestammter Führer.

**Gießen-Wehlar. (Jahresbericht.)** Unter dem Einfluß einer sehr guten Waidigkeit hat unser Zweigverein im Jahre 1905 eine erfreuliche Entwicklung gehabt. Die Bauhauwerke sind besonders in der größeren Arbeitsorten, Gießen und Wehlar, das ganze Jahr vorzüglich, wie wohl nie zuvor. In Gießen, einer Stadt mit 28 000 Einwohnern, waren im Jahresdurchschnitt 450 bis 500 Maurer beschäftigt. An größeren öffentlichen Bauarbeiten kamen die Neubauten der Klinik, die Kanalisation, der Bahnhofs-umbau und eine höhere Lehrerschule in Betracht, dazu kam eine wohl rege Privatbauhauwerke. Ebenso war es in Wehlar, wo die Reparatur am Dom, das Seminar und eine sehr schöne Privatbauhauwerke günstige Arbeitsgelegenheiten brachten. Auch in den kleineren Städten des Zweigvereinsbezirks, und selbst auf dem flachen Lande, gab es reichlich gute Arbeitsgelegenheit, so daß durch diese günstigen Umstände fast das ganze Jahr eine sehr gute Nachfrage nach Arbeitkräften vorhanden war. Diese Nachfrage nach Arbeitkräften wird weniger durch den Mangel an Arbeitskräften, als durch die schlechten Löhne verursacht sein. Kollegen, die ihren Lebensunterhalt nicht alle Wochen erreichen können, gehen nicht nach Gießen oder Wehlar, sondern entweder nach Rheinland-Westfalen oder nach Frankreich. Die Löhne muß sich eine Anreize sein, für eine weitere entsprechende Erhöhung der Löhne zu wirken, besonders müssen die Rheinländer und das flache Land vorwärts gebracht werden. Hier muß die Organisation ihre Kraft erproben, in diesem und im nächsten Jahre. Um ein recht klares Bild der elenden Lohnverhältnisse im oberhessischen Maurergewerbe zu geben, seien hier die Zahlen der Statistik angeführt, die im August des vergangenen Jahres in den Städten des ganzen oberhessischen Bezirkes ermittelt worden sind. Es erhielten: 18 Maurer 20—25  $\frac{1}{2}$ , 191 26—30  $\frac{1}{2}$ , 493 31—35  $\frac{1}{2}$ , 694 36—40  $\frac{1}{2}$  und nur 36 Kollegen über 40  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Das fernergehende die ganze Lage in Oberhessen. Eindeutig bei beiden Lohnverhältnissen Gießen und Wehlar wird kaum ein Durchschnittslohn von 35  $\frac{1}{2}$  erreicht. Nur durch Nebenarbeit, durch Mitarbeit der Frauen und Kinder, kann sich die Familie ernähren; der Wauerlohn bietet eine solche Möglichkeit nicht. Endlich haben es auch die Kollegen eingesehen, daß es so nicht weitergehen kann. Der Zweigverein Gießen-Wehlar hat gute Fortschritte gemacht; die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: am Schluß des Jahres 1904 war ein Mitgliederstand von 341 zu verzeichnen, am Schluß des Jahres 1905 558. Im Jahre 1905 sind neu eingetretene 602 Mitglieder, davon im ersten Quartal 258, im zweiten Quartal 192, im dritten Quartal 98 und im vierten Quartal 74 Mitglieder. Den starken Zuwachs der Mitglieder haben wir den in der gesamten Organisationsleitung tätigen Kollegen und den Kollegen auf den Baustellen zu verdanken. Auf den Baustellen herrschte ein reges Organisationsleben. Hierin ist gegen früher eine bedeutende Besserung eingetreten. Die Mittel der Agitation, Buchdruckerei und Bauvertrauensmannschaften, werden allgemein gut geschätzt. Guterseits sind im Jahre 1905 27 gestorben, 4 zum Militär eingezogen, 30 abgereist, 28 wegen rückständiger Beiträge mußten 42 Kollegen den Gehalt von 88 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Wert der Beiträge betrug 592 Eintrittsmarken, 22 010 wöchentliche Beiträge, 247 Marken für Arbeitslose, 3 Ersparbücher, 122 Verbandsbücher, 174 Protokolle vom achten Verbandstage und 132 Juricrate zu Mitgliedsbüchern. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug  $\text{M } 9071,15$ , an die Hauptunterstützung wurden  $\text{M } 6935,49$ . Ausgabe für die Hauptunterstützung, Medizinisch, Krankenunterstützung, Ectere, Unterhaltung und Anteil für den Zweigverein wurden  $\text{M } 8335,81$ . Die Einnahme für die Lokalkasse betrug über, leicht ein Restbestand von  $\text{M } 2393,75$  gegenwärtigen haben in 4 Reichstücken stattgefunden: in Wehlar, Streit, die nach dreieinhalbwöchiger Dauer mit einer Lohnerhöhung von 7  $\frac{1}{2}$  pro Stunde endete. In Kollar wurden Streit 3  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, in Die ebenfalls ohne Streit 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde erzielt. Die Bewegung in Wiesfeld war erfolglos, weil der Streit in der ungeschicktesten Gießen selbst haben wir vertragenmäßig 2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde auf 40  $\frac{1}{2}$ . Um die geschäftlichen Arbeiten zu erledigen waren erforderlich: 8 Mitgliederveranstaltungen, 14 öffentliche Versammlungen und 20 Sitzungen des Zweigvereins in den umliegenden Ortschaften abgehalten werden mußten. Die Korrespondenz betrug 327 Eingänge, 1028 Ausgänge. Wir rufen nun unseren Kollegen im Zweigverein Gießen-Wehlar zu: Seid auch in diesem Jahre so eifrig in der Agitation und unterstützt den Vorstand wie im vorigen Jahre, denn es steht uns noch eine große Anzahl Kollegen im Zweigvereinsgebiet fern, die wir noch gewinnen müssen. Zu jedes Mitglied seine Pflicht, dann wird uns das auch gelingen. Wie aus der gegebenen Darstellung

**Greifenhagen.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 21. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die, wie gewöhnlich, trotz besonderer Einladung, schlecht besucht war. Die Kollegen von Kronheide

scheinen es überhaupt nicht nötig zu haben, in der Versammlung zu erscheinen. Von circa 20 Kollegen, die dortlich itauig, wenn man die einzige zu sehen. Es ist wirklich traurig, daß sich die Kollegen besser an den Versammlungen beteiligen möchten. Nachdem vom Kollegen G. Berndt der Klassenbericht für das vergangene Jahr vorgelesen worden war, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Sodann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als erster Vorkandidat wurde gewählt Kollege M. Dolast und als erster Stellvertreter Kollege G. Gärtner. Der Kollege A. Schulz wurde als Delegierter zur Gaunerkonferenz gewählt. Hierauf wurde über die Arbeit der Vorstande gesprochen. Es wurde der Beschuß gefaßt, seine Arbeit zu verrichten. Ebenfalls erklärt sich die Kollegen damit einverstanden, daß kein Kollege nach Feierabend oder des Sonntags die seinen Arbeiten (sog. Schmarwarbeiten) machen darf. Ebenso sollen auch die Überstunden wegfallen. In Reichthens wurde darauf hingewiesen, daß die rückständigen Beiträge sobald wie möglich entrichtet werden möchten. Mit einem dreifachen Votum auf den Beirat der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

erschlichen, können wir eine segensreiche und nützliche Tätigkeit entfalten. Besonders müssen die ermittelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse uns ein reges Ansehen sein, noch mehr als bisher für eine gründliche Besserung zu wirken. Zeigen uns doch die Erfolge in den letzten Jahren, daß diese nur durch die Organisation erzielt werden konnten. Für fast alle Mitglieder des Zweigvereins wurde eine Lohnerhöhung von 2-5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde gewonnen. Nun aber weiter!

**Gumbinnen.** Am 4. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete der Kassierer Eißinger über das abgelaufene Jahr. Unsere Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 67, davon sind im vierten Quartal aufgenommen 30 (18 waren schon früher Mitglieder). Fortgereist sind 24; gestorben ist ein Mitglied; mit ihren Beiträgen im Rückstande blieben neun Kollegen, die aber gewillt sind, nachzuzahlen. Es haben acht Mitglieder- und vier öffentliche Versammlungen stattgefunden. Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes fanden 6 statt, Revisionen durch die Revisoren 4, durch den Zweigvereinsvorstand auch 4. An Kassenbestand hatte die Lokalasse vom Jahre 1904  $\text{M } 48,05$ ; die Einnahmen für 1905 betragen  $\text{M } 116,90$ ; zusammen also  $\text{M } 163,95$ . Die Ausgabe betrug  $\text{M } 135,33$ . Bleibt ein Kassenbestand von  $\text{M } 28,62$ . Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von  $\text{M } 418,30$  und eine Ausgabe von  $\text{M } 155,50$ , bleibt ein Kassenbestand von  $\text{M } 263,30$ . Dann wurde die Lohnfrage für dieses Jahr beraten; es wurde beschlossen, den Lohn auf 45  $\frac{1}{2}$  für die Stunde festzusetzen; für Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit soll ein Aufschlag von 10  $\frac{1}{2}$  für Landarbeit über 3 km 5  $\frac{1}{2}$  gefaßt werden. In Reichthens wurde beantragt, Kolportage-gewerben einzuführen, was von der Versammlung auch angenommen wurde.

**Hagen. (Jahresbericht.)** In der am 4. Februar, Nachmittags, abgehaltenen Generalversammlung, die von 105 Kollegen besucht war, erstattete der Kassierer, Kollege Wilsch, zunächst den Quartals- und Jahresbericht, der folgendes ergibt: Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1905  $\text{M } 6646,05$  gegen  $\text{M } 3191,46$  im Jahre 1904. Die Gesamteinnahme der Lokalasse betrug 1905  $\text{M } 3912,75$  gegen  $\text{M } 1218,41$  im Jahre 1904. Aufnahmen waren 1905 647, 1904 298. Von diesen 647 Aufnahmen hatten 308 und die übrigen Zahlstellen zum Jahre 1905. Im Jahre 1905 hatten wir in der Markung einschließend der Sozialmarken eine Mehreinnahme an Geldwerten  $\text{M } 4633,80$ . Der Markterwerb betrug in der Stadt Hagen 8811 Beitragsmarken à 45  $\frac{1}{2}$  und 754 Arbeitslose = 4572; wir hatten demnach, mit 40 Wochen berechnet, durchschnittlich 239,30 vollzählende Mitglieder. Zu den übrigen Zahlstellen wurden verkauft 6103 Beitragsmarken à 45  $\frac{1}{2}$  und 164,35 vollzählende Mitglieder; mithin hatten wir zusammen 403,65 vollzählende Mitglieder. Die Zahlstellen haben im Verhältnis zu Hagen bisher zu wenig Sozialmarken gestellt, die jetzt nachgeholt werden müssen. In den öffentlichen Versammlungen wurden angenommen  $\text{M } 146,95$ . Die Mitgliederbewegung war folgendermaßen: 647 neu eingetreten, davon waren 45 früher schon einmal Mitglieder, gestorben ist 1 Mitglied, ausgefallen sind 32 (während der Aussperrung), ausgebeten 22, zum Militär eingezogen 18. Im Zweigverein wurden abgegeben: 114 Mitgliederveranstaltungen und 18 öffentliche, ferner 16 Vorstandssitzungen und eine Anzahl Wautendpredigten sowie Wanderversammlungen. Der Versammlungsbesuch war in Hagen durchweg zufriedenstellend, in den Zahlstellen, mit Ausnahme von Hohenlimburg, mangelhaft. An Vorkommnissen gingen aus: 89 Briefe, 419 Karten, 12 Telegramme, 9 Geldsendungen, 48 Pakete. Als Vertrauensmann wurde Kollege Wilsch wiedergewählt. Außerdem wurde beschlossen, vom 1. Mai ab 60  $\frac{1}{2}$  Beitragsmarken zu fleben.

**Halle a. d. S.** Am 6. Februar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Zur Aufnahme in die Organisation meldete sich der Kollege Zehl; nachdem er versprochen hatte, die Sitzungen des Statuts anzuerkennen und nicht wieder Streikverhandlungen zu leisten, wurde er aufgenommen. Neben dem Bau des Zimmerers Märker wurde am 6. Februar die Sperrverhandlung wegen schlechter Behandlung. Am 8. Februar wurde die Kollegen besser behandelt zu wollen. Beschlissen wurde ferner, die Beiträge nicht zu erhöhen und das System beizubehalten. Als Delegierter zur Gaunerkonferenz wurden die Kollegen Deese und Höber gewählt. Für den ausfallenden Kollegen Gante aus der Bauarbeiterbildungs-Kommission wurde Kollege Droschke gewählt. Der Antrag Höber, der Bibliothek  $\text{M } 76$  zur Anschaffung neuer Werke zu überweisen, wird angenommen. Die Kollegen wurden nach erzwungen, sich politisch zu organisieren und Leier des „Vollkammer“ zu werden. Hierauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Hamburg.** Eine Mitgliederversammlung der Bemannertzer, Süßs- und Kunststeinarbeiter fand Sonntag,

den 4. Februar, bei Bohnfad statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, in diesem Jahre ebenfalls ein Stiftungsfest abzuhalten. Es wurde zur weiteren Regelung dieser Angelegenheit ein Festkomitee von drei Mann gewählt. Zum Jahresbericht gab der Vorsitzende bekannt, daß 117 Mitglieder der Sektion wegen Schulden gestrichen sind. Es seien aber auch viele von hier abgereist, ohne sich abzumelden. Diese betrübende Erscheinung sei nur dadurch zu erklären, daß die Restanten sich aus Beuten zusammenfinden, die nur einige Wochen in der Geniebrücke arbeiten, sich dann aufnehmen lassen, aber nicht weiterbezahlen, wenn sie zu anderer Arbeit übergehen. Dieser Uebelstand werde auch nicht so leicht zu beseitigen sein. Es fanden im vergangenen Jahre 16 Versammlungen statt; drei davon wurden während der Lohnbewegung abgehalten. Außerdem wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten und ein Stiftungsfest gefeiert. Kollege Hartwig meinte, daß wir mit dem bis jetzt Erreichten zufrieden sein könnten, da die Organisation von den Unternehmern anerkannt sei und sich die Sektion ganz gut entwickelt habe. Zum Punkt „Reichthens“ brachten die Kollegen verschiedene Wünsche vor. Bei der Attentatschloß für Belon und Monier werden die Leute, die sich weigern, Überstunden zu arbeiten, einfach entlassen. Die Firma Weiß & Freitag bezieht die Arbeitsträfte vom Arbeitsschweizer. Der Kollege Siegemann von der Firma Martin Sachs bezieht sogar eine Prämie pro Kopf, wenn er die Leute von dort holt. Kollege Hartwig vertrat, mit den Firmen Mühsprade zu nehmen und die Sachen zu regeln. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Hamm i. W. Donnerstag, den 8. Februar.** hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sehr mäßig besucht war. Es ist dies wohl ein Uebelstand, der der Interesslosigkeit der Kollegen zuzuschreiben ist. Der Vorsitzende, Kollege Buchholz, wies darauf hin, daß noch immer einige Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Den Quartalsbericht erstattete Kollege Hun. Weiter hatte sich die Wahl eines ersten Kassierers nötig gemacht, weil der in der Generalversammlung gewählte Kassierer, Kollege Wippermann, das Amt krankheitshalber nicht annehmen konnte. Es wurde der frühere Kassierer, Kollege Wege, einstimmig wiedergewählt. Hierauf hielt Kollege Kahl aus Dortmund einen Vortrag über das Thema: „Verschiedene Revolutionen“. Nachdem der Kollege Kahl als Obmann der Schlichtungskommission einen kurzen Bericht über die letzte abgehaltene Sitzung, in der über den Unternehmer Wönninghaus verhandelt wurde, der angefangen war, den Verspflichtungen, die der Tarif des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vorschreibt, nicht nachkommen zu sein. Er hatte nämlich mehreren Bauhilfsarbeitern den Lohn von 40  $\frac{1}{2}$  auf 38  $\frac{1}{2}$  pro Stunde gestürzt, und dann auch noch die im Tarif festgelegten 30 pSt. Aufschlag verweigert. Herr Wönninghaus erkannte an, gefehlt zu haben, er wäre aber des Glaubens gewesen, der Tarif wäre erst vom 1. April 1906 an gültig. Der Unternehmer erklärte, er wolle jetzt seinen Verpflichtungen nach nachkommen. Kaum hatte er jedoch das Versprechen abgegeben, so schied er schon seinen Vorkassierer auf die Bauten, um die Bauarbeiter durch Unterschrift zu verpflichten, für 38  $\frac{1}{2}$  zu arbeiten. Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen. Der Obermeister der hiesigen Zwangsinnung machte es darauf ebenfalls. Er schied den Oberpolier Fischer, auch christlicher Agitator, auf die Bauten, um Unterschriften zu sammeln und dann den Bauarbeitern einen Lohn von 35 bis 38  $\frac{1}{2}$  nach eigenem Ermessen zu distillieren. Einen größeren Kontraktbruch kann es wohl nicht geben. Die Ungerechtigkeit ist dem Einigungsamte in Essen überwiesen worden. Im Punkt „Reichthens“ wurden dann noch einige Wünsche auf den Bauten angeführt, wozuf um 11  $\frac{1}{2}$  Uhr Schluß der Versammlung erfolgte.

**Hannover.** Der hiesige Zweigverein setzte am 6. Februar seine Generalversammlung fort. Zunächst erhielten diejenigen, die trotz Verbots Überstunden gemacht haben, einen Verweis. Die darauf folgende Quartalsabrechnung wies folgende Zahlen auf. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von  $\text{M } 12 748,05$  und eine Ausgabe in derselben Höhe. Die Lokalasse zeigte folgendes Bild. Einnahme: Kassenbestand  $\text{M } 6009,37$ , Anteil an den Beiträgen  $\text{M } 3282,58$ , örtlicher Aufschlag à 5  $\frac{1}{2}$  =  $\text{M } 1208,80$ , an Schriften  $\text{M } 809,30$ , an Juricrate  $\text{M } 15,20$ , sonstige Einnahmen  $\text{M } 186,80$ . Summa  $\text{M } 11 072,45$ . Ausgabe: für Bücher  $\text{M } 471,50$ , Gemeinlichkeitsartikel  $\text{M } 746,40$ , dem Reservefonds überwiesen  $\text{M } 607,90$ , Unterstützung in besonderen Notfällen  $\text{M } 100$ , an reisende Kollegen  $\text{M } 55,50$ , Ehrung Vorpostener  $\text{M } 30,00$ , an den ersten Vorsitzenden  $\text{M } 615$ , an den ersten Kassierer  $\text{M } 37,50$ , für Sitzungen  $\text{M } 90,05$ , an die Revisoren  $\text{M } 28$ , für Versicherung  $\text{M } 19,20$ , für persönliche Ausgaben  $\text{M } 105$ , Bureau  $\text{M } 79,08$ , für Porto  $\text{M } 213,34$ , für Schreibmaterial  $\text{M } 37,80$ , für „Grundstein“, Postportage  $\text{M } 1546,04$ , für Annoncen  $\text{M } 38,40$ , für Druckkosten  $\text{M } 40$ , für Zeitungen  $\text{M } 28,39$ , Aufschlag zu Vergütungen  $\text{M } 159,15$ , Sonstiges  $\text{M } 23,45$ . Summa  $\text{M } 6187,15$ . Der Kassenbestand beträgt also  $\text{M } 5885,30$ . Der Reservefonds für Mietzusage beträgt  $\text{M } 8795,34$ . Die Jahresabrechnung hatte eine Einnahme von  $\text{M } 74 598,01$  und eine Ausgabe von  $\text{M } 64 902,87$ . Beitragsmarken sind im vorigen Jahre 95 435 verabsolgt. Auf ein Mitglied 40 Stück gerechnet, ergibt im Durchschnitt für das ganze Jahr 2386 Mitglieder. Da alles in Ordnung befunden worden war, wurde dem Kassierer Dehagere erteilt. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Verhältnisse im Zweigverein, namentlich der Umgebung, sich gegen das Vorjahr bedeutend verbessert haben und dies nicht nur in bezug auf die Lohnverhältnisse. Unsere Mitgliederzahl beträgt jetzt im Winter 2431. Restanten sind nur sechs zu verzeichnen. Zu wünschen lasse die Benutzung der Bibliothek übrig; und zu tabeln sei es, daß auf einigen Bauten kein Delegierter vorhanden sei. Aus zwei Dritteln der Aussperrten sind wir als Sieger hervorgegangen; aber trotz alledem dürfen wir nicht geruhig werden, wenn es in Zukunft besser werden solle. In den Vorstand wurden gewählt: Weikner als erster Vorsitzender und Voigt als erster Kassierer. Wegen vorgerückter Zeit soll die Generalkonferenz am 11. März stattfinden.

**Hannover.** Von dem Verbandsmitglied **Humpert** geht uns folgendes Schreiben mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: Es wird behauptet, daß fünf Kollegen von der Section am 21. November am Badegasse in Bad Neundorf aufgehört hätten wegen der A-Sforderung. Nach meinen eingehenden Erkundigungen haben die betreffenden Kollegen an einem Sonnabend aufgesucht, und das war der 18. November, denn der 19. November war ein Sonntag — doch dies nebensächlich. Ich soll nun am 22. November die Neundorfer Arbeit angenommen haben; ich erkläre, wie ich dies im „Vollwille“ bereits getan habe, daß ich am 30. November schriftlich vom Baugeschäft **M. Küster** zur Preisabgabe aufgefordert bin und am 1. Dezember den Affordvertrag abgeschlossen habe, und zwar über den rechten Seitensügel und Mittelbau. Den linken Seitensügel, an dem die fünf Sektionsmitglieder gearbeitet haben sollen, wurde, als ich in Neundorf eintraf, von den dortigen organisierten Maurern gepußt (Kassade) und war so ziemlich seiner Vollendung nahe. Ferner sind die fünf Sektionsmitglieder nach Neundorf gefahren, ohne vorher einen Affordvertrag mit dem Arbeitgeber abgeschlossen zu haben. Außerdem wäre es von der Section vernünftig gehandelt gewesen, wenn sie neue Lohnforderungen aufstellen wollte, daß sie die fünf Einzelmitglieder (Wagnerverein) vorher mit zu Rate gezogen hätte, was in dem vorliegenden Fall nicht geschehen ist. Auch haben sie es unterlassen, uns mitzuteilen, daß fünf Sektionsmitglieder am 18. November die Arbeit eingestellt haben. In dem Brief, den die Section an mich gerichtet hat, ist nicht von ArbeitsEinstellung enthalten, auch nicht alle Punkte der Lohnforderung, wie sie jetzt im „Grundstein“ angegeben werden. Am 13. Dezember erschien der Gausvorsitzende bei mir in Neundorf und sagte, ich möchte mit nach Hannover fahren, zu der Sektionsversammlung, und den Sachverhalt klarstellen; ich erklärte hierzu, daß dies überflüssig wäre, und legte dem Gausvorsitzenden die Sache auseinander, gab ihm auch den Brief. Darauf erklärte der Gausvorsitzende, daß die Punkte, wo es darauf ankomme, fehlen, und danach wäre es überflüssig, daß ich zu der Sektionsversammlung nach Hannover käme. Es drängt sich nun die Frage auf, warum ist die öffentliche Bekanntgabe, wenn es eine ArbeitsEinstellung sein sollte, nicht einige Tage nach dem 18. November erfolgt und warum erst am 13. bezw. 15. Dezember? Ferner war es mir nachträglich nicht mehr möglich, nachdem ich schon Tage gearbeitet hatte, von meinem Affordvertrag zurückzutreten. Wenn ferner die Sektionsleitung in ihrem Bericht sagt, ich hätte faule Ausreden im „Vollwille“ gebraucht, so erkläre ich, daß gerade meine Angaben und Tatsachen von dem Kritikkreiser umgangen sind. Der Sektionsleiter, ich möchte ich anrufen, in Zukunft bei Einleitung von Lohnforderungen sich mehr Umsicht und Kenntnis zu verschaffen, dann werden Fälle, wie der vorliegende, nicht vorkommen können. Auch sind aus Hannover die nötige Anzahl Wäger vorhanden, um die Wägenarbeiten fertig zu stellen, und habe ich nicht nötig, aus anderen Städten Wäger heranzuziehen.

**Gerne-Redaktionskassen.** (Jahresbericht.) Die Organisationsverhältnisse in dem aus verschiedenen Zahlreichen anderer Zweigvereine gebildeten zu Anfang vorigen Jahres geschaffenen Zweigverein, vor allem die Führung der Organisationsgeschäfte in den einzelnen Orten waren nicht die besten. Die Organisationsleitung betrachtete es daher als erste Aufgabe, hier Wandel zu schaffen. Es schloß wurde diese Aufgabe durch den stelligen und starken Wechsel der hier beschäftigten Kollegen. Da es ortsanfällige Kollegen hier nur wenige gibt, die zugewandten Kollegen aber meistens nach kurzer Gastrolle dem „gastlichen“ Winterlande wieder den Rücken kehren, fällt es vielfach schwer, die Ortsleitungen bilden zu können. Es wäre daher erwünscht, wenn eine Anzahl tüchtiger Kollegen sich hier sesshaft machen würde. Wird schon unter solchen Verhältnissen die Agitation sehr erschwert, so wird sie uns hier bald unmöglich gemacht durch das Verhalten der reaktionären Mächte. Die heilige Dreieinigkeit, Polizei Wägen und Unternehmer, wirken in harmonischer Weise zusammen, um uns das Abhalten von Versammlungen unmöglich zu machen. Zweimal war es uns im Berichtsjahr gelungen, in **Redlin** und **Seiden** ein Lokal zu Verammlungen zu erhalten, und beide Male wurde es uns wieder abgetrieben. Vor allem bemüht sich die „Gehobenen“ durch die rigorossten, nicht immer mit dem Gesetz in Einklang zu bringenden Maßnahmen, unsere Bewegung zu unterdrücken. Der **Wirt Mischel**, der uns sein Lokal zur Verfügung stellte, erhielt die Beschränkung der Polizeistunde auf 10 Uhr. Eine Beschränkung bei der Regierung war erfolglos. Vom Polizeichef wurde dem **Wirt** gesagt: „Werken Sie die Kisten hinaus, und wir werden sehen.“ Auch wurden fast alle unsere Versammlungen in obigem Lokal ohne Angabe von Gründen aufgelöst. Von den Gerichten, Amtsgericht und Strafammer, wurde das ungesellige Vorgehen der Polizei durch Preispruch der angelegten Organisationsleiter bestätigt. Durch die fortgesetzten Schikanierungen wurde gemacht, entzog uns der **Wirt** sein Lokal, und prompt erhielt er wieder unbefristete Polizeistunde. Genau so erging es dem **Wirt** **Mader**, der sich des „Verbrechens“ schuldig gemacht hatte, unserm Zweigvereinsleiter, Kollegen **Wendler**, eine Wohnung zu vermieten. Aber auch er erhielt wieder unbefristete Polizeistunde, nachdem er sein „Unrecht“ eingesehen und den „Umsitzler“ aus seinem Hause entfernt hatte. Junge Freude erweckten diese rigorösen Maßnahmen augenscheinlich bei unseren „Brüdern in Christo“. Diese Anhänger „christlicher“ Toleranz gaben ihr Einverständnis mit der ungeselligen Maßnahme, Auflösung der Versammlungen durch Wabouruten und Gänbefälligen zu erkennen. Auch helfen diese Organisationsleiter eifrig mit bei der Verbreitung der Lokalitäten, indem sie möglichst viele Lokale mit ihren Organisationsleuten belegen, damit die Wirtje ja nicht auf den „unchristlichen“ Gedanken kommen, uns ihr Lokal zur Verfügung zu stellen. Trotz aller dieser uns entgegenstehenden Schwierigkeiten sind doch nennenswerte Erfolge zu verzeichnen. So wurden neu aufgenommen 681 Kollegen. Darunter 98 Uebertritte aus der christlichen Organisation. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 622. Die Einnahme für die Hauptkassette betrug **M 10 183,40**. Die Lokalassette hatte eine Einnahme von **M 5084,29** und eine Ausgabe von **M 4822,04**; Kassenbestand der Lokalassette

**M 502,25**. Die Einnahmen würden noch bedeutend höher sein, wenn alle Kollegen, die nach hier kommen und einige Wochen hier arbeiten, während dieser Zeit ihre Beiträge auch hier zahlen würden; aber dieses geschieht vielfach nicht. Auch die An- und Umbewohnungen lassen sehr vieles zu wünschen übrig. Daß sich ein großer Teil des Unternehmertums über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter im Arbeitsverhältnis hinwegsetzt, erhellt aus der großen Anzahl der gegen die Unternehmer bei den Gewerbe- und anderen Gerichten erbobenen Klagen. 62 Klagen, woran 61 Kollegen beteiligt waren, wurden anhängig gemacht. Hiervon sind 48 erledigt, und vier schweben zur Zeit noch. Von den 48 Klagen wurden 47 durch Urteil, und eine durch Vergleich erledigt. Von den 47 durch Urteil erledigten Klagen hatten 40 vollen Erfolg, zwei teilweisen und fünf waren ohne Erfolg. Es verdient hierbei erwähnt zu werden, daß im Gegenjah zu verschiedenen Gewerbegerichten, z. B. Dortmund, das Reddinghauser Gewerbegericht Gewerkschaftsangelegenheiten ohne weiteres als Vertreter zuläßt, so daß es unterm Bezirksleiter möglich war, die Vertretung sämtlicher Klagen zu übernehmen. Wohl haben die Unternehmer versucht, dieses zu hintertreiben; jedoch blieb ihr Bemühen erfolglos. Die Bautätigkeit war im ersten Halbjahr im ganzen Zweigvereinsgebiet außerordentlich gut; sie flaute jedoch in den meisten Orten später erheblich ab, so daß im Herbst lediglich Reddinghausen noch eine einigermaßen gute Bautätigkeit aufzuweisen hatte. Viel hat zu dieser Abflauung die Ausperrung beigetragen, indem eine Anzahl Unternehmer später für den Herbst projektierte Bauten nicht mehr begonnen haben, angeblich weil sie befürchteten, nicht mehr genügend Arbeitskräfte zur Fertigstellung der Bauten vor dem Winter erhalten zu können. Auch machte sich vielfach ein Mangel an Bauhilfsarbeitern bemerkbar. In diesem Jahre wird hier außerdem eine gute Bautätigkeit vorhanden sein, in einzelnen Orten, wie **Redlin**, **Linghausen** und **Castrop**, sogar eine außerordentlich gute, so daß für das Frühjahr der Zugang organisierter Kollegen erhofft ist. Wenn auch die Erfolge hinsichtlich den Erwartungen mancher Kollegen nicht entsprochen haben, so ist doch nicht außer acht zu lassen, daß die erzielten Erfolge erkennen lassen, daß, wenn alle Kollegen bei der Agitationsarbeit mitwirken, der Bezirk zu den besten Gegenden der Industrie sich hier noch im Anfangsstadium befindet.

**Heidelberg.** Am 28. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende, **Kollege Hauer**, über seine Tätigkeit. Er sprach zunächst die Entwicklung des Mitgliederbestandes, dessen Zahl auf 667 gestiegen, und trotz des 30-tägigen Streiks enorm angenommen hat. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Zweigvereins hatten wir eine solche Zahl zu verzeichnen. Aber auch im früheren Oldenwald hat schon der Welt der Organisation Wurzel gefaßt, denn auch dort haben sich schon viele Kollegen unserer Organisation angeschlossen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Bei dem Punkt „Geschäftliches“ wurde das neu eingeführte Regulator für die Pausenvertrauensmänner beraten und hiernach einstimmig angenommen. Wie notwendig es ist, zeigt schon die Nichtumsetzung des Tariffs von einigen Heidelbergern. Ueber den Punkt „Beitragsrückzahlung“ kam es zu einer lebhaften Debatte. Nachdem wir schon im Oktober vorigen Jahres einen Lokalzuschlag von 5  $\frac{1}{2}$  eingeführt hatten, konnten es verschiedene Kollegen nicht begreifen, daß wir doch mit 4  $\frac{1}{2}$  Einheitslohn statutenmäßig 5  $\frac{1}{2}$  Beitrag bezahlen müssen. Einige Kollegen forderten sogar, der Hauptvorstand möge eine Ausnahme machen und für Heidelberg mehr Prozente gewähren. Dies verlangt wurde aber vom Zweigvereinsvorstand scharf zurückgewiesen. Hierauf folgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes, wobei **Kollege Hauer** als erster Vorsitzender, **Kollege Weltraud** als erster Kassierer und **Kollege Schmitz** als Schriftführer wieder gewählt wurden. Nachdem beschäftigt sich die Kollegen mit der Wahl der Delegierten zu dem am 11. Februar in Karlsruhe stattfindenden Goutag. Genäßt wurden die Kollegen **Hauer** und **Kraff**. Zum Schluß erinnerte der Vorsitzende in längeren Ausführungen die Kollegen an ihre Pflichten, besonders an die sofortige Ausführung des Bundeslegiertensystems. Er wies darauf hin, daß nur auf diese Weise die Bautenkontrolle erledigt und die Mißstände aus den Bauten beseitigt werden können.

**Neuburg.** Am 6. Februar fand hier eine Mitglieder-versammlung statt. Nachdem der Kassierer die Abrechnung verlesen hatte und der Bericht vom Kartell gegeben war, beschäftigte man sich mit der Beitragsfrage. Die durch die Lohnrückzahlung sich ergebende Erhöhung der Beiträge führte zu reger Debatte. Ein Antrag aus diesem Grunde den lokalen Zuschlag von 5  $\frac{1}{2}$  aufzuheben, wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt. Denn wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Bauhilfsarbeiter am Neubau des Gerichtsgebäudes die Arbeit eingestellt haben, und zwar auf einen Beschluß hin, den sie im November faßten; mit diesem Streikbrecher zusammen zu arbeiten. Da nun der Unternehmer **Kollberg** den „Arbeitswilligen“ nicht entlassen wollte, und sich ebenfalls nicht bereit erklärte, einen vordem entlassenen Kollegen wieder einzustellen, wurde zur ArbeitsEinstellung geschritten. Da dadurch nun auch unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind, erklärte **Kollege Koch** aus Hamburg, unter den gegebenen Umständen alles zu vermeiden, was darauf abzielt, daß die Angelegenheit größere Dimensionen annehme. Die Arbeit sei sofort wieder aufzunehmen, unbelümmert darum, von welchen Hilfsarbeitern ihnen das Material zugetragen wird. Diese Ansicht fand, da keine Gegenrede erfolgte, Zustimmung. Bemängelt wurde noch, daß leider eine große Anzahl Unternehmer sich noch nicht dazu bereit erklären können, diesen in den Bauten aufzustellen. Die Mißbilligung dieser Herren wurde einer kritischen Behandlung unterzogen. Nachdem noch auf die demnächst stattfindende Wahl von Arbeiterdeputierten zur Handwerksammer hingewiesen und ein Kollege hierzu in Vorschlag gebracht worden war, erfolgte Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung.

**Karlsruhe.** In unserer Generalversammlung am 4. Februar sprach der Vorsitzende scharfen Tadel aus gegen

über diejenigen Maurern, die über die mit den Unternehmern vereinbarte Arbeitszeit hinaus arbeiten, auch wurde gerügt, daß in der **Poststelle** **Leutich** **Neureuth** sich kein Kollege zur Übernahme des Kassierpostens bereit fand. Der vom Zweigvereinskassierer **Krebs** erstattete **Rassenbericht** ergab **M 66 400,68** Einnahmen und **M 54 142,75** Ausgaben, das Vermögen des Zweigvereins beträgt **M 4287,93**. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer **Dehage** erteilt. Dem vom Vorsitzenden **Philipp** erstatteten **Geschäftsbericht** ist folgendes zu entnehmen. Im Laufe des Jahres 1905 wurden 21 und seit Beginn des Jahres 1906 sechs neue Zahlstellen gegründet und insgesamt 1792 Aufnahmen gemacht, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder am Jahreschluß 2808 betrug. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden durch Abschluß von Verträgen Erfolge erreicht in **Durlach**, **Naßau** und **Buchsaal**. Der **Arbeitslohn** ging verloren. Im Laufe des Jahres 1905 wurden zwei Generalversammlungen, sowie 247 öffentliche Versammlungen, sowie 18 Bundeslegiertensammlungen und vier Bezirkskonferenzen abgehalten. In neun Fällen hatte der Vorsitzende Vertretungen vor dem Gewerbegericht angenommen, wurde aber dann auf Antrag des Arbeitgebervertreters Anselm als „geschäftsmäßiger“ Vertreter abgewiesen. Die Posteingänge beliefen sich im Berichtsjahre auf 1291 Postkarten, 263 Briefe, 49 Zeitschriften und 81 Kafel- und Geschäftsbriefe, die Ausgaben auf 486 Briefe, 1086 Karten, 1557 Drucke, 68 Kafete, 15 Depeschen. Kaufperren wurden verhängt über die Firmen **Stranagel** und **Kuppinger**, **Gerling** & **Kiefer** und **Dr. Karoig**. Die Diskussion über den Geschäftsbericht ergab, daß man mit der Tätigkeit des Vorstandes allgemein einverstanden war. Hauptsächlich finden auch die vom Vorsitzenden in dem Bericht eingeholten Winke Beachtung, damit die Organisation auch innerlich mehr und mehr gestärkt wird. Hierauf hielt **Arbeitersekretär Willi** einen Vortrag über Krankenversicherung, wobei er insbesondere auf die bei der Krankenkasse der Baugewerkschaft bestehenden Mißstände, so auch auf die willkürliche, mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehende Festsetzung der Krankentafel zu Grunde gelegten durchschnittlichen Tagelöhne hinwies. Ferner ermahnte auch zur Bekämpfung des Allgemeinheits der **Rassenmission** die verschiedenen Treiben der Simulanten; man solle dabei aber nicht mit anonymen Briefen, sondern in offener Weise vorgehen. **Redner** legte den Anwesenden dringend ans Herz, bei dem Austritt aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis sofort der **Rasse** mitzuteilen, daß man Mitglied der **Rasse** bleibe. **Eindringlich** warnte der **Redner** vor den Ugehen der **Schwindelkassen**; am Schluß besprach er kurz das dem **Reichstag** vorgelegte **Hilfskassen-gesetz**, mit dem man die Hilfskassen fraktionieren und dem Selbstverwaltungszustand in der Krankenversicherung den Satz zimmern sollte. **Redner** empfahl die Annahme folgender Resolution: Die heutige Versammlung des **Verbands** Karlsruhe des **Verbandes** der Maurer erwartet von den Vertretern der **Verbands** der Baugewerkschaft, daß sie mit aller Energie für eine andere, den tatsächlichen Verhältnissen besser entsprechende Fassung des **Krankengeldberechnung** zu Grunde gelegten durchschnittlichen Tagelöhns eintreten. Die **Verhandlung** ist übrigens der Ansicht, daß den Interessen der **Verbands** am besten mit der Auflösung der **Innungskrankenkasse** und **Verbindung** mit der allgemeinen **Christenmission** geht, wobei die **Verbands** protektiert auf das **Entschieden** gegen die mit dem **Hilfskassen-gesetz** geplante **Verordnung** der **freien Hilfskassen**. Dieses Gesetz ist nicht geeignet, der **Schädigung** der **Arbeiterüberhöhung** durch die **Schwindelkassen** ein Ende zu machen, wohl aber wäre es ein Mittel, den **freien Hilfskassen** und dem **Selbstverwaltungszustand** in der **Krankenkassen** und dem **Selbstverwaltungszustand** eine **Einflussnahme** zu gewähren. In der **Diskussion** sprach **Philipp** und **Redner** für den **Beitritt** zur **freien Hilfskasse** der **Maurer**. Es wird nunmehr nach kurzer Debatte die nachfolgende **Resolution** angenommen: „Die heutige Versammlung stellt fest, daß in den **Verbands** der organisierten Maurer eine Anzahl Kollegen vorhanden sind, die es nicht unterlassen können, die **vertragsmäßige** festgelegte **Arbeitszeit** zu durchbrechen. Die **Verbands** verprechen, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß dieser **Durchbruch** des **Vertrages** nicht mehr vorkommt; ferner, daß sie alle Kollegen, die dieses **Vergehen** nicht lassen können, als **vertragsbrüchig** und dementsprechend behandeln wollen. Die **Verbands** werden beauftragen einstimmig den **Zweigvereinsvorstand**, daß er alle **Unternehmer**, bei denen die **vertragsmäßige** **Arbeitszeit** durchbrochen wird, als **vertragsbrüchig** zu behandeln und demgemäß Schritte einzuleiten hat, damit diese **Mißstände** aus der **Welt** geschafft werden können.“ **Einstimmige** **Annahme** fand auch der **wichtige** **Antrag** des **Kollegen** **Dez**, welcher lautet: „Im **Monat** **Wärz** haben alle **Baulegierten** **Umfrage** zu halten, welche **Mitglieder** **Abonnenten** des **„Vollstreund“** und **„Mitglieder** der **sozialdemokratischen** **Parteiorganisation** sind. Alle organisierten **Maurer** sollen **„Vollstreund“** **„Leser** und **„Mitglieder** der **sozialdemokratischen** **Parteiorganisation** werden.“ **Es** folgten die gegen die **Kollegen** **Weil** und **„Klingler** vorliegenden **Beschwerden**, weil sie entgegen den **Beschlüssen** der **Kollegen** **schäft** bezw. des **Verbandes** bei dem **Unternehmer** für **40–42**  $\frac{1}{2}$  **Lohn** arbeiteten, **Weil** insbesondere sich mit einer **Wittschrift** zu diesem **Lohn** beim **Unternehmer** **Geisenböfer** direkt anboten hatte. Die **Genannten** waren nicht anwesend, **wiewohl** **Weil** zuerst in der **Versammlung** erschienen war. **Auf** **Vorschlag** des **Vorsitzenden** beschloß die **Versammlung**, die **Angelegenheit** durch die **nächste** **Zweigtageskonferenz** erledigen zu lassen. **Es** steht eventuell der **Ausschluß** der **Genannten** aus dem **Verbande** zu erwarten. **Die** **Debatte** über diesen **Punkt** war **befriedigenderweise** sehr **lebhaft**; nur **Kollege** **Tropf** plaidierte auf **Zubilligung** mitbederter **Umstände** für **Weil**, da dieser eine **starke** **Familie** habe. **Zu** **Punkt** 5 der **Tagesordnung** übergehend, wies **Kollege** **Philipp** als **Referent** darauf hin, daß die **Situation** in ganz **Deutschland** zur **Einleitung** bestimmter **Schritte** nötige, um der **Lohn-erhöhung** von **2**  $\frac{1}{2}$  schon weit mehr als **wichtig** gemacht sei. **Bei** dem **früher** **geringeren** **Lohne** habe man sich **tatsächlich** **besser** als **jetzt** **gefunden**. **Die** **klüßliche** **Vertreter** **aller**



nichts hineingelassen wird, auch nichts herausgeholt werden kann. Die Abrechnung für das vierte Quartal verlas der Kassierer Wapnietz. Die Hauptliste hatte eine Einnahme und Ausgabe von  $\text{M} 3307,65$ . In die Hauptliste wurden gefasst  $\text{M} 2103,68$ . Für Unterführungen wurden  $\text{M} 404,50$  ausgezahlt und  $\text{M} 799,47$  wurden der Kassa übergeben. Die Kassa hatte eine Einnahme von  $\text{M} 2528,21$ , infol.  $\text{M} 1892,14$  altem Bestand, und eine Ausgabe von  $\text{M} 913,60$ , mithin bleibt ein Kassenbestand von  $\text{M} 1614,61$ . Nach Erledigung der Wahlen des Vorstandes, der Revisoren, der Kartelldelegierten und eines Delegierten zur Gaufonferenz wurde die Versammlung geschlossen.

**Noth.** Sonntag, den 14. Januar, tagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Johann Niffelmacher, eröffnete die Versammlung mit dem Bemerkten, daß alle Versammlungen so gut besucht werden müßten wie die heutige Generalversammlung. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, ging hervor, daß wir 11 Mitglieder und 2 außerordentliche Versammlungen abgehalten haben, die sehr besucht waren. Hieraus verlas der Kassierer, Kollege Raabemacher, die Abrechnung vom vierten Quartal, die revidiert und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Johann Niffelmacher. Zum Schluß der Versammlung hielt Kollege Köhler einen Vortrag über: „Die Agitation“. Er legte den Kollegen klar, wie sie auf den Baustellen zu agieren haben. Ferner besprach er auch die Hausagitation und empfahl diese, weil sie am besten zum Ziele führe.

**Schneidmühl.** Am 4. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst ließ sich ein Kollege aufnehmen. Hierauf berichtete der Vorsitzende, daß die Unternehmer es abgelehnt hätten, mit Vertretern des Zweigvereins über die Abschließung eines Vertrages zu unterhandeln; sie hätten erklärt, nur mit einem Vertreter des Hauptverbandes verhandeln zu wollen. Ferner hätten sie zu den Christlichen die hier in sechs bis zehn Exemplaren vertreten sind, gesagt, sie möchten ihre Zahl auf 30 vermehren, dann könne auch mit ihnen unterhandelt werden; jetzt müßten die Unternehmer sich noch an den Zentralverband halten. Da die Bauaktivität in diesem Jahre hier voraussichtlich sehr gut werden wird, so ist es ersichtlich, daß die Unternehmer auf die Herstellung geordneter Zustände dringen. Es wurde hierauf die Neuwahl der Lohnkommission vorgenommen. Als Delegierter zur Gaufonferenz in Berlin wurde Kollege Gustav Schürz gewählt.

**Seesen.** Am 4. Februar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst verlas der Kassierer G. Hellmich die Quartals- und Jahresabrechnung, die von den Revisoren revidiert und für richtig befunden worden waren. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege W. Düsterlof, als Kassierer Kollege G. Fuhrmann gewählt. Im zweiten Punkt hielt Kollege Hellmich einen längeren Vortrag über: „Was hat uns die Vergangenheit gelehrt und was ist unsere Aufgabe in der Zukunft?“ Unter anderem führte er den Kollegen vor Augen, daß wir es der Organisation zu verdanken haben, daß wir bei dem Streik im Jahre 1903 statt 27  $\text{M} 30$  Lohn erhielten. Wenn die Kollegen im nächsten Frühjahr ebenso tüchtig zur Fahne halten würden, seien uns  $35$   $\text{M} 30$  pro Stunde sicher; denn die Konjunktur scheint gut zu werden. Redner wandte sich schroff gegen die gegnerischen Blätter; die gehörten nicht in die Arbeiterhäuser. Da hinein gehöre die Arbeiterpresse, die könne uns noch belehren. Es wurden als Delegierte nach Braunsfeld die Kollegen Lüders und Rieseberg gewählt. Zu wünschen ist noch, daß die Kollegen die Versammlungen zahlreicher besuchen. Es muß sich jeder Kollege zur Pflicht machen, seine Versammlung zu besuchen; denn nur durch einmütiges Zusammenarbeiten können wir zum Siege gelangen. Die nächste öffentliche Bauhandwerkerversammlung findet am 4. März in Zibehau statt.

**Stuttgart.** In der am 2. Februar abgehaltenen öffentlichen Plattenlegerversammlung wurden vom Einberufer die Arbeitsverhältnisse in diesem Spezialberuf in Stuttgart besprochen. Der Redner wies darauf hin, daß in allen größeren Städten die neunmündige Arbeitszeit eingeführt sei, daß in Berlin alle Arbeiter im Lagelohn ausgeführt und pro Stunde  $80$   $\text{M} 30$  Minimallohn bezahlt werden. Ferner legte er dar, daß in Köln zwar Nordarbeit zu vergeichnen ist, jedoch geregelte Sätze pro Quadratmeter tarifmäßig festgelegt sind, welche im Durchschnitt für die verschiedenen Arbeiten pro Quadratmeter um  $30$   $\text{M} 30$  höher sind als hier in Stuttgart. Dazu haben hier die Leger den Hilfsarbeiter noch selber zu bezahlen oder das Material selbst an Ort und Stelle zu bringen. Bei Arbeiten, welche in Stunden berechnet werden, werden  $70$   $\text{M} 30$  bezahlt. Der Redner sprach dann noch die Münzberger Arbeitsverhältnisse, die ebenfalls viel günstiger sind als die in Stuttgart. Ein Teil der Stuttgarter Leger glaubt durch überlange Arbeitszeit die Nachteile der Stuttgarter Arbeitsverhältnisse besser zu können. So kam es am städtischen Neubau an der Seufftigschule in der letzten Zeit vor, daß bis Abends 11 Uhr Plattenleger gearbeitet haben. Die Tatsache, daß wenn von auswärts übergehende Leger hier beschäftigt sind, denselben das Material an Ort und Stelle besorgt wird und höhere Löhne gezahlt werden, beweist, daß durch Einigkeit der Kollegen hier es leicht möglich ist, andere Zustände zu schaffen. Nachdem die Anwesenden ihren Eintritt in die Organisation erklärt hatten, wurde ein Antrag des Einberufers: „Eine Sektion der Plattenleger Stuttgarts und Umgebung zu gründen und sich dem Zweigverein Stuttgart des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands anzuschließen,“ einstimmig angenommen. Drei Kollegen aus der Mitte der Versammlung wurden als Sektionsverwaltung gewählt. Des weitern wurde beschlossen, in 14 Tagen die erste Versammlung der Sektion der Plattenleger abzuhalten und möglichst alle in diesem Spezialberuf Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß bereits zwei Drittel der in Betracht kommenden Kollegen der Organisation angehören. Der Erfolg werde nicht ausbleiben.

**Waldenburg.** Mittwoch, den 7. Februar, fand im Gasthaus „Zum Stern“ in Wittosauer unsere regel-

mäßige Mitgliederversammlung statt, zu der auch der Gauleiter, Kollege Heinrich Köhler aus Breslau, erschienen war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lohnfrage in diesem Jahre.“ Nachdem der Vorsitzende, Kollege Fürtle, nachgewiesen hatte, daß bei einem Lohn von  $35$   $\text{M} 30$  pro Stunde es nicht möglich sei, für sich und seine Familie ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, wurde in die Debatte über die nähere Begründung einer höheren Lohnforderung eingetreten. Alle Kollegen waren darin einig, daß bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen, der teuren Miete am hiesigen Ort, und bei der im Frühjahr noch zu erwartenden größeren Steuerung, die eine Erhöhung des Lohnes wohl bestimmt eintreten wird, eine Erhöhung des Lohnes wohl begründet genug sei. Die meisten Kollegen waren der Ansicht, daß unter diesen Umständen eine Forderung von  $45$   $\text{M} 30$  pro Stunde nicht zu hoch gegriffen sei. Bekanntlich seien die Waldenburger Meister die keinen Schacherjuden, die uns gewiß noch genug von der Forderung abhandeln würden, so, daß uns doch nur ein paar Kleinige Lohn-erhöhung bleiben. Kollege Köhler meinte jedoch, es wäre besser, wenn wir die Meister nicht mit einer so hohen Forderung vor den Kopf stoßen würden. Er schlug vor, nur  $42$   $\text{M} 30$  zu fordern; dieser Antrag erlangte bei der Abstimmung denn auch die Majorität. Außerdem wird für Lieberstunden ein Zuschlag von  $10$   $\text{M} 30$  pro Stunde, und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von  $20$   $\text{M} 30$  pro Stunde verlangt. Außerdem dürfen diese Arbeiten nur in den allerdringenden Notfällen gemacht werden. In betreff der Arbeitszeit einigte man sich dahin, daß Montags früh um 7 Uhr angefangen wird und Abends um 6 Uhr Feierabend ist. Die übrigen Tage wird von 6 bis 6 Uhr gearbeitet, und Samstags im Nachmittags um 4 Uhr Feierabend. Die Vesper ist an allen Tagen ausgeschlossen. Diese Einteilung der Arbeitszeit erfolgte deshalb, weil wenigstens ein Drittel der hier arbeitenden Kollegen weit auswärts wohnt und die Zugverbindungen dazwischen liegen, daß sie Montags um 6 Uhr nicht auf der Baustelle sein können. Außerdem wurden noch die üblichen Lebensforderungen, als da sind: Wegfall der Kündigungs-, Kessler-, Bauhand- und Aborte- usw., gestellt. Unter Punkt „Verschiedenes“ berichtete Kollege Glaubig, daß er mit seiner Klage gegen den Maurermeister Beer, wegen Entlassung ohne Kündigung, vom Gewerbeamt abgewiesen worden ist. Der Sachverhalt ist so: Die Meister hier in Waldenburg haben sich selbst ein Gesetz gemacht. Danach gibt es bei ihnen im Sommer Kündigungsfrist, im Winter aber nicht. Auf Grund dieser Unternehmerrückstufung ist Kollege Glaubig vom Gewerbeamt mit seiner Klage wegen Entlassung abgewiesen worden. Dann wurde Kollege Hermann Kuffig zum Vorortrevisor für  $\text{M} 15$   $\text{M} 30$  ernannt. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Köhler die Kollegen, recht tüchtig zu agieren, damit wir am Frühjahr geschlossen unsere Forderungen mit Nachdruck vertreten können; denn nur dann, wenn wir alle einig seien und jeder uns noch fernstehende Kollege in die Organisation hineinmontiert werde es uns möglich sein, unsere Forderungen durchzusetzen. Kollege Fürtle ermahnte die Kollegen noch, nicht die Klatsch- und Tratschblätter, die hier am Orte erscheinen, sondern Arbeiterblätter, wie die „Vollmacht“ und den „Proletarier“ zu lesen. Denn nur aus lehrreichen Blättern könne ein Arbeiter erfahren, wie die arbeitserhebendsten Gesetze zu stande kommen, und wie ihm seine notwendigen Lebensmittel unnötig zu Gunsten der Reichen veräußert werden. Mit einem Hoch auf unsere Lohnbewegung schloß Kollege Fürtle die Versammlung.

**Waldenburg.** Der hiesige Zweigverein hielt am 14. Januar seine Generalversammlung ab, die nicht gut besucht war. Der Kassierer verlas zunächst den Kassenbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Es wurden gewählt: Ernst Gehring als Vorsitzender und Hermann Kaufmann als Kassierer. Hierauf beantragte der Kollege Gehring, für den Kollegen August Beer eine Kollekte zu veranstalten. Mit der Aufforderung an die Kollegen, stets recht eifrig für den Verband zu agieren und die Versammlungen zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Wedel (Hollstein).** Sonnabend, den 3. Februar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die trotz genügender Besantheit nicht so hoch besucht war. Der Kassierer, G. Köhler, verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Seitens der Revisoren wurde der Bericht bestätigt und darauf dem Kassierer Decharge erteilt. Dann erstattete der Baukontrollleur, Kollege M. Anjore, Bericht über die letzte Baukontrolle. Vorhanden waren acht Bauten, davon vier im Bau; drei Neubauten und ein Umbau. Daran waren beschäftigt 69 Maurer, 61 Bauarbeiter, sieben Lehrlinge, 24 Schacharbeiter und drei Polierer. Schuggründe waren nirgend vorhanden; die Bauten waren alle mit Oefen versehen, nur der Fußboden war an zwei Bauten mangelhaft. Die Aborte waren in gutem Zustande bis auf einen bei dem Unternehmer Klausen in Wedel, Binneregerstraße. Auf dem Bau der Oelfabrik in Schulau, der gepulvt wird, war das Treppenhäuschen mangelhaft abgedeckt. Delegierte waren an zwei Bauten vorhanden, Verbandslisten fehlten überall. Am allergeringsten waren die Bauten des Unternehmers Krämer. Die Gerüste wickelten sehr schleppend, die Klappstufen waren meistens nur mit einem Drahnagel gefestigt und bis Regenhäuser lagen teilweise  $3$   $\text{M} 20$  weit auseinander. Der Kartellbericht erstattete Kollege G. Kante. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden zwei Kartellrevisor ernannt und einige innere Sachen erledigt. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung um  $10\frac{1}{2}$  Uhr.

**Werdau a. d. N. O.** Am 28. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Schubert als Kassierer gab bekannt, daß die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 40 betrug, und 12 Kollegen im letzten Quartal aufgenommen wurden. Die Einnahme für die Hauptliste betrug im letzten Quartal  $\text{M} 240$ . Die Kassa hatte eine Einnahme von  $\text{M} 64,80$  und eine Ausgabe von  $\text{M} 45,78$ ; Bestand also  $\text{M} 19,07$ . Die Abrechnung wurde bestätigt. Einnahmen und Ausgaben für die Hauptliste balancierten im vorliegenden Jahre mit  $\text{M} 748,85$ . Am Schluß des Jahres schuldeten 12 Kollegen der Hauptliste  $\text{M} 70$ , der Kassa  $\text{M} 17$ . Trotz mehrmaliger Mahnungen mußten vier Kollegen wegen Schulden getriden werden. Die Versammlungen konnten trotz aller Mühe des

Vorstandes nicht innegehalten werden. Bei Aufnahmen der Statistiken im vorigen Jahre, wobei zugleich auch eine Baukontrolle mit vorgenommen wurde, ergaben sich noch große Mängel. Im ganzen Zweigvereinsgebiet hob Kollege zur Aufnahme der Statistik nicht ein einziger Unternehmer tarifmäßigen Lohn. Nach der Zeit zahlten zwei Arbeiter, die dem Arbeitgeberverband angehören sollen, den Tariflohn an die Maurer; aber nicht an die Bauarbeiter. Die Unternehmer Kademacher und Osterlein, die mit unorganisierten Mauern und Hilfskräften arbeiten, zahlten für Maurer  $40-50$   $\text{M} 30$ , für letztere  $30-34$   $\text{M} 30$  pro Stunde. Auch waren Steiergänge, Klüftungen, Abdeckungen, Bauenden und Aborte mangelhaft oder fehlten gänzlich. Pflicht der Kollegen ist es, die bei obigen Unternehmern arbeitenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen und auch sie der Organisation zuzuführen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Kollege Schulze als erster Vorsitzender und Kollege Andr. Stein als Kassierer gewählt. Auf Anregung des Vorsitzenden wurden den Hilfsleistern und Kolportieren  $2$   $\text{M} 30$  von den verkauften Marken bewilligt. Von der Gründung einer Zählstelle in Wettwig wurde vorläufig noch Abstand genommen. In „Verschiedenes“ erludete der Vorsitzende die Mitglieder, dahin zu wirken, daß die Versammlungen besser besucht würden. Mit einem dreifachen Hoch auf das Wähnen und Weibchen des Zweigvereins wurde die Versammlung geschlossen.

**Niedriger hängen.**

In Nr. 6 der „Baugewerkschaft“ beruht der Zentrumschrift Leo Weiler, in recht inamer Weise meine Person zu verächtigen, indem er es so darzustellen versucht, als hätten wir bei der Streitabrechnung nicht richtig gehandelt. Den Schwarzgen ist es sehr gut bekannt, daß wir für Lieberzahlung des Söner Bahnhofs allein  $\text{M} 121$  ausgegeben haben, und das Kollege Schäfer, der drei Tage in Jagau war, ebenfalls  $\text{M} 25$  erhalten hat. Diese Summe  $\text{M} 146$ , kommt annehmend bei ihnen gar nicht in Betracht. Dazu noch  $\text{M} 7$  für Fernhaltung des Zugzuges, macht in Summa  $\text{M} 153$ , von  $\text{M} 194$  subtrahiert, bleibt Rest  $\text{M} 41$ . Diese Summe könnten sie eventuell ausgegeben haben, doch auch sie dürfte noch zu hoch sein; denn sie haben meines Wissens nur jemand nach Söln und nach Dortmund geschickt, wofür etwa  $\text{M} 23$  ausgegeben sind. Wörtlich ist wirklich die Ausrede mit der schnellen Abrechnung, wodurch die an mich gezahlte Summe von  $\text{M} 24,65$  nicht in der Abrechnung vorhanden ist. Doch warum buchten die Christen denn statt  $\text{M} 62,15$  nur  $\text{M} 47,45$ ? Doch wahrscheinlich deshalb, weil eben nicht mehr ausgegeben war. Der Zentrumschrift, Kollege Weiler, war selbst bei mir auf dem Bureau und mußte zugeben, daß die  $\text{M} 39,30$  nicht unter Streifenunterstützung gebucht sein könnten, daß ihm die Streitabrechnung selbst ein Mittel sei. Die Sache kam mir sofort verdächtig vor. Denn am 30. November schrieb ich bereits an Weiler, er möge mir die Ausgaben, die sie für Fernhaltung des Zugzuges ausgegeben hätten, angeben; statt dessen kam etwa 14 Tage später der Kollege Weiler, aber ohne ihre Ausgaben mitzubringen, ich legte diesem sämtliche Einzelquittungen vor. Etwa 14 Tage später legte der Kollege Weiler auch seine Ausgaben vor, aber keine Einzelquittungen, sondern die Ausgaben waren auf einer Liste zusammengezogen, so daß eine Prüfung meinerseits einfach unmöglich war.

Weiter fragen die Christlichen nach den  $\text{M} 7$ , worüber der Maurerverband angeblich keine Auskunft geben konnte, zu welchem Zweck dieser Betrag verausgabt sei. Hierzu sei bemerkt, daß diese Summe für Fortschaffung von vier Zugerechten nach Dortmund ausgegeben ist. Bemerk sei ferner, daß der Zentralverband die ganzen Einzelquittungen vorlegte und es nicht so machte, wie der christliche Verband, der statt der Einzelquittungen nur eine Liste, auf der die Ausgaben zusammengedogen waren, vorlegte. Es wird also wohl stets ein Geheimnis des christlichen Verbandes bleiben, wo die  $\text{M} 39,30$ , die in der Streitabrechnung fehlen, gebucht sind. Das bringt auch nur ein christliches Genie fertig, eine Abrechnung über einen Streik zu veröffentlichen und dann bei Montias zu erklären, ja, die fehlende Summe ist an ganz anderer Stelle gebucht. Eine nette Durchführung.

Zu dem Terrorismusfall wollen wir bemerken, daß un Romat November der Verbandskollege Will. Elcgrath gezwungen wurde, wenn er am Postenbau weiterarbeiten wolle, in den Zentrumsverband einzutreten. Im Monat Dezember fragten die Kollegen Wittesfeld, Gante und Nieme um Arbeit an; der Polier wollte sie nur unter der Bedingung einstellen, daß sie in den christlichen Verband eintreten würden, was die Kollegen natürlich ablehnten. Daß der Polier nicht der schuldige Teil ist, geht schon daraus hervor, daß er im vorigen Jahre Mitglieder von uns beschäftigt hat. Wenn dort heute Kollegen von uns arbeiten, so ist das erklärlich; denn es ist ja die bekannte Taktik der Gelben, die für „Wahrheit“ und „Recht“ streiten, daß sie es nachher nicht gewesen sein wollen.

**Morth Duns.**

**Zur Frage der Agitation unter den Italienern.**

Nicht alle unsere Lohnbewegungen enden mit einem annehmbaren Erfolg. Wie alle Jahre, so waren auch in diesem Jahre Streiks zu vergehen, deren Ausgang man nicht als einen Erfolg anpreisen kann. Die Ursachen der Mißerfolge können nun sehr verschiedenartig sein. Zudest sind sie bei unserer heutigen tattischen Erfahrung weniger in unglücklichen Verhältnissen des Arbeitsmarktes zu suchen. Wo heute ein Streik scheitert, da liegt die Ursache lediglich entweder in den Organisationsverhältnissen oder in dem Zug arbeitssüchtiger Elemente. Fehlen die Streikbrecher, dann kann ein Erfolg eigentlich überhaupt nicht ausbleiben. Diese Tatsache hat seit jeher unserer Agitation die Direktheit gegeben. Immer weniger und kleiner werden die Gebietsteile, die den baugewerblichen Unternehmern Deutschlands die Streikbrecher liefern, weil die Organisation mit Fleiß darauf bedacht ist, besonders die Landes- teile zu belegen, die sich darin besonders hervorheben. Aber in demselben Maße, wie sich für die Unternehmer die Möglichkeit verringert, Streikbrecher in großer Anzahl aus dem Lande selbst anzuzuerwerb, trachteten sie danach,

Ihren Bedarf nach diesen besonders nützlichen Elementen durch Heranziehen ausländischer Arbeitskräfte zu bedenken. Besonders kommen hierbei die italienischen Bau- und Steinarbeiter in Betracht.

Giebt es auch in Deutschland, dann der Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klasse, noch Kaufleute von Arbeitern, die sich nicht fast essen können, so ist dies in dem gänglich im Jahre des Klerus liegenden Italien in noch weit härterer Weise der Fall. Wohl kein Land der Erde hat relativ so viel überschüssige Arbeiter aufzuweisen, wie Italien. Regeldichte Werbesteuern und auf dem Lande herumreisende Agenten tamen nach der Enttöndung Deutschlands zum Industriestaat auf, um die überschüssigen Arbeiter nach Deutschland zu locken. Der Zugang aus Italien wurde mit der Zeit so stark, daß gegenwärtig 20 bis 25 000 fangeverweilte Arbeiter aus Italien in Deutschland beschäftigt werden. Der nun schon Gelehrtheit gehabt hat, das Leben dieser Armen kennen zu lernen, muß das fassliche Wort von der Bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter in höherem Maßstabe auf die Italiener anwenden. In kurzen Umrissen sei hier das Leben und Treiben jener Kollegen geschildert. Individuelle Anlagen werden von ihnen mit Vorliebe als Arbeitsplätze aufgesucht. Eine Anzahl Antreiber, die der Sprache mächtig sind, sorgen dafür, daß der Unternehmer nicht zu kurz kommt. Diese Antreiber sind die schlimmsten Feinde ihrer Kameraden, die dies aber nur sehr schwer begreifen. Die gewöhnlich recht lange Arbeitszeit läßt ihnen ja auch keine Zeit zum Nachdenken. Der Verdienst in der Heimat der Italiener schwankt zwischen 2-4 Franken. Ausgenommen sind die Städte, wo durch die Verbände höhere Löhne erzwungen worden sind. Ein Kollege aus der berühmten Provinz Udine erzählte, daß dort ein Lohn von 1 Fr. = 80 s für den Tag schon viel wäre. Nun ist es leicht erklärlich, daß wo hier 4-6 verdient werden, der Gewand des Vielverdienenden jeden anderen an die Seite drückt, und daß je dieser Gewand auch sehr willig macht. Unter Umständen auch „arbeitswillig“, man braucht bloß an Bromberg, Bremenhafen und andere Orte zu denken, wo italienische Streikbrecher mit der Unterstützung der Polizei die Bewegung erdrückten. Nun bleibt die Frage, wie diesem systematischen Streikbruch des übergroßen Teils der Italiener zu steuern ist? Mögen sich die italienischen Kollegen, die heute schon ihre Arbeiterpflicht voll erfüllen, nicht beleidigt fühlen, aber es ist, so traurig es auch klingen mag, eine Aufgabe, daß diese Streiks durch die italienischen Streikbrecher verloren gehen. Die Antwort auf obige Frage ist leicht gegeben: sie heißt Organisation. Aber die vielen Versuche, die schon zur Organisation der Italiener gemacht wurden, haben kein betriebliches Resultat gezeigt. Die Agitation in der Heimat dieser Wanderer erfolgt durch große Kosten und ist doch nicht so durchschlagend. Auch ist ein sehr großer Teil während des Winters in Deutschland. Die Arbeiter, die während des Sommers durch Zufall einmal dorthin kommen, wo die Italiener arbeiten können nicht wesentliches leisten; der beste Agitator ist der Sollege am Bau. An jeder Fühling mit den betrogenen Arbeitern wird es leicht sein, ihre Freundschaft zu gewinnen. Man wird die Kollegen in ihren Wohnungen besuchen und etwas plürieren; denn dies ist ein Lieblingsstudium jedes Italieners. Die Sprache macht nicht unüberwindliche Schwierigkeiten, wenn unsere deutschen Kollegen bloß lernen wollen. Kann man auch nicht den richtigen Ausdruck finden, die Herzen verfehlen sich doch. Ist der Boden nun genügend vorbereitet, dann läßt man die Kollegen zu einer Versprechung ein und bestelle, wo es irgend möglich, einen der Sprache kundigen Redner. Nun lautet wohl die Frage auf: Ja, wer soll denn das alles tun? „Ich gebe nicht aus der Stadt hinaus, wo ich doch mehr verdienen, wie auf dem Lande bei den Stowaken!“ so hört man öfter unsere Kollegen sprechen. Dies ist gänglich verkehrt. Wo bleiben dann unsere Grundzüge? Jeder soll Agitator sein, wenn man auch auf dem Lande ein paar Pfennige weniger verdient, so muß und doch die Opferfreudigkeit bestimmen, es doch zu tun. Die Anwesenheitspflicht der Stadt sollten uns nicht so schon sein, um deswegen etwas mehr als Gutes zu unterlassen. Unserer Organisation werden wir „Jungen“ große Dienste leisten, wenn wir uns mehr auf das Land verteilen. So groß ist doch das Opfer nicht, und wie schön Gefühl muß es für die jungen Kollegen sein, wenn sie sich sagen können: dies Gebiet habe ich für die Organisation erschlossen.

Außer dem Opfermut kommt nun noch eins in Betracht: Wissen und Kenntnis von der Arbeiterbewegung. Bei der Konturrenz, die uns neuerdings die „Christen“ bei den Italienern machen, weiß man bei unseren Italienern auf die Enghirte des XIII. hin, die das Streiten verbietet, aber das Hungern gestattet, und unterlasse nicht, die nahe Verwandtschaft der „Christen“ mit dem Klerus ins rechte Licht zu setzen. Die Sympathie für letztere ist bei den italienischen Arbeitern überhaupt nicht sehr groß. Wenn auch Herliche Blätter die Gegenbeweise zu bringen versuchen. Die Zahlen beweisen. Die Verdrücktheit, die der Hr. Bomanelli im Bremerhavener Streik spielte, ist wohl auch in gutem Gedächtnis. Der Güter Kongreß hat sich ja auch mit der Italienerfrage beschäftigt; doch bestimmtes planmäßiges Handeln bis die Zukunft hat der Kongreß nicht beschlossen. Die 8000 Flugblätter über die Rede des Genossen Gambini im Parlament, die von der Generalkommission der Gewerkschaften, die mit Italienern zu tun haben, zur Verfügung gestellt wurden, waren aber doch zu wenig. Der größte Teil hatte nur solche erhalten. Wenn nun im Frühjahr die Kollegen wiedertreten, so würde ein gründliches Flugblatt in italienischer Sprache fider am Platze sein. Die wirksamste Agitation wird wohl die Bautenagitation bleiben oder auch der oben geschilderte Weg in die Wohnungen unserer Kollegen. Beide Arten Agitation haben freis Erfolg. Nur an uns liegt es, daß viele Kollegen zu feige sind, ihre Kraft für das Allgemeine einzusetzen. Goffen wir aber, daß sich dies bessert, namentlich der Jugend soll dies gelte. Die langen Abende geben uns jetzt noch Gelegenheit zum Studieren. Dabei wäre es sehr angebracht, wenn an den Diskussionsabenden die Agitation unter den Italienern mehr erörtert würde; bei einigen Kollegen haben die Anweisungen zur Landagitation doch Erfolg. Wenn

die Saison wieder beginnt, müssen sich unsere ledigen Kollegen in kleinen Trupps unter die Italiener mischen, d. h. mit ihnen zusammenarbeiten. Gar bald werden sie ihre helle Freude an den Erfolgen der Agitation haben. Zum Schluß sei noch ein Beispiel angeführt, wo es einige ganz junge Kollegen fertig brachten, in der Zeit von acht Wochen über die Hälfte der am betreffenden Bau beschäftigten Italiener zu organisieren. Es war am Bau der Dungensteinfall in Warstein im Sauerland, wo auf die hier geschickte Weise agitiert wurde. Und was, kann man nicht alles im Umgang mit den Italienern zur Benutzung bei der weiteren Agitation lernen! Befehliche Erfolge werden wir auch dieses Jahr erringen, wenn unsere Kollegen auf dem Posten sind. Oder sollen wir uns von den „Christlichen“ beschämen lassen? Im Jahre 1903 sprach Wömelburg nach seiner Wahl in Dortmund die schönen Worte: „Euch Jungen gehört die Zukunft.“ Wohlan, Kollegen, nachen wir es zur Tat, indem wir in diesem Sinne handeln und unseren Mitkollegen aus dem Süden das wahre Evangelium predigen. Nutzen wir die Wintermonate durch wirrige Studien gut aus, damit uns der Sommer geföhelt findet. Leo Vogt.

### Zentralkrankenkasse

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 4. bis 10. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Garburg 800, Wilmersdorf 200, Halbe 100; Summa M. 1100.

Zulüsse erhielten: Altdorf M. 500, Wemel 300, Jahnrd 300, Ralsbach 250, Worms 200, Fainbach 150, Nassenfeld 150, Trebitz L. d. Neumart 150, Drilich 100, Zebdenid 100, Leiblich 100, Schwedt 100, Eberfeld 100, Hofen 100, Genthin 100, Torgelow 100, Groß-Wodern 100, Schönhausen a. d. Elbe 80, Schwesinwer 55, Langendörren 50, Bärtsal L. Gissen 50. Summa M. 3115.

Altona, den 10. Februar 1906.

Karl Reich, Kassapflichter, Wilhelmstr. 57.

Charlottenburg. Eine am 4. Februar hier im Volks- hause tagende Mitgliederversammlung nahm den Rollenbericht vom 4. Quartal sowie die Jahresabrechnung entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhte die Versammlung das Ableben uneres Kollegen R. Wend in filder Weise. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von M. 7630,42 und eine Ausgabe M. 7138,31, Bestand M. 492,11. Aus der Jahres- abrechnung ist zu entnehmen: Bestand vom Jahre 1904 M. 1178,45, Eintrittsgelder M. 185, Beiträge der ersten Klasse M. 18 208,90, Beiträge der zweiten Klasse M. 6614,50, Extraleute M. 981,10, Nachzahlung M. 48,30, Mitgliederzinsen M. 42,40, am Verze- verband zurück M. 69, Straßberger M. 7,80, Straßbergerzinsen 80 s, zurückgezahltes Fahrgeld M. 12,15. Summa der Ein- nahme M. 26 647,90. Ausgabe: für ärztliche Behandlung M. 1945,25, für Arznei und Heilmittel M. 2940,84, Kranken- gelder der ersten Klasse M. 6738,96, der zweiten Klasse M. 2881,85, an Angehörige M. 749, Sterbegelder der ersten Klasse M. 420 an Krankenanstalten M. 2953,70, zurückgezahlte Beiträge M. 10,50. An die Hauptkasse gelangt M. 8800. Verwaltungsausgaben: persönliche M. 1896,29, sachliche M. 263,85, Kranenwagen und Drohnen M. 85,85. Summa der Ausgabe M. 26 647,90. Summa der Ausgabe M. 26 156,09, drüht Bestand am Schlusse des Jahres M. 492,11. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Kassier Entlassung erteilt. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt: G. Jannan, erster Kassierer, R. Becker, zweiter Bevollmächtigter, F. Grise, zweiter Schriftführer, N. Pohl, dritter Redator. Nach Erledigung einiger kleineren Angelegenheiten schloß der Bevollmächtigte die gut- besuchte Versammlung.

Samburg. Am 4. Februar tagte im Hofale des Herrn Maier, Spitalstr. 61, eine Mitgliederversammlung der Zentral- krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“. Vor Ein- tritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelebt. Die Abrechnung vom 3. Quartal 1905 ergab eine Einnahme von M. 10 859,36, der eine Ausgabe von M. 10 779,51 gegenübersteht. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von M. 8908,90 und eine Ausgabe von M. 9789,65. Die Abrechnung der Sterbegelder ergab im 3. Quartal eine Einnahme von M. 187,70 und im 4. Quartal eine Einnahme von M. 188,66, der eine gleiche Ausgabe gegenübersteht. Aufstehend an die Quartalsabrechnung gab der Kassier folgenden einen Überblick über die Kassen- verhältnisse von 1904 und 1905 (die Zahlen in Klammern gelten für 1904). Gesamtjahreserinnahme der Filiale M. 88 674,87 (84 186,25). Die einzelnen Ausgaben verteilten sich wie folgt: Verband freier Kassen M. 6895 (6015), Krankengeld erster Klasse M. 3588 (3302,40), zweiter Klasse M. 8000 (8970), dritter Klasse M. 9 (61), Sterbegeld in 12 Fällen M. 1210 (1680), Krankengeld an die Angehörigen Erkrankter M. 770,07 (883,85), Kurz- und Vorgesetzten an Krankenhäuser M. 4037,50 (4236,82), für Kranken- transporte M. 875,42 (281,08), für die sanitäre Verwaltung M. 2457,93 (2167,98), an die Hauptkasse abgeliefert M. 11150 (6000). Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres M. 442,05 (449,62). Die Kassenbestände betrafen sich auf 7270 (7670), die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Kran- kenfälle betrug 1120 (1100). Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1420 (1201). Der Kassier bemerkte noch, daß unsere Filiale an Mitgliederzahl zwar nur klein sei, sie habe aber doch einen ziemlich erheblichen Ueberschuß aufzuweisen und müßte demnach als eine gute Stütze der Gesamtkasse gelten. G. Wehn, als Redator, wurde bekannt, daß im ganzen 61 Revisionen, vier Quartals- und sieben unter- hoffte Revisionen, stattgefunden hätten, wobei aber alles in better Ordnung befunden wurde. Bei der halbjährlichen Er- neuerung der örtlichen Verwaltung wurde U. Feddersen als erster Kassierer, C. Hugo als zweiter Bevollmächtiger, W. Saitler als zweiter Schriftführer und G. Wehn als Redator gewählt. Hierauf erstattete U. Schulze den Bericht über den Verband freier Kassen. Nach Verlesung der Abrechnung von demselben und nach Erläuterung der in der letzten Versammlung ge- schlossenen Verhandlungen entspann sich hierüber eine ziemlich lebhafte Debatte. Es wurde gewünscht, dahin zu wirken, daß die verschiedenen Bezirke einer Neuerteilung unterzogen, resp.

die Zahl der Bezirke in einzelnen Bezirken vermehrt werden, ferner seien die Unbequemlichkeiten bei Konsultationen von sog. Spezialärzten abzuheben. Der Bevollmächtigte legte den Mit- gliedern nochmals ans Herz, auch in diesem Jahre recht fröhlich für den Beitritt in unsere Kasse „Grundstein zur Einigkeit“ hauptsächlich unter den jugendlichen Kollegen zu wirken und immer wieder neue Mitglieder zu werben. Mit einem Hinweis auf die gute Grundlage der „Einigkeit“, „Grundstein“ und der Aufforderung zum Beitritt in diese Kasse wurde die sehr gut besuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeitergeh, Submiffionen etc.

(Die Bauseinsparungsvereine werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Besitz befindlichen Anfälle, mit kurzer Anführung der Gesetz- umstände und der übersehbaren Folgen, umgeben an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anfallen resultierenden Verdrück- verhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeitergehbestimmungen und über Submiffionsergebnisse.)

Düsselb. Hier ereignete sich in der vergangenen Woche ein schwerer Unfalls, indem auf dem Müll- neubau am Hafen (aufgeführt von der Firma Schmidt) ein Gerüst einstürzte. Es wird darüber berichtet: Die Maurer hatten sich ein Gerüst auf der Wallenlage errichtet. Ein Wechselballen, der vorzüglich nur probatorisch durch ein von oben aufgenageltes Brett mit den Wällen verbunden war, gab der Last nach. Die angebrachte Stütze war von jemandem darunter fortgenommen worden. Das Gerüst mit dem darauf stehenden Volier, Zimmermann und vier Hilfsarbeitern stürzte in die Tiefe. Alle Verunglückten trugen schwere Verletzungen davon, so daß sie vermittelst Krankenwagen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Der Volier dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Unglücksfall wäre nicht so schwer gewesen, wenn die unterste Wallenlage abgedeckt war, wie es die Baubereitschaft genossenschaft vorseht. Denn darin konnten die Arbeiter statt 8 m nur 4 m fallen und wären auch nicht im Fallen auf freilegende Balken aufgeschlagen.

Merseburg. Dienstag, den 6. Februar, fiel der Kollege Karl Pant beim Fügen am Bau des Zimmermeisters Wöblich in Ammendorf aus der zweiten Etage und verlegte sich derart, daß er nach Halle ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß es an den nötigen Schutzvorrichtungen fehlte.

\* Zum Submiffionswesen. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat kürzlich im Eisenbahnverordnungs- stalt die neuen Submiffionsbestimmungen bekannt gegeben, die für die Vergütung der Staatsaufträge in Zukunft maßgebend sein sollen. Es soll bei der Auswahl der Bewerber um aus- geschriebene Leistungen und Lieferungen künftig nach Möglichkeit geschwelt und dabei die ortsangehörigen Gewerbe- treibenden vorzugsweise berücksichtigt werden. Dann heißt es: Die niedrigste Geldforderung als solche darf für die Aufschreibung über den Zuschlag keineswegs den Aus- schlag geben; der Zuschlag darf nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die nötige und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Leistung um, gewährleistendes Gebot erteilt werden. Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern die erforderliche Sicherstellung bieten. Bewerber, von denen den aussehreibenden Behörden bekannt ist, daß sie ihren Vertragspflichten bei der Krankheit, Unfall- und Invaliden- versicherung nicht nachzukommen pflegen, sind ausgeschlossen. Berechtigtenfalls sind die Handwerks-, Handels- oder Landwirt- schaftskammern um Auskunft über die Leistungsfähigkeit der Bewerber zu eruchen. Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind zunächst von den Produzenten zu beziehen. Von den Hand- werkern sollen die mit dem Meisterstück bezugsfähig werden.

Die bei den Staatsbetrieben zum Betriebszweck ergebene Rhythmacherei wird schon dafür sorgen, daß alle diese schönen Bestimmungen recht wenig helfen. Das die mit dem Meisterstück imprägnierten Handwerker bezugsfähig werden sollen, ergehen im gegenwärtigen Augenblick ja verhältnißlich. Sachlich erachtet ein solcher Standpunkt allerdings wenig gerechtfertigt; denn, daß auch der Meisterstück seinen Inhaber nicht gleich zu einem wichtigen Fachmann macht, ist doch klar. Er verdirgt auch keineswegs immer eine solche Ausführung; der Unternehmer lange in Gesehenhabe, der am dortigen Krankenhausbau seine staunenregenden Rüststücke vollbracht, ist auch nach allen Regeln der Kunst gerath, und doch hat er schamlos gepulst. Man sollte sich doch auch in amtlichen Kreisen von diesem Vorurteil frei machen.

### Polizei und Gerichte.

\* Das Koalitionsrecht in Ostpreußen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß in ganz Ostpreußen die Behörde das Koalitionsrecht der Arbeiter dadurch verflümmert, daß sie Saalabtreibungen in großem Stile betreibt, so daß in wenig Orten Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen; aber damit noch nicht genug, mit Argusaugen überwaht die Behörde jede Zusammenkunft der Arbeiter beim Glase Bier; ständig wittert sie die Revolution. Bloß einige Beispiele aus neuester Zeit, wie die Behörde vorgeht.

Am 21. Januar (es mag dies vielleicht ein unglücklicher Tag gewesen sein) hatte Kollege Krieze aus Königsberg in Wehla u die dortigen Kollegen zu einer Versprechung geladen; es lag ihm ganz fern, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Trotzdem war wohl ein Duzend Bedenken aus der Umgegend nach Wehla zusammengezogen, und diese sollten in Gemeinschaft mit der dortigen Polizeimacht dies Verbrechen hintertreiben. Als man trotzdem ruhig in einer Wirtschaft blieb und die Vertreter der Behörde sämtlich draußen standen, sagte sich ein Beamter und ging zum Wirt. Was er dort gemacht hat, wissen wir nicht, können es aber erraten. Die Folge war, daß der Wirt den Kollegen das Lokal verbot. Und nun war der Staat gerettet. Der Wirt der Versprechung war aber durch diese Maßnahme durchaus nicht vertriebt.

In Porzitten, einem Dorf bei Insterburg, war eine Versprechung arrangiert. Zwölf Wenden waren nachten

Hier über das Wohl und Wehe unserer Kollegen. Hier waren die Herren aber bedeutend anfälliger, denn sie haben die Besprechung durchaus nicht gestört; es mag ja auch sein, daß der Witz seine Stunden nicht hinauszusetzen wollte.

In Zinten fand am 4. Februar in einem Lokale die Geburtstagsfeier eines Kollegen statt, wozu wohl ein Duzend Kollegen anwesend waren. Als sie in bester Stimmung waren, erschien das Püde des Gesehes in Gestalt eines Schuymannes und löste die „Versammlung“ auf. Als Kollege Kriele ihn darauf aufmerksam machte, daß Geburtstagsfeier doch keine öffentliche Angelegenheit sei und folglich nicht angemeldet zu werden brauche, meinte der gestrenge Herr: „Die Versammlung löse ich auf, Sie können aber noch ruhig zusammenbleiben“ und Ihr Glas Bier tranken. — Der Mann hat eine ganz besondere Geseheskenntnis.

Aber auch in der Haupt- und Residenzstadt Königsberg (der Stadt der reinen Vernunft!) steht es im Punkte „Sozialisationsrecht“ noch nicht anders aus. Aus „hauptstättlichen“ Gründen wurden im Laufe des Jahres 1905 einige Lokale für unsere Versammlungen verboten. Aber auch bei harmlosen Vortragsbesprechungen ist es schon vorgekommen, daß auf einen Wink des Internehmers vier Polizisten erschienen, die denn auch der Meinung waren, daß eine Vortragsbesprechung angemeldet sein müßte.

Am 5. Februar hielt der Genosse Carunkles eine Besprechung in Traugottstraße ab. Nachdem auch hier keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert wurden, wurde die „Versammlung“ von drei Polizisten aufgelöst. Und Carunkles wurde, trotzdem er sich legitimieren konnte, nach der Wache gebracht, um seine Personalien festzustellen. Es wurde ihm hier die Verhaftung angekündigt, falls er nochmals nach dem Lokal zurückkäme.

Dies sind nur einige Beispiele. Es würde zu weit führen, wollten wir alle Scherereien anführen. Die Kollegen können aber hieraus erkennen, daß wir in Döppreußen im Vergleich zu Ausland eigentlich noch zurück sind.

Streikfänger freigesprochen. Wegen Streikvergehen (§ 153 der Gewerbeordnung) hatten sich am 7. Februar vor dem Schöffengericht Düsseldorf die Maurer Louis Sieck, Wilhelm Friedrich und Hubert Schmitz sowie die Arbeiter Conelius Schuener und August Schmitzberg zu verantworten. Die betreffenden arbeiter, als die Maurer und Bauarbeiter bei der Hochbaugesellschaft freitaten, am Neubau des städtischen Krankenhauses bei dem Unternehmer Scharf. Die Angeklagten sollen während der Mittagspause in die Baubude der Hochbaugesellschaft am Krankenhausneubau gekommen sein, um zwei Maschinen und einen Feiger durch Drohungen zu veranlassen, die Arbeit niederzulegen. Die Herren gaben an, daß die Angeklagten sie als Streikbrecher bezeichnet hätten. Des Weiteren will einer von den Zeugen von den Angeklagten ins Gesicht gespielen worden sein. Die Angeklagten gaben zu, versucht zu haben, die Zeugen zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, jedoch hätten sie dabei weder Drohung noch Gewalt angewandt. Der Anwalt beantragte für jeden drei Tage Gefängnis, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Westhaus, plädierte für Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach sämtliche Angeklagte frei. Die Kosten wurden der Staatskasse aufzuerlegt.

**Verschiedenes.**

Ein Arbeiterbudget. Ein Dresdener Maurer sendet uns sein Haushaltsbudget für 1905 zu. Seine Einnahmen sehen sich wie folgt zusammen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: 1894 Stunden, pro Stunde durchschnittlich M. 0,525 = 789,21; Bel anderer Beschäftigung verdient = 591,40; Rente und Dividende vom Konsumverein = 88,44; Abgehobene Ersparnisse = 80; Sonstige Einnahmen = 26; Verdienst der Frau = 89,81. In Summa M. 1507,86

Demgegenüber stehen an Ausgaben:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Brot und Fleischwaren 264,17; Butter u. Schmalz 234,12; Zucker 35,18; Kartoffeln u. Gemüse 104,75; Kaffee und Kakao 39,20; Serringe und Fische 20,10; Käse 11,60; Milch 33,17; Gewürz 16,82; Essig und Del. 10,16; Eier 12,63; Bier 18,92; Mehl 34,18; Obst und Beeren 21,10; Seife, weiche Wäsche und Wangeln 24,12; Beleuchtung 16,86; Tabak und Zigarren 46,28; Taschengeld f. d. Mann für Zubrot, Bier etc. 256,13. Summa M. 1426,74. Bilanz: Einnahme M. 1507,86; Ausgabe M. 1426,74; Ueberschuß M. 191,11

Der Kollege mußte insgesamt 81 Tage und 84 Stunden feiern. Davon entsaßen auf die verschiedenen Ursachen: Wegen Arbeitsmangels 11 Tg. 7 Td.; wegen schlechter Witterung 16 Tg. 1 Td.; wegen Materialmangels 1 Tag, wegen persönlicher Angelegenheiten 2 Tg. 9 Td. Trotz alledem hatte er am Jahresabschluss einen Ueberschuß von M. 19,11 aufzuweisen. Bei näherer Beschäftigung der einzelnen Posten bewirkt dieser Ueberschuß freilich bald, und es tritt zum Vorschein, daß unser Kollege eigentlich mit einem Defizit abgerechnet hat, denn er hat ja von seinen Ersparnissen M. 30 abgeben müssen. Aber auch das kann noch so ungefähr vorhandene Gleichgewicht wird nur hergestellt durch die Erwerbstätigkeit der Frau. Würde die Frau nicht so fleißig bei der Erwerbung des Lebensunterhaltes beigetragen haben, so hätte das Defizit jetzt M. 100 betragen. Und dann sehe man sich die wöchentlichen Ausgaben an! Muß denen gegenüber nicht alles schamlose Gerede von der „Genüßsucht“ der Arbeiter verstummen! Fürwahr, so ein Arbeiterhaushaltsbudget beleuchtet die Mißere des heutigen Arbeiterlebens besser, als alle noch so „aufreizenden“ Artikel. Es ist unseren Kollegen gar nicht genug zu empfehlen, über ihre Einnahmen und Ausgaben genau Buch zu führen; es ist ein höchst Anschauungsunterricht in der Volkswirtschaft.

**Eingegangene Schriften.**

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), 20. Heft des 24. Jahrgangs. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 A.

**Briefkasten.**

Königsberg i. Pr., K. Seit Jahren ist es bei uns üblich, in den Verammlungsberichten nur die Namen der ersten Vorgesetzten und Kassierer der Neuwahlen zu veröffentlichen. Von dieser guten Sitte werden wir uns auch dann nicht abbringen lassen, wenn sich einige Kollegen, deren Namen nicht mit bekannt gegeben wurden, obgleich sie auch zum Zweigvereinsvorstand gehören, in ihrer Ehrlichkeit verletzt fühlen sollten. Es würde doch gar zu weit führen, und dem Namen unseres Vorgesetzten sehr beeinträchtigen, wenn wir bei Neuwahlen alle Namen der Verbandsfunktionäre in sämtlichen Zweigvereinen nicht den dazu gehörenden Pastellen veröffentlichen wollten; und Ausnahmen können wir nicht machen.

Es ist die Abkürzung des lateinischen Wortes circa (Nähe) ist. Die Abkürzung ist übrigens nur beim Schreiben üblich, beim Lesen wird das Wort stets voll ausgesprochen. Es bedeutet soviel wie ungefähr.

Eingehalten, Fr. W. Derartige Angelegen können wir nicht aufnehmen.

Ein, Weintrich. Ihre sonst recht anschauliche Schilderung der Mißstände auf den Bauten eignet sich in dieser Form nicht zum Abdruck.

Wittenberge, J. Ihre Angelegenheit ist doch wahrlich nicht von solchem Interesse für die Allgemeinheit, daß sich der Abdruck Ihrer Aufsätze damit rechtfertigen ließe. Solche dringlichen Scherereien können nur am-Die selbst behoben werden. Uebrigens, da die letzte Verammlung des Zweigvereins den angelegenen Beschluß annulliert hat, was wollen Sie mehr? Der Vorstand ist hier damit zufrieden.

Geleitkirchen, J. S. Unter anständigen Menschen ist es Sitte, daß man das bezahlt, was man gekauft hat, selbst wenn inzwischen Verjährung eingetreten sein sollte, was in Ihrem Falle übrigens gar nicht einmal zutrifft.

Bremen, S. L. Wenn Sie nicht nachweisen können, daß Ihr Einkommen für das Jahr, für das Sie Steuerzahlen sollen, M. 900 nicht übersteigt, so müssen Sie den Teil der Steuer bezahlen, der auf den Zeitraum von drei Monaten entfällt. Wie hoch der Satz bei einem Einkommen von M. 1600 ist, können wir nicht sagen, da wir die Scala im Augenblick nicht zur Hand haben.

Wittgenbach-Kattowitz, R. A. Kein Mensch hat nötig einen Arzt für seine Verdienste nochmal zu honorieren. Aber man muß durch Qualität nachweisen können, daß dies schon einmal geschehen ist. Wenn Sie Ihre Sache klar sind, können Sie es ruhig auf eine Frage antworten lassen. Besser ist es aber wohl, Sie teilen dem Zeitschriftenredakteur mit, daß Ihre Frau das Honorar schon im Jahre 1901 bezogen hat.

Berlin, Fr. B. Der Verlust kam so spät, daß er selber nicht mehr mit zu bringen war. Er kommt jedoch in der nächsten Nummer zum Abdruck; für diesmal muß schon das genügen, was wir aus der sonstigen Korrespondenz zusammengestellt haben.

**Anzeigen.**

**Pasewalk.** Central-Krankenkasse. Der Kassierer Albert Schultz wohnt Kieferstr. 4. [M. 1,50]

**Bochum.** Das Bureau des Zweigvereins ist jetzt: Weimelhauserstr. 40. Der Vorstand: J. M. G. u. H. B. i. e. [M. 1,20]

**Rostock.** Vorsitzender des Zweigvereins ist jetzt Hermann Erdmann, Waldemarstr. 14; Kassierer Carl Bünz, Luisenstr. 6, part. [M. 1,50] Der Vorstand.

Der Maurer Albert Hallmann, früher in Gardelegen, Verb.-Nr. 291 912, wird ersucht, seine Adresse an den Maurer Ehr. Kopp in Gardelegen zu senden. [90 A]

**Gesucht**

wird der Maurer Thomas Adamowitz, geboren am 18. Dezember 1853 zu Schöffen, Kreis Ruit, wegen Sterbefalls und kirchlicher Angelegenheiten. Da er weder schreiben noch lesen kann, so bitte ich die Kollegen, ihn darauf aufmerksam zu machen. Mitteilungen sind zu richten an Grundkowi, Gärtnstr. 11, Maringerstraße Nr. 2. [M. 2,40]

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbefälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

Berlin. Am 30. Januar verstarb unser Mitglied Hermann Plez im Alter von 47 Jahren an Speiseröhrenverengung. — Am 1. Februar verstarb ebenfalls an Herzschlag unser Mitglied Karl Nier im Alter von 48 Jahren. — Am 5. Februar verstarb unser Kollege Wilhelm Thiem im Alter von 86 Jahren an Herzschlag. — Freitag, den 9. Februar, verstarb an Lungenleiden unser irerter Mitglied und früherer zweite Vorsitzende Paul Bardoaner im Alter von 57 Jahren. — Am 6. Februar verstarb unser Verbandsmitglied, Kollege Otto Rothe aus Niedrau, im Alter von 84 Jahren an Lungenemphysem. — Am 6. Februar verstarb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege Karl Heibig aus Weidenborn im Alter von 66 Jahren. — Am 28. Januar verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege Carl Schade an Lungenarterienleiden im Alter von 45 Jahren. — Am 8. Februar verstarb unser Mitglied Friedrich Wille im Alter von 87 Jahren an Lungenemphysem. — Am 9. Februar verstarb das Mitglied Hermann Wittke im Alter von 46 Jahren an Magenkrebs. — Am 8. Februar verstarb infolge eines Schlaganfalls unser irerter Verbandskollege Adam Amstiller im Alter von 60 Jahren. — Am 9. Februar verstarb nach langem, schweren Leiden unser Kollege Karl Haselmann im Alter von 45 Jahren an Kehlkopfemphysem. Er war Mitglied unserer Zählstelle. Wir vermissen in ihm einen sehr treuen Kollegen. — Am 30. Januar verstarb der Kollege Gustav Kambach, 43 Jahre alt, an Gehirnleiden. — Am 30. Januar verstarb infolge eines Baumwurzels unser Mitglied Frdr. Baumbach im Alter von 22 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

**Hermisdorf i. M.**

Erster Vorsitzender ist jetzt: August Grothe, Hermisdorf i. M., Seebadstr. 42; erster Kassierer: Gustav Rühle, Hermisdorf i. M., Berlinerstr. 76. [M. 1,50]

**Güsten.**

Samstag, den 25. Februar, Abends 8 Uhr: \* Stiftungsfest \* im Saale „Deutsches Haus“. Alle Kollegen des Zweigvereins Güsten und Umgebung werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

**Würzburg.**

Samstag, 25. Februar (Fasnacht), Nachm. 3 Uhr: Familienunterhaltung mit Tanz im Vereinslokal „Maltheser Ritter“. Alle Kollegen vom Zweigverein Würzburg und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.

**Verammlungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden alle Verammlungen der b. m. Verammlungs-tage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Verammlung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unsere Hände sein.)

Verbandsverammlungen der Maurer. Bitterfeld. Die regelmäßige Mitgliederversammlung 18111 Sonntag, den 19. Februar, 4 u. 8. Sonntag, den 18. Februar. Bergedorf. Nachm. 4 Uhr in Baummanns Gasthof. Tagesordnung: Unterhaltend. Croppanstedt. Nachm. 4 Uhr in der „Montage“. Cunnersdorf. Nachm. 8 Uhr. Referent: Kollege Ruppel aus Grotta. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Orlesan. Nachm. 7 1/2 Uhr im „Mitternachtskeller“. Referent amnest. Wichtige Tagesordnung. Erklären aller Kollegen ist notwendig. Friedersdorf. Nachm. 1 Uhr bei Baetz. Regelung des Bergwerks und Bergarbeiterlebens. Alle Kollegen müssen pünktlich erscheinen. Konitz. Im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen. Kronach. Nachm. 8 Uhr im „Bayerischen Hof“. Z. D.: Vortrag des Kollegen Schmitz über: „Bauarbeiterlebens“. Alle Kollegen müssen erscheinen. Luckenwalde. Nachm. 8 1/2 Uhr im Vereinslokal; Otto Schuler, Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartier und Vortrag des Gen. Zober über: „Eigene Verlegung“. Alle Mitgl. müssen erscheinen. Vellen. Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal. Der wichtigsten Tagesordnung halber muß jeder Kollege pünktlich erscheinen. Donnerstag, den 22. Februar. Hamm i. W. Abends 8 Uhr. Referent: Kollege Häbding. Alle Kollegen müssen erscheinen. Spandau. Abends 8 Uhr bei Schuler, Weidmannsstraße. Wandspatienentzung. Druck: Hamburiger Buchdrucker und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.